Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26792

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich ... 48.—
halbjährig ..... 96.—
ganzjährig ..... 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

10. Jahrgang. Sonntag, 19. Oktober 1930. Nr. 247.

Atempause für das Kabinett Brüning.

Mißtrauensanträge abgelehnt.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstagssitzung wurde die Aussprache über die Programmerklärung der Regierung weiter geführt. Es kam dabei wiederholt zu erregten Krawallszenen, die immer wieder von Hakenkreuzlern hervorgerufen wurden. Die Aussprache hatte das Ergebnis, daß sie den Gegensatz zwischen der Rechten und dem Zentrum außerordentlich verschärft hat, so daß die Nationalsozialisten wohl kaum noch damit rechnen können, zur Durchsetzung ihrer Machtansprüche die Hilfe des Zentrums in Anspruch zu nehmen. Angriffe von nationalsozialistischer und deutschnationaler Seite veranlaßten den Reichskanzler zu einer außerordentlich scharfen Erwiderung, die ungeheuere Erregung auslöste.

Von den Rechtsparteien und Kommunisten lagen zahlreiche Mißtrauensanträge sowohl gegen die Gesamtregierung wie gegen einzelne Minister vor. Die Regierung ließ einen Gegenantrag einbringen, wonach der Reichstag die Regierungserklärung zur Kenntnis nimmt und über sämtliche Mißtrauensanträge zur Tagesordnung übergeht. Wenn dieser Antrag angenommen wird, ist die Krise auf einige Wochen verschoben.

Gegen 9 Uhr abends begannen die Abstimmungen. Zuerst wurde das Schuldentilgungsgesetz abgestimmt, durch das die Regierung ermächtigt wird, einen Auslandskredit von 500 Millionen Mark aufzunehmen. Diese Vorlage wurde mit 325 gegen 237 Stimmen angenommen. Dafür hatten auch die Sozialdemokraten gestimmt, da das Gesetz zur Sanierung der öffentlichen Finanzen beitragen soll.

Hierauf sollte die Abstimmung über die Anträge erfolgen, wonach die Notverordnungen aufzuheben seien. Mit 339 gegen 220 Stimmen wurde der Antrag des Zentrums angenommen, diese Anträge dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Im Reichstag wurde schließlich der Antrag, über alle Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, mit 318 gegen 236 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit sind alle Mißtrauensträge erledigt.

Löbes erste Tat:

Verzicht auf 50% der Aufwandsentschädigung.

Reichstagspräsident Löbe hat sofort nach seiner Wahl eine Mitteilung an die Reichskasse gerichtet, in der er auf 50 Prozent der ihm zustehenden Aufwandsentschädigung verzichtet. Ein Gehalt bezieht der Reichstagspräsident bekanntlich nicht. Die Aufwandsentschädigung in der Höhe der vierfachen Diäten ist vom Reichstag in der Sitzung vom 25. März 1927 während einer schweren Erkrankung des Präsidenten beschlossen worden, und zwar auf Antrag von vier bürgerlichen Parteien und unter Zustimmung sämtlicher kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneten. Reichstagspräsident Löbe hat von Beginn der Wirtschaftskrise an den größeren Teil dieser Aufwandsentschädigung nicht mehr für die Repräsentationszwecke verwandt, sondern zur Unterstützung für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige ausgegeben. Er hält es aber jetzt angesichts der berechtigten Einwände gegen hohe Bezüge für richtiger, die Annahme der Entschädigung in dieser Höhe überhaupt zu verweigern.

Amerika dringt auf Rüstungsbeschränkung.

Washington, 17. Oktober. Die amerikanische Delegation zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz tritt heute die Reise nach Genf an. Ueber die ihr erteilten Instruktionen ist nichts bekanntgegeben worden, doch verlautet, daß die amerikanische Regierung diesmal energisch auf positive Schritte hinsichtlich einer weiteren Beschränkung der Rüstungen dringen werde.

Wahlen in Spanien am 21. Dezember

Madrid, 18. Oktober. Ministerpräsident General Berenguer bestätigte die Blättermeldungen, wonach die Regierung beabsichtige, die Parlamentswahlen noch im heurigen Jahre durchzuführen und daß sie dieselben für den 21. Dezember l. J. festgesetzt habe.

Durch internationale Verständigung zum nationalen Frieden:

Das Referat des Genossen de Witte.

Die politischen und kulturellen Forderungen der sudetendeutschen Arbeiterklasse.

Wir tragen im folgenden das Referat nach, das der Parteivorsitzende-Stellvertreter Abg. Genosse Eugen de Witte Freitag dem Parteitag erstattete:

Vor nun 11 Jahren waren die Vertrauensmänner der sudetendeutschen Arbeiterschaft in dieser Stadt beisammen, um die durch die Lostrennung der Sudetenländer von Oesterreich notwendig gewordene eigene sozialdemokratische Partei für die deutschen Arbeiter der Tschechoslowakei zu schaffen. Aber es war wohl keiner unter den damals hier Versammelten, der sich nicht dessen bewußt gewesen wäre, daß der deutschen Arbeiterschaft dieses neuen Staates und ihrer Partei ein ungemein schwerer, steiniger Weg beschieden sein werde. Wir hatten genug Erfahrungen aus unserer österreichischen Zeit, um zu wissen, welche Gefahren und Nöte der Arbeiterklasse in einem Nationalitätenstaate harren; doch

wir wußten auch, daß nur die Arbeiterklasse, niemand anderer als die Arbeiterklasse, das Problem des harmonischen Zusammenlebens verschiedener Nationen in diesem Staate werde lösen können.

Denn der Kapitalistenklasse, ohne Unterschied zu welcher Nation sich die ihr Zugehörigen bekennen, ist alles recht, was die Massen der Völker entzweit und damit ihre Herrschaft über diese Völker befestigt.

Auch in Oesterreich blieben die nationalen Probleme ungelöst, und am meisten haben auch in Oesterreich die Arbeiter unter den Auswirkungen des nationalen Streites gelitten. Das Wort Seligers, daß der nationale Streit immer auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werde, war richtig und bleibt richtig. Die Arbeiter hatten deshalb auch stets das größte Interesse daran, die nationalen Probleme zu bereinigen und

vor 31 Jahren hat ein sozialdemokratischer Parteitag deshalb die Herstellung der völligen nationalen Autonomie im Nationalitätenstaate Oesterreich verlangt.

Und seitdem haben wir niemals aufgehört, um die nationale Autonomie zu kämpfen. Wir haben sie verlangt und haben diese Forderung vertreten, als wir darob noch „Nationsverräter" geschimpft wurden, wir haben dazu gestanden, als die damaligen Hakenkreuzler, die derzeit noch nicht als „Nationalsozialisten" firmierten, nur Hohn und Spott für den Gedanken der nationalen Gerechtigkeit hatten, wir haben diese Forderung auf unserem Gründungsparteitag in Teplitz auch beim tschechoslowakischen Staat angemeldet.

Aber klar waren wir uns auch darüber, daß

die Verwirklichung dieser Forderung im tschechoslowakischen Staate nur dann möglich ist, wenn wir in der tschechischen Arbeiterklasse einen Partner dafür finden,

wenn die deutsche und tschechische Sozialdemokratie sich gemeinsam dafür einsetzen und stark genug sein werden, die Erfüllung dieser Forderung zu erzwingen.

Vor einigen Wochen hat die tschechische Sozialdemokratie sich ein neues Programm gegeben. Auch sie stellt darin die Forderung nach der nationalen Autonomie auf. Auch sie verlangt nicht nur eine Scheinautonomie, sondern die wirkliche und nicht allein nur auf die Pflege der Volkskultur beschränkte, sondern eine alle Zweige der Verwaltung umfassende Autonomie der Nationen im Rahmen des Staates!

„Wir verlangen die Vereinheitlichung der Gesetzgebung in der Verwaltung der ganzen Republik, die Demokratisierung der Verwaltung, insbesonders durch Verbreiterung der Selbstverwaltung und durch Aufhebung der Ueberbleibsel des Bürokratismus. Als Grundlage der Selbstverwaltung dient die Gemeinde, als höhere Einheiten gelten die Bezirke und Gaue, die nach Tunlichkeit national einheitlich zu organisieren sind. Alle Organe der Selbstverwaltung werden im Wege des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechtes gewählt, und es wird das aktive Wahlrecht mit dem 21. Lebensjahr festgesetzt. Irgendwelches Ernennungsrecht und die Vertretung von Virilisten ist zu sistieren. Die Landesverwaltung ist zu beseitigen."

So heißt es im Abschnitt 5, Punkt 2 des Kapitels über die interne und internationale Politik im neuen Parteiprogramm der tschechischen Sozialdemokratie und im Punkt 4 desselben Kapitels wird dann gesagt:

„Das Verhältnis der nationalen Minoritäten zum Staat ist durch solche gesetzliche Bestimmungen zu regeln, daß sie ein Recht gegen jede nationale Unterdrückung geben und die Entwicklung aller Kulturerfordernisse ermöglichen. Dem Prinzip der Kulturautonomie ist so zu entsprechen, daß durch die Bürger der betreffenden Nation Organe bestimmt werden, denen die Verwaltung bezw. Kontrolle der kulturellen und kulturell-sozialen Institutionen der betreffenden Nation anzuvertrauen ist. Uebergriffe von Aemtern, die Zeichen nationaler Voreingenommenheit, oder der Absicht, zu reizen und zu provozieren, tragen, sind als die gröbsten Dienstverbrechen zu ahnden. Die Regelung des Sprachengebrauches in der Staatsverwaltung und in der Selbstverwaltung ist als Zweckfrage zu betrachten, als eine Frage der Verbilligung und der Aktualität der Verwaltung, keineswegs aber als eine Frage des nationalen Prestige."

So ist das am Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten am 28. September 1930 beschlossen worden.

Und vor einigen Tagen erst wehklagte die christlichsoziale „Deutsche Presse", daß alle Bemühungen und Opfer der deutschbürgerlichen aktivistischen Parteien um den Staat kein Echo auf der tschechisch-bürgerlichen Seite gefunden haben. Und das Hauptblatt der deutschen Landbündler, die „Deutsche Landpost", sagt in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober d. J. in einer Besprechung des Parteitages der tschechischen Sozialdemokraten, daß dieser Kongreß der tschechischen sozialdemokratischen Partei für die weitere innerpolitische Entwicklung auch in nationaler Hinsicht sehr wichtig sein werde.

„Die Wandlung der tschechischen Sozialdemokraten findet im tschechisch-bürgerlichen Lager vorläufig keine Nachahmung, und die Blätter, die sich bisher mit dem Kongreß befaßten, können die Tradition des nationalen Gedankens nicht verleugnen und halten es daher für ihre tschechischnationale Pflicht, die tschechischen Genossen des nationalen Verrats und des Paktierens mit einer angeblich staatsfeindlichen Partei zu beschuldigen. Die „Národni Listy" sehen natürlich in den Beschlüssen der Sozialdemokraten einen Angriff auf den nationalen Charakter des Staates, aber in Wirklichkeit ist die staatsmännische Vernunft nicht bei den „Národni Listy", sondern bei den Sozialdemokraten, und wenn die tschechisch-bürgerlichen Parteien wirklich konsolidierende Politik machen wollen, so werden auch sie sich mit dem nationalen Problem auseinandersetzen und sie werden zu denselben Ergebnissen kommen müssen, wie der Prager Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten."

Vergeblich haben die Deutschbürgerlichen auf das ersehnte Echo von tschechisch-bürgerlicher Seite gewartet.

Nein, sie haben wirklich keines gefunden.

Die tschechischen Klerikalen, die ja die natürlichen Bundesgenossen der deutschen Christlichsozialen sein müßten, setzen nach wie vor ihren größten Ehrgeiz darein, die führende Stelle im tschechischen Chauvinismus beizubehalten. Die tschechischen Agrarier haben gerade bei den letzten Prager Exzessen des Chauvinismus bekundet, wie hoch ihr Herz dabei schlug, daß sie auf Steinwürfe gegen deutsche Geschäfte, Kaffeehäuser und Theater freudiger reagieren, als auf alle untertänigen Liebesbeweise von deutscher bürgerlicher und bäuerlicher Seite. Deutsche und tschechische Bourgeoisieparteien können sich, wenn es sein muß, zum Zwecke der Erhöhung der bourgeoisen Profitrate oder zur Erhöhung der kirchlichen Macht im Staate, zur gemeinsamen Arbeit für die politische Reaktion zusammenfinden — die Beseitigung nationalen Unrechts, die Anerkennung und Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Nationen im Staate, die nur durch die Herstellung voller Gerechtigkeit zu erreichende Befriedigung der Nationen kann man von den Bourgeosparteien nicht verlangen.

Das nationale Problem in der Tschechoslowakei ist nur zu lösen auf dem Wege der Demokratie, es kann nur durch das verständnisvolle Zusammenwirken deutscher und tschechischer Kräfte gelöst werden, und dazu befähigt ist nur die Arbeiterklasse, weil sie allein an keiner nationalen Unterdrückung interessiert ist, sondern am allerschwersten an der Ungelöstheit der nationalen Probleme leidet.

Ganz unsinnig ist die Idee — angesichts der tatsächlich gegebenen Machtverhältnisse — in diesem Staate und überhaupt in der Welt — mit Mitteln der Diktatur, oder überhaupt mit einem Appell an die Gewalt hier die nationale Frage zugunsten der nichttschechischen Nationen lösen zu wollen.

Ich will da nicht einmal von den Kommunisten reden, die bekanntlich überhaupt keine Tatsachen zur Kenntnis nehmen; aber an der Haltung der Hakenkreuzler gegenüber den ihrer Lösung harrenden Problemen kann man nicht vorübergehen. Denn aus der Hakenkreuzlerei erwächst nicht nur der nationalen Verständigung, sondern auch dem Aufstieg der Arbeiterklasse überhaupt eine Gefahr, wenn sie auch nur eine Verzögerung der Lösungen, eine Erschwerung des Aufstieges unserer Klasse bedeuten kann.

Ich habe schon erwähnt, daß die Sozialdemokraten seit mehr als dreißig Jahren die Forderung nach Herstellung der nationalen Autonomie in gemischtsprachigen Staaten erhoben und formuliert haben, und daß sie seit diesen drei Jahrzehnten ununterbrochen überall um die Erfüllung dieser Forderung kämpfen. Das galt von uns, als wir noch österreichische Staatsbürger waren, das gilt von den belgischen Sozialisten und von den finnländischen und gilt von uns seit dem Bestande dieses Staates. Welche Unverfrorenheit also dazu gehört, wenn die Hakenkreuzler uns hie und da gnädigst konzedieren, daß „auch" die deutschen Sozialdemokraten „nun ihr Herz für die nationale Autonomie entdeckt haben", braucht man wohl nicht einmal erst eigens festzustellen, aber schwer ist es, in der deutschen Sprache ein passendes Wort für die Bezeichnung der Tatsache zu finden, daß

dieselben Hakenkreuzler, die uns nachsagen wollen, daß wir uns endlich auch zu einer platonischen Liebeserklärung für die Autonomie entschieden hätten, ihre Forderung nach der nationalen Autonomie uns einfach abgeschrieben haben.

Das ist der Plagiator, der den Plagierten dafür beschimpft, daß dieser vorher schon den Einfall gehabt habe, mit dem er (der Herr Abschreiber), an das Licht der Oeffentlichkeit zu treten sich entschloß.

Ueberhaupt diese Nationalsozialistische Arbeiterpartei!

Was sich heute Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei heißt, ist nur die Fortsetzung jener „deutschvölkischen Arbeiterbewegung", die im wirtschaftlichen Kampfe die Interessen der Unternehmerklasse gegen die der Arbeiter verfocht, die politisch, soweit sie von der Bourgeoisie dazu bestimmt wurde, auch eine politische Rolle zu spielen, immer bei der Reaktion stand, die die Idee der nationalen Verständigung, den Gedanken der nationalen Autonomie verworfen und verhöhnt hat. Was August Bebel einmal gesagt hat — daß die Arbeiterbewegung durch niemanden mehr zerbrochen werden könne, als höchstens durch die Arbeiter selbst —, das hat auch der Unternehmerklasse eingeleuchtet und sie hat sich darum bemüht, eine Arbeiterpartei erstehen zu lassen, der die Aufgabe der Zertrümmerung der Arbeiterbewegung zukam. Wir in Deutschböhmen haben die deutschvölkische Arbeiterschaft bei den Streiks kennen gelernt, bei denen sie als Agentur für die Werbung von Streikbrechern sich aufgetan hat.

wir haben die Abgeordneten der deutschvölkischen Arbeiterpartei in das Parlament einziehen sehen als Abgesandte des gesamten, vom Arbeiterhaß getriebenen Bürgertums, nicht als Entsandte der Arbeiter, sondern als Erwählte der Arbeitergegner.

Und auch bei der bekannten letzten Kundgebung gegen die Herstellung nationaler Gerechtigkeit in Oesterreich fehlte die Vertretung dieser deutschvölkischen Arbeiter nicht. Die auf eine Fopperei oberflächlicher Menschen berechnete Aenderung der Firma der alten deutschvölkischen Arbeiterpartei in eine „Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei" und das Abschreiben großer Teile unseres Programms, wie sie es übte, hat doch an dem wesentlichen Charakter dieser Bewegung nichts geändert: Daß sie eine Bewegung gegen den Sozialismus, eine Bewegung gegen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Arbeiterklasse geblieben ist. Daß es ihr gelungen ist, Arbeiter für ihre Zwecke zu gewinnen, macht sie noch lange zu keiner Arbeiterpartei. Denn entscheidend für den Charakter einer Arbeiterpartei ist nicht, ob sie Arbeiter zu ihren Mitgliedern und Wählern zählt — es müßte ja auch jede bürgerliche Partei eine Arbeiterpartei sein, weil jede nur sich deshalb als ein politischer Faktor behaupten kann, weil auch Arbeiter für sie stimmen —, sondern entscheidend für den Charakter einer Arbeiterpartei ist, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse verficht, daß sie ein Anwalt dieser Klasse nicht nur im täglichen Kampfe mit der Klasse der Kapitalisten ist; sie muß dahin wirken, daß der Arbeiter aufhöre, ein Proletarier zu sein, sie muß sich die Aufhebung der Klassen, die Aufhebung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zum Ziele setzen. Darum kann eine Partei, die, wie jene der Hakenkreuzler, als ihre wichtigste Aufgabe sich den Kampf gegen den Marxismus — das heißt, den Kampf gegen die Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung — zum Ziele setzt, nicht als Arbeiterpartei angesprochen werden, selbst wenn sie tatsächlich nur aus Arbeitern bestehen würde.

In Deutschland ist die nationalsozialistische Bewegung eine Bewegung gegen die Demokratie, trotzdem nach der Zusammensetzung des deutschen Volkes, das in der Hauptsache ein Volk der Arbeiter ist, die Demokratie jene politische Lebensform darstellt, die der deutschen Arbeiterklasse die politische Macht in Deutschland bringen müsse. Die nationalsozialistische Partei ist in Deutschland, so viele junge, unerfahrene, politisch ungeschulte Arbeiter ihr auch zum letzten Wahlerfolg geholfen haben mögen, die

Partei der Fürsten und kaiserlichen Offiziere,

der nach der verlorenen politischen Herrschaft strebenden Junker, eine fascistische Partei, die gar kein Hehl daraus macht, daß sie in dem Erwürger der Freiheit des italienischen Volkes, in dem Mörder des Südtiroler Deutschtums das nachahmenswerte Vorbild sieht.

Und die Nationalsozialisten Oesterreichs — es genügt die Anführung des Hitlerfreundes Starhemberg, um sie zu kennzeichnen — haben sich der schwarzen Reaktion zur Verfügung gestellt, stehen bei denen, die Oesterreich der vereinten und unumschränkten Macht der römischen Kirche, der Hocharistokratie und Hochfinanz ausliefern wollen. Sie stehen bei denen, die „Schluß machen" wollen mit dem roten Wien, mit der sozialistischen Stadtverwaltung, deren Aufbauarbeit und Hilfeleistung für die Wohnungslosen und Hilfsbedürftigen, deren Kinder-Rettungswerk und Mutterfürsorge zehntausenden deutschen Volkszugehörigen das Leben gerettet hat, deren Schulpolitik eine Leistung war, vor der die Gebildeten aller Länder und Völker den Hut ziehen, deren ganzes Wirken die größte deutschnationale Tat seit dem Umsturz war.

Und wie will sie denn hier bei uns um die nationale Autonomie kämpfen? Sie ist doch eine gegen die Demokratie gerichtete Partei, sie kann doch nicht in Deutschland und Oesterreich für die Diktatur, und in der Tschechoslowakei für die Demokratie sein? Sie identifiziert sich doch mit dem Wirken und den Zielen der reichsdeutschen und österreichischen Hakenkreuzlerei, ihr tschechoslowakisches Blatt wußte sich doch nach dem Arbeitermord von Sankt Lorenzen und nach jedem Heimwehraufmarsch vor freudiger Begeisterung fast nicht zu helfen. Sie hat doch nach dem Nürnberger nationalsozialistischen Parteitag die nationalsozialistische Gegnerschaft gegen die Demokratie mit wahren Jubelhymnen begleitet!

In der Folge 149 vom 6. Erntemond des Vorjahres hat der nationalsozialistische „Tag" mit großer Genugtuung verzeichnet, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei selbst innerhalb ihrer eigenen Organisation schon dem antidemokratischen Prinzipe Ausdruck gegeben habe:

„Der von Adolf Hitler bestimmte Vorsitzende der jeweiligen Sondertagungen sucht sich selbst die Referenten ... Was jedoch davon (nämlich von den unterbreiteten Vorschlägen der Teilnehmer) ausgeführt wird, steht allein im Belieben des Vorsitzenden."

Es gibt keine Mehrheitsbeschlüsse, sondern nur den Befehl einer Persönlichkeit, wenn das auch, so schreibt „Der Tag" in seiner Folge 149 weiter:

„dem demokratisch versuchten Geiste seltsam, ja verderblich erscheinen mag."

Wenn man auf einem solchen Standpunkt steht, wie soll man da für eine Autonomie wirken können?

Wenn wir hier auf dem Boden, auf den uns nun einmal eine Phase der Geschichte gestellt hat, unser nationales, kulturelles Eigenleben stützen wollen, so müssen wir uns dazu der Mittel der Demokratie bedienen, denn auf dem Wege der Gewalt, mit den Mitteln des Faszismus, wird es nicht gehen.

Eine deutsche fascistische Bewegung hier im Staate kann nur den tschechischen Fascisten zur Unterstützung ihrer Absichten sehr willkommen sein, sie kann nur das eine erzielen, sowohl auf deutscher, als auch auf tschechischer Seite die Kräfte für eine demokratische Lösung der nationalen und kulturellen Fragen zu schwächen und damit dem ganzen deutschen Volke und vor allem der deutschen Arbeiterschaft schweren Schaden bringen. Doch wir können und wollen unsere Hoffnungen auch nicht auf einen Gewaltakt im Weltmaßstabe setzen.

Kriegsphantastereien lehnen wir ab.

Wir sind uns darüber klar, was ein neuer Krieg mit den heutigen Zerstörungswerkzeugen für die Welt im allgemeinen und für die Deutschen im besonderen bedeuten würde. Von der Realisierung solcher Träume, daß das fascistische Italien im Bunde mit einem inzwischen fasciszierten Deutschland und dem fascistischen Ungarn und noch soundso vielen ähnlichen Staaten einen Krieg mit der anderen Welt führen wird, von einer derartigen Neuauflage von Fürsten-Befreiungskriegen kann niemand etwas wissen wollen, der nicht de facto aus dem Rahmen der Kulturmenschheit bereits ausgetreten ist.

Das Problem der Lösung der nationalen Frage ist ein Problem der Verständigung zwischen den Nationen, oder sagen wir: der verständigungsbereiten Teile der Nationen, denen wieder die Aufgabe zukommt, die anderen Teile zur Anerkennung ihres Willens zu verhalten.

Das Wort „Verständigung" ist freilich in gewissen Schichten sehr unpopulär geworden. Es kommt vom Wort „Verstand", und es gibt nun eben Menschen, die ihre Gründe haben, eher an die Gewalt, als an den Verstand zu appellieren. Was uns ja durchaus nicht hindern soll, uns lieber an den Verstand und damit an die Verständigung zu halten.

Wir wissen, daß wir unserem Volke, unserer Arbeiterklasse überhaupt nicht besser dienen können, als auf diesem Weg, den wir gegangen sind und weiter gehen werden. Und es geht uns auch durchaus nicht nur darum, in sprachlicher Hinsicht von einem fremdnationalen Drucke befreit zu sein.

National sein heißt sozial sein.

Die sozialdemokratische Fürsorgetätigkeit in den reichsdeutschen Städten, das große soziale Hilfswerk in Wien, das sind gut nationale Werke, weil sie der Größe und der Kraft unseres Volkes dienen. Daß die deutschen Sozialdemokraten in der Zeit des Hereinbrechens der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Verwaltung des Fürsorgeministeriums in der Tschechoslowakei übernommen haben und damit zehntausende deutsche Arbeiterkinder vor dem Verhungern retteten, das ist mehr wert, als hunderte nationale Kommersreden und einige hundert kommunistischer oder nationalsozialistischer noch so geharnischter Entschließungen. Ich will noch ein Beispiel dazu anführen, wie Sozialdemokraten ihre nationale Pflicht auffassen, die zugleich eine soziale Pflicht ist:

Am 14. März 1930 hat Genosse Dr. Czech als Fürsorgeminister die Durchführungsverordnung zum Gesetz über den

Schutz der in fremder Pflege stehenden und der unehelichen Kinder

hinausgegeben und damit

das Schicksal von 130.000 Kindern entscheidend beeinflußt.

Von nun ab werden sämtliche eheliche Kinder bis zum 14. Lebensjahre, die sich in anderer Pflege als der des Vaters oder der Mutter befinden, sowie alle unehelichen Kinder den Schutz des Gesetzes genießen. Keine Pflegestelle wird mehr vergeben werden dürfen, ohne daß amtlich vorher untersucht worden wäre, ob das Kind dort in gesundheitlicher und erziehlicher Hinsicht geborgen sein wird. Und jedes solche Kind wird unter der Obhut seines eigenen Volksstammes stehen, denn das Gesetz sichert dem Kinde die Schutzorgane seines Stammes, die eigene Bezirksjugendfürsorge, die eigenen Vertrauens-Aufsichtspersonen, die eigenen Pflegestellen. Es bestimmt, daß nur solche Pflege- und Aufsichtspersonen bestellt werden dürfen, die derselben Nation angehören, der das Kind angehört. Das bedeutet, daß zehntausende Kinder, die unserem Volke sonst verloren gegangen wären, ihm nun erhalten bleiben, und es wird für hunderttausende Kinder aller Staatsnationen eine frohere, schönere Kindheit und damit ein köstliches Gut für das ganze Leben bedeuten.

Das ist nationale und soziale Arbeit! So stehen Sozialdemokraten dem Probleme gegenüber!

Und ist nicht alle unsere Arbeit auf der ganzen Linie vom gleichen Wollen und Wirken getragen? Wenn unsere Gewerkschaften um einen größeren Anteil unserer Arbeiter an dem Ertrage ihrer Arbeit kämpfen, so wirken sie nicht nur für die Hebung des Inlandsmarktes, für die bessere Lebenshaltung der beschäftigten Arbeiter, sondern auch dafür, deutschen Volksgenossen Arbeitsmöglichkeit, Verdienst und Brot zu geben, wirken sie im besten Sinne als Schützer der Massen des deutschen Volkes.

Wir fordern den Ausbau der Demokratie und wir freuen uns, dieselbe Forderung von unseren tschechischen Genossen vertreten zu sehen. Wir fordern die Herstellung der Meinungsfreiheit, des völligen freien Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit. Denn die Möglichkeit, daß einzelne Gruppen von dieser Freiheit einen üblen Gebrauch machen könnten, darf nicht zum Vorwand dienen, dem ganzen Volke einen Maulkorb anzubinden.

Wir werden nach wie vor für den Ausbau der Sozialpolitik unsere ganze Kraft einsetzen, denn das Leben der Menschen ist zu kostbar, ist viel zu wertvoll, als daß es leichtsinnig durch mangelnden Arbeiterschutz und mangelhafte Fürsorge für den erkrankten und hilfsbedürftigen Menschen, durch mangelhafte Vorkehrungen zum Schutze der Frauen und Kinder vergeudet werden dürfte. Und wir wollen auch nicht ruhen, bis wir es durchgesetzt haben, daß die Verwaltung aller sozialen Versicherungsinstitute dem Arbeiter wieder zurückgegeben wird.

Wir wollen uns auch nicht begnügen mit der Erreichung der nationalen Schulautonomie, sondern es dazu bringen, daß wir eine

moderne Schule

nach Wiener Muster erhalten, in der die Kinder zur Achtung der Arbeit erzogen werden. Was wir anstreben, ist die Beseitigung der Drillanstalten und ihre Ersetzung durch die Arbeitsschule, in der sich die Jugend das notwendige Wissen erarbeitet und in der in jeglicher Hinsicht ein moderner, den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechender Geist zu herrschen habe. Wir begrüßen es, daß sich bereits in der Einrichtung der Elternversammlungen seit der Zeit, da ein tschechischer Sozialdemokrat dem Ministerium für Schule und Volkskultur vorsteht, die sozialdemokratische Wirksamkeit auf diesem Gebiete zeigt. Aber wir müssen noch dahinkommen, daß aus der Schule alles das ausgemerzt wird, was aus alten Zeiten her ein Requisit zu dem Zwecke war, um die Kinder mit Sklavensinn zu erfüllen, und wir verlangen, daß als erster Moralgrundsatz in der Schule der Dienst an der Menschheit zu gelten habe. Wir wollen nicht, daß man an diesem wichtigen Institut Geld erspare, das man andererseits für die Zwecke der Mordkultur hinauswirft. So müssen wir darauf bestehen, daß die Schulhygiene auf ein hohes Niveau gebracht werde, und daß statt der Armenbücher, deren Ausgabe stets mit einer Demütigung der Beschenkten verbunden ist, die Ausgabe von allen Lernmitteln an sämtliche Schüler aus den Mitteln der Allgemeinheit erfolge.

Mehr Kindergärten, mehr und bessere Schulen, mehr soziale Fürsorge und überhaupt mehr sozialer Geist im Staate, und dafür weniger Zuchthäuser, ist das Prinzip, das wir vertreten.

Wir können diesen ganzen Weg gehen mit unseren tschechischen Genossen. Das Programm, das ich hier angedeutet habe, deckt sich mit den Forderungen des neuen tschechischen sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Wir gehen mit den tschechischen Genossen konform in der Abrüstungsfrage, in der Frage des Abbaues des Militarismus, wir gehen mit ihnen konform in der Frage der Trennung von Staat und Kirche, und wir hoffen, daß es dem innigen Zusammenwirken der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft dieses Staates gelingen werde, ihn zu einem wirklich sozialen und darüber hinaus später zu einem sozialistischen Staat umzuwandeln.

Wir wissen, daß die deutschen Arbeiter keinen Schutz zu erhoffen haben von der deutschen Bourgeoisie. Inmitten der grauenvollen Not durch die allgemeine Wirtschaftskrise erleben wir doch gerade jetzt in dem Wahlbezirke, den ich mit vertrete, die besondere Tragödie von Rothau, das Zugrundegehen einer ganzen Reihe von Gemeinden des Rothauer Tales, die Auslieferung einiger tausend Menschen an ein grauenvolles und hoffnungsloses Elend, und das alles als ein Werk deutscher Kapitalisten und eines Industriekapitäns, der vordem in der deutschnationalen Politik eine Rolle gespielt hat. Die Millionenverdienste, die diese Gesellschaft in Rothau einheimsen konnte, haben ihr nicht genügt, und so

---

(Nachdruck verboten.)

Der Mörder.

Von **Rhedo.**

Am 27. April 19 . . wurde der junge und, wie man sagte, vielversprechende Schriftsteller K. S. im Hofe des Landesgerichtes zu M. hingerichtet.

Die Geschichte des bedauernswerten Mannes ist durch den Schauerprozeß, der zum heimlichen Entzücken von zehntausend sensationslüsternen Frauen 14 Tage lang die Kopfseiten aller Tageszeitungen füllte, hinlänglich bekannt. Ich wiederhole nur auf alle Fälle für eventuelle Nichteingeweihte ganz kurz das offiziell Bekannte.

Am 9. Dezember 19 . . fand ein Briefträger den K. S. in seiner Wohnung, notdürftig bekleidet, am Bette seiner Frau sitzend. Die Frau, übrigens ein junges, reizendes Wesen, lag blaß, die Hände über der Brust gefaltet, auf dem Bette. Die Finger hielten zwei rote, halbverwelkte Rosen. Am Halse waren deutlich dunkle, blaue Flecke zu sehen.

Der Briefträger war im ersten Schreck zur Polizeiwache gelaufen, und die Polizisten fanden K. S. noch immer in derselben Stellung.

„Er saß da wie eine Steinfigur", schilderte der Briefträger später seinen ersten Eindruck. „Er sah mich nicht an, antwortete nicht auf meinen Anruf und starrte nur mit einem seltsamen, stieren Blick auf die Leiche. Ich war so erschrocken, daß ich am ganzen Körper zitterte und mich kaum aufrecht zu erhalten vermochte. So eine hübsche, junge Frau. Ich hielt ihn für wahnsinnig."

K. S. war nicht wahnsinnig. Mit unheimlicher Ruhe gab er den Polizisten Auskunft. Aber über seine Tat selbst sagte er nichts.

„Ich habe meine Frau erwürgt", war alles, was man aus ihm herausbrachte. Und das sah man schließlich auch ohne sein Geständnis. Ueber die Beweggründe verweigerte er jede Auskunft.

Dieses unvernünftige Schweigen legte er auch während des Prozesses nicht ab. Er gestand ruhig, rückhaltlos und zerpflückte mit wenigen Worten die lange und gewandte Rede des Verteidigers, kurz, er brachte sich mit sichtlicher Absicht und Berechnung um jede Möglichkeit, mildernder Umstände teilhaftig zu werden.

„Er erzwang sich das Todesurteil", bemerkte nicht unzutreffend ein Journalist. Denn alles in allem war die Stimmung der Richter und vor allem der Geschworenen, wenigstens zu Beginn des Prozesses, für ihn nicht ungünstig.

Er wurde zum Tode durch den Strang verurteilt, lehnte kategorisch jede Berufung ab und starb ohne Priester, aufrecht und, wie es schien, mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung.

In seiner Zelle fanden sich einige Aufzeichnungen, die den Weg in die Tageszeitungen nicht fanden und die mir der Staatsanwalt aus besonderem Entgegenkommen zur Verfügung stellte. Sie enthalten das Geständnis des Verurteilten, ja mehr, sozusagen ein Bekenntnis.

Ich habe die Aufzeichnungen, die, meines Erachtens trotz der unzweifelhaft hysterischen Note, oder vielleicht gerade deswegen, nicht uninteressant sind, ohne Aenderung wiedergegeben. Lediglich die Ueberschrift entstammt meiner eigenen Feder. — — —

„Warum ich es tat?

Weiß man denn immer, warum man etwas tut? Ich tat es, weil ich es tat, weil ich es tun mußte. Das heißt, ich tat es eigentlich gar nicht. Mein Geist hat mit der Tat nichts zu tun und mein Körper war nur das Werkzeug eines Willens, der nicht der meine war. Irgendeines Willens, der zwar in mir schlummerte, den ich aber nicht kannte. Die Psychologen behaupten, es gäbe ein Unterbewußtsein. Vielleicht war es dieses Unterbewußtsein, das da irgendwo in meinem Rückenmark wohnt und das meinen Händen eine Tat befahl, die mein Bewußtsein wohl verstehen, aber nicht billigen kann. Aber das verstehen sie nicht, die Richter mit dem Geiste, der durch Brillen sieht und in Büchern wohnt. Und sie sind schließlich nicht da, um zu verstehen, sondern um zu richten. So will es die Gesellschaft, so will es die Menschheit. Daher schweige ich. Es wäre auch schwer, ihnen das zu erklären. Das von dem Unterbewußtsein, das über das Bewußtsein dominiert. Den Kampf zweier Seelen, deren Werkzeug der Körper ist. Es wäre schwer, Ihnen das zu erklären, und schwer für sie, es zu verstehen. Und wozu auch, es lohnt sich ja nicht.

Aber ich will versuchen, zu erzählen, wie es dazu kam. Nur erzählen, nicht mich rechtfertigen und nichts beschönigen. Nur sagen, wie es kam, und zu sagen versuchen, warum es kam. Vielleicht liest einmal jemand diese Zeilen und vielleicht legte er sie achselzuckend beiseite. Aber vielleicht findet sich auch einer, der nicht verurteilt, weil alle verurteilen. Und vielleicht liest er diese Zeilen und zuckt nicht mit den Achseln und tut nichts weiter und schweigt. Und versteht. Ich werde inzwischen für meine Tat längst gebüßt haben und mein Körper wird die Schuld, die er auf sich lud, der Gesellschaft, dem Gesetze, dem Staate, bezahlt haben. Wenn eine Schuld getilgt werden kann. Und wenn es überhaupt eine Schuld gibt.

Was ich tat? Ich tötete meine Frau.

Jawohl, ich tötete sie. Ganz einfach, leidenschaftslos, wie man ein Kaninchen, eine Maus tötet. Mit diesen Händen, die doch nie einem Menschen etwas zuleide taten, diesen Händen von denen meine Freunde sagten, es seien Hände eines Mädchens, mit diesen Händen, die nie eine andere Waffe als die Feder geführt haben und die meine Frau so liebte, mit diesen Händen habe ich sie erwürgt.

O nein, ich war nicht erregt. Im Gegenteil, kaltblütig und ruhig wie selten zuvor. Es gehört überhaupt zu meinen Eigentümlichkeiten, in Augenblicken höchster Spannung die Kaltblütigkeit selbst zu sein, wiewohl ich sonst einer der sensibelsten und reizbarsten Menschen bin. Ich sehe zehnmal nach jeder Seite, bevor ich über die Straße gehe. Und die Schienen der Straßenbahn überschreite ich stets so schnell als möglich und vermeide es, das Metall zu berühren, in der ständigen, unbestimmten Furcht vor dem Herabfallen der Drähte. Aber zwischen zwei Autos geraten, denen ich auf keine Weise entrinnen konnte, verlor ich mit einemmal meine Nervosität, blieb ruhig stehen und berechnete mit kühler Ueberlegung, welcher Wagen mich zuerst erreichen würde. Sie hielten beide im letzten Augenblick.

Das ist nicht Tapferkeit. Ganz gewiß nicht. Ich schätze Tapferkeit ebensosehr, wie sie mir unbegreiflich ist. Ich selbst bin feige. Ich weiß ganz genau, daß ich nicht ins Wasser springen würde, wenn ein Mensch vor mir hineinfiele und in Gefahr wäre, zu ertrinken. Obwohl ich ein guter Schwimmer bin. Und nicht einmal aus Angst vor dem Tode, oder vor der Kälte des Wassers, sondern aus Angst vor den Blicken der Passanten, wenn ich naß und schlotternd aus dem Wasser stiege, aus Angst vor dem Bericht in den Zeitungen, aus Angst vor einer lächerlichen Geste. Aus einer Furchtsamkeit, die ich nicht näher definieren kann, die zwischen Scheu und Feigheit schwankt und die einen wesentlichen Bestandteil meines Charakters bildet. Ich habe in der Nacht eine Dirne gesehen, die in der rohesten Weise von ihrem Zuhälter mißhandelt wurde, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Ich stand und sah und mein Blut kochte und ich überlegte, wie ich ihr helfen könnte und wie ich den Kerl am sichersten zu Boden schlüge, und wußte doch, daß ich es nicht wagen würde, mich mit ihm in einen Kampf einzulassen, obwohl ich zweimal so stark war wie er.

(Fortsetzung folgt.)

hat sie ihr Werk mit einem tschechischen Unternehmen zusammengelegt, die Erzeugung ins tschechische Gebiet verpflanzt, und sie hat sich einen Teufel darum geschert, was mit den tausenden deutschen Männern, Frauen und Kindern geschehen soll, denen auf diese Art jede Existenzmöglichkeit geraubt wurde.

Ein ähnliches Schicksal wird bald noch einer ganzen Reihe deutscher Industrieorte werden. Unbedenklich geben sich deutsche Kapitalisten dazu her, das deutsche Gebiet der Republik und die Massen des deutschen Volkes zugrunde zu richten, wenn ihnen nur aus einem solchen Beginnen ein schnelleres Füllen ihrer Kassen werden kann. So sehen wir, daß uns nur von einer Seite Hilfe kommen kann: Nur von uns selbst, nur von der Arbeiterklasse, und von niemandem anderen, als von der Arbeiterklasse!

Wir rufen deshalb die deutschen Arbeiter,

die Menschen, die in den Fabriken und Bergwerken, in Werkstätten und auf Feldern, in Schreibstuben sich plagen, wir rufen alle, die zum Volke der Arbeit gehören, ob sie nun mit der Hand oder mit dem Kopfe Werte schaffen, wir rufen sie alle, mit uns zusammenzustehen, um unserem Volke, um den schaffenden Massen dieses Volkes, um unseren Kindern eine bessere Zukunft zu sichern.

Wir rufen die Frauen!

Sie können nicht wollen, daß ihre Töchter verelenden, daß ihre Söhne in einen neuen Krieg hineingerissen werden. Man muß es ihnen sagen, daß die Kommunisterei und die Hakenkreuzlerei in gar nichts anderes münden können, als in Mord und Totschlag, als in eine riesige Giftgas-Welle, als in Schrecken und allgemeinen Untergang.

Wir rufen die Jugend!

Wir wollen dieser Jugend zeigen, wie die Welt ausgesehen hat, die unsere Großväter und Väter vorfanden.

Wir müssen ihr aufzeigen, wie rechtlos damals, fast den Tieren gleich, die Massen der Menschen waren, wie schutzlos sie aller Willkür einer reichen Minderheit preisgegeben waren und wie alles Recht, das die Arbeiterklasse heute besitzt, wie alle Schutzmaßnahmen, wie alles das, was auch dem jungen Arbeiter von heute den Kulturkreis geöffnet hat, nur dem viel jahrzehntelangem schweren und aufopferungsvollen Kampfe zu danken ist, den die Sozialdemokratie um die Menschenrechte kämpft, dem drei und mehr Arbeitergenerationen das Beste ihrer Kraft gegeben haben.

Wir müssen unsere deutsche akademische Jugend fragen, ob sie nicht einzusehen vermag, daß alles das Wissen, das sie sich auf den Hochschulen aneignet, unfruchtbar bleiben muß, wenn es nicht durch eine kluge Politik möglich wird, dieser akademischen Jugend die Türen der Amtsstuben zu öffnen, wenn es nicht gelingt, der deutschen Wissenschaft auch in diesem Staate die Stätten zu geben, auf denen sie sich entfalten kann. Unsere akademische Jugend muß sich darüber klar werden, daß ihr alle Wirkungsmöglichkeit dereinst verschlossen sein würde, wenn es nicht dem Zusammenwirken der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationen gelingen würde, den nationalen Frieden im Staate herbeizuführen, dem deutschen Volke hier die Selbstverwaltung zu geben, das allgemeine Schulwesen und die soziale Fürsorge im deutschen Gebiete zu heben, das ganze deutsche Volk auf eine höhere Lebensstufe hinauf zu führen. Und sie muß es wissen, was kommen würde, wenn die Abenteurerpolitik stärker sein sollte, als die Kraft der Sozialdemokratie, wenn Fascismus und Krieg Europa, vor allem aber alles deutsche Land in einen Trümmerhaufen verwandeln würden.

Wir rufen die ganze Jugend der Arbeiterklasse!

Wir zeigen ihr, wohin es mit ihr kommen müßte, wenn sie sich von der romantischen Soldatenspielerei der Hakenkreuzler einfangen und in den Karren des Fascismus einspannen ließe. Wir müssen ihr an deutschen und österreichischen Beispielen zeigen, daß der ganze Zweck der hakenkreuzlerischen Uebung nur die Aufhebung der politischen und persönlichen Freiheit, nur die Wiederentrechtung der Arbeiterklasse, nur die Zerstörung aller jener Errungenschaften ist, die von den Vätern und Großvätern der heutigen arbeitenden Jugend erkämpft wurden.

Wir müssen dieser arbeitenden Jugend zum Bewußtsein bringen, daß sie nicht zurückkommen darf in die Zeit ihres Urgroßvaters, der noch von den Vögten der verschiedenen Starhemberge seine Stockprügel entgegennehmen mußte.

Und wir müssen sie befähigen, daß sie das Bild ihrer Umwelt zu erkennen vermag, das Bild jener kapitalistischen Welt, in der es kein wahres Glück, keinen wirklichen Frieden und keine wirkliche, alle Menschen umfassende Kultur geben kann, weil dem allen die Profitwut der Besitzklasse gegenübersteht.

Sehet euch, so wollen wir dieser Jugend zurufen, den Weg an, den unser Bürgertum geht und der gepflastert ist mit weggeworfenen Idealen. Sehet, wie nichts mehr übriggeblieben ist von alldem, was einmal auch dieses Bürgertum ausgezeichnet hat, erkennet, daß die Welt am Wege ist, wieder in Barbarei zu versinken, und daß es nur von der kommenden Arbeitergeneration, eben von der heutigen Arbeiterjugend, abhängen wird, die ganze Menschheit vor diesem ihr sonst beschiedenem grauenvollen Schicksal zu behüten.

Dieser Arbeiterjugend kann man mit Fug und Recht das Wort des Dichters entgegenrufen:

„Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben"!

Als aufrechte, eueres Wertes bewußte Jugend, in Treue zu euerer Klasse und zu den guten Traditionen dieser Klasse, im Kampfe um die Ersetzung der fluchbeladenen kapitalistischen Ordnung durch die höhere Gesellschaftsform des Sozialismus — so werdet ihr sie bewahren!

Große politische Parteitagsdebatte.

Schlußwort Dr. Czechs. – Einmütige Billigung der bisherigen Politik durch den Parteitag.

Der zweite Verhandlungstag war ausgefüllt von der politischen Debatte. Zeugnis der innigen Anteilnahme der Vertrauensleute der Partei am politischen Geschehen, ihrer Sorge um die Partei, in der eingeschlossen ist die Sorge um das Schicksal der Arbeiterklasse, war diese ungemein lebendige Wechselrede. Selbstverständlich gab es in der Schar der Redner auch manchen, der stärker als die positiven Ergebnisse unserer Politik die noch unerfüllten Forderungen unserer Partei betonte, aber in jedem Redner war das gleiche Vertrauen zur Führung der Partei und vor allem zu ihrem Vorsitzenden lebendig. Mit wirklicher Berechtigung konnte einer der Debatteredner auf die in dieser umfangreichen Wechselrede sich offenbarende innere Festigkeit, auf die geistige Geschlossenheit der Partei verweisen.

Alle Fragen des politischen Lebens wurden erörtert. Neben den sozialpolitischen und den nationalen Problemen und neben dem Militarismus nahmen breiten Raum auch die außenpolitischen Fragen ein, und nicht wenige Redner gelangten gerade durch die Analyse der außenpolitischen Situation zur Bejahung der gegenwärtigen Politik der Partei. So interessant schon durch die Vielheit der Probleme die Debatte wurde, — sie wurde es noch mehr dadurch, daß Redner so verschiedener Art, verschiedenen Temperaments sprachen. Männer und Frauen, Parlamentarier und Arbeiter aus den Betrieben, ergraute Vertrauensmänner und jugendliche Genossen — welches bunte Bild! Und alle, alle mit der gleichen Liebe zum Proletariat und zur Partei erfüllt, alle getragen vom gleichen Verantwortungsbewußtsein!

Dieses Verantwortungsbewußtsein und die hohe politische Reife unserer Vertrauensleute mußten die gründliche Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage der sudetendeutschen Arbeiterklasse ausklingen lassen in die Billigung jener Politik, die durch unseren vorjährigen außerordentlichen Parteitag eingeleitet worden ist.

Noch am Freitag abend sprachen in der Debatte über die Referate Czech und de Witte zwei Redner.

Als erster Redner sprach

Genosse Dr. Strauß.

der aufzeigte, wie vollkommen unfähig der Kapitalismus sich erwies, den von ihm versprochenen Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Kriege durchzuführen. Das sichtbarste Ergebnis dieses Wiederaufbaues sind zur Zeit 11 Millionen Arbeitslose in drei großen Industrieländern allein. Wir leben in einer Zeit beispielloser Konzentration des Kapitals und einer unerhörten Zentralisation der Betriebe. Die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft hat sich seit dem Kriege grundlegend verändert. Die politische Folgerung, die wir aus unseren wirtschaftlichen Erwägungen zu ziehen haben, ist vor allem die, daß der Kapitalismus eben deshalb, weil er mit seinen alten Methoden die Krise nicht mehr lösen kann, zur Gewalt greift.

Das größte Uebel, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die Fortentwicklung der Kultur überhaupt, ist der Faschismus,

dessen sich der Kapitalismus bedient und wir müssen uns in Europa und in der ganzen Welt bereit halten für eine Epoche schwerster Kämpfe, die die größten Anforderungen an die Sozialdemokratie stellen wird. Helfen wir hier auch in diesem kleinen Lande mit, daß das Niederschlagen der Arbeiterschaft die Gefahr eines neuen Krieges und damit der rettungslose Untergang der europäischen Kultur — denn all dies bedeutete ein Sieg des Fascismus — verhindert wird, sorgen wir dafür, daß die große Zeit, in der wir leben, auch in der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei kein kleines Geschlecht finde. (Starker Beifall.)

Gen. Adolf Schmidt-Teplitz:

Eine Frage, an der die Partei besonders stark interessiert ist, ist die Lösung der Agrarkrise. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß wir auch auf dem Lande starke Positionen besitzen. Es ist das zum großen Teil ein Verdienst der proletarischen Kleinbauern- und Häuslerorganisation.

Wir können feststellen, daß auch hinsichtlich der Lösung der Agrarkrise von unserer Partei getan worden ist, was möglich war.

Die Agrarier waren nach wie vor für Zölle, trotzdem sich schon längst erwiesen hat, daß die Zollpolitik Schiffbruch erlitten hat. Wir haben den agrarischen Zollforderungen gegenübergestellt die Forderung nach Einführung des Getreidemonopols. Es ist bemerkenswert, daß die Agrarier zuerst gegen das Getreidemonopol waren, heute aber erklären, daß sie für dessen Einführung sind. Wenn es bisher nicht zur Einführung des Getreidemonopols gekommen ist, so deshalb, weil die Živnobank am Getreidehandel stark interessiert ist. Genosse Schmidt befaßt sich noch mit der Industrie- und Agrarkrise und verspricht sich von der Herabsetzung der Preise, namentlich durch die Bekämpfung der Kartelle, eine Lösung bzw. Milderung derselben. Zum Schluß sagt er, daß das Interesse der Partei an der Lösung der Agrarkrise groß ist und daß die Kleinbauern und Häusler neben allgemeinen agrarpolitischen Maßnahmen mit Nachdruck die Forderung nach Wiedereinführung eines Pächterschutzes und nach Vertretung der Kleinbauern im Landeskulturrat erheben. Wenn die Partei wie bisher die Forderung der Kleinbauern und Häusler vertritt, dann kann sie auch auf weitere Fortschritte am Lande rechnen. (Beifall.)

*

Die Samstag-Verhandlungen.

Fortsetzung der Debatte.

Am Samstag wurden die Verhandlungen um ½10 Uhr wieder aufgenommen und die Freitag begonnene Debatte fortgesetzt. Erster Redner ist

Gen. Nitschmann-Reutitschein:

der sich mit dem Kriegsverletztenproblem befaßt. Er legt dar, daß das ursprüngliche Kriegsversorgungsgesetz in der Tschechoslowakei eines der schlechtesten in Europa war. Die Kriegsbeschädigten haben einen jahrelangen Kampf gegen dieses Gesetz geführt. Die Durchführung des Gesetzes war noch skandalöser als sein Inhalt. Not und Verzweiflung, Selbstmord, zugrunde gegangene Existenzen waren die Folge. Für diese Zustände ist vor allem der ehemalige

Minister Kremel, unser heimischer Prälat ohne Milde,

verantwortlich. Es ging ein Aufatmen durch die Reihen der Kriegsverletzten, als Genosse Dr. Czech Minister wurde. Unter seiner Ministerschaft ist für die Kriegsverletzten tatsächlich viel getan worden, von Freund und Feind wird restlos anerkannt, daß aus dem Ministerium jetzt ein anderer Zug weht. Die bürgerlichen Parteien haben jahrelang dem Elend der Kriegsinvaliden zugesehen, während die Sozialdemokratie, sobald die Möglichkeit gegeben war, durch Taten bewiesen hat, daß es ihr mit der Verbesserung der Lage der Kriegsinvaliden ernst ist.

Gen. Krejči-Trautenau:

Wir müssen nicht nur darüber beraten, wie wir im Tageskampf den Erscheinungen der Wirtschaftskrise entgegenzutreten haben, sondern darüber hinaus, welche Aufgaben uns als einer revolutionären Partei gestellt sind. Wir dürfen uns durch die Koalitionspolitik nicht von unseren eigentlichen Aufgaben ablenken lassen. Der Kapitalismus greift zur Gewalt, um sich vor dem Bankrott zu retten. Diese Gewalt zu verhindern, dazu genügt es nicht soziale Reformen zu erreichen, sondern wir müssen den Weg zur Eroberung der Zukunft suchen und finden. Wir machen gegenwärtig nichts anderes, als die übelsten Folgen der kapitalistischen Ordnung von der Arbeiterschaft abzuhalten, aber wir tun zu wenig, um unseren Aufstieg in der Zukunft vorzubereiten. Wir müssen die Losungen finden, um die Massen zu begeistern. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß in den Mittelpunkt unserer Forderungen gestellt werden, wir müssen die Revision der Sozialversicherung, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Sozialversicherung und die Verlängerung der Schulpflicht verlangen. Auch über die Frage der Autonomie der Gemeinden und Bezirke müssen wir energischer sprechen. Der Fascismus kann wohl durch die Koalitionspolitik verzögert, aber nicht aufgehalten werden.

Niedergeschlagen kann der Fascismus nur werden, wenn wir die Arbeiter zum Kampf gegen ihn aufrufen.

Unsere Sendung bleibt auch weiterhin der revolutionäre Kampf um die Eroberung einer neuen Welt.

Gen. Richard Reitzner-Bodenbach:

Heute handelt es sich nicht um große theoretische Auseinandersetzungen über die Koalitionspolitik, sondern der Maßstab der Beurteilung müssen die Ergebnisse dieser zehnmonatigen Koalitionspolitik sein. Niemand leugnet gewisse Sonnenseiten dieser Politik, aber darüber hinaus bleiben wichtige Aufgaben zu leisten. Unsere Politik darf nicht überwuchert werden von weniger bedeutsamen Fragen. Redner erklärt, genug Pessimist zu sein, um eine Parallele zwischen der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland und bei uns herzustellen. Wir haben es bei uns mit einem großen ungelösten Problem zu tun, das ist die Nationalitätenfrage. Mit Anerkennung stellen wir den Wandel unserer tschechischen Genossen in dieser Frage fest. Redner zweifelt nicht an dem ehrlichen Willen der tschechischen Genossen, aber man muß sich fragen, ob es an dem Tag, von dem Genosse Bechyně am letzten Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie gesprochen hat, der zur Lösung der nationalen Frage reif sein wird, nicht zu spät wird.

Wir müssen zum Angriff übergehen

und müssen die Schulselbstverwaltung erkämpfen. Wir müssen den Kampf nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb desselben führen. Heute ist es nicht möglich, aus der Koalition herauszugehen — schon mit Rücksicht auf die tschechischen Genossen — aber es ist notwendig, mit den tschechischen Genossen ein gemeinsames Aktions- und Kampfprogramm zu schaffen, es ist notwendig, wichtige Stellen in der Staatsverwaltung zu besetzen und wir müssen fordern, daß ein tschechischer Genosse Innenminister wird.

Gen. Dr. Heller-Teplitz:

der die Resolution zu den beiden Punkten der Tagesordnung begründet, sagt:

Ich glaube, daß die beste Antwort auf die fascistischen Versuche die wäre, die Forderung nach dem Innenministerium zu erheben. Ueber die Frage der Fortsetzung unserer Politik und der weiteren Teilnahme an der Regierung, sind auch bei uns allen ernste Bedenken aufgetaucht. Wir konnten uns bis vor einem Monat nicht entscheiden, ob die zweifellos großen Vorteile, die unsere Regierungsteilnahme für die Arbeiterklasse mit sich brachte, nicht aufgewogen werden durch die Nachteile. Es ist wahr, daß auf nationalkulturellem Gebiete nur Bescheidenes erreicht wurde, aber die Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiete, die allgemein anerkannt werden, sind auch Errungenschaften für die deutschen Arbeiter. Die Krise hat die deutschen Gebiete mehr erfaßt als andere und alle Vorkehrungen zur Milderung der Krise kommen also den deutschen Arbeitern mehr zugute als den tschechischen. Es gibt infolge der Abbaumaßnahmen mehr deutsche Altpensionisten als tschechische; es gibt, nachdem die Legionäre nicht unter das Invalidengesetz fallen, auch mehr deutsche Invalide als tschechische. Die Vorteile, die wir haben, kommen also zu einem größeren Teile den deutschen Arbeitern zugute. Für uns ist im Gegensatze zu den bürgerlichen Parteien

die nationale Frage in erster Linie eine soziale Frage.

Wenn wir für den deutschen Menschen Vorteile erreichen können, haben wir nationale Arbeit geleistet. Wir empfinden es als schweren Mangel, wenn wir für das Militärbudget stimmen müssen. Wir haben uns mit der Beantwortung der Frage, ob wir unter diesen Umständen weiterhin an der Regierung teilnehmen können oder nicht, sehr eingehend beschäftigt, aber noch ehe wir sie beantworten konnten, kam der 14. September, es kamen die Ereignisse die sich anschlossen in Deutschland und Oesterreich, in Polen und bei uns. Sie zeigten uns, daß der Fascismus in Europa Fortschritte gemacht hat und nun mußten wir die Frage anders stellen: Ist für die Abwehr des Fascismus unsere Regierungsbeteiligung von Vorteil oder nicht. Nur zwei Dinge konnten für uns entscheidend sein: 1. Wie verschaffen wir den in Not geratenen Arbeitern eine Linderung der Not und 2. wie können wir die Gefahren des Fascismus für unser Land abwehren? In dieser Situation hätte unser Austritt aus der Regierung für die Arbeiterklasse schwere Nachteile gebracht: wir hätten uns fragen müssen, ob die tschechischen Genossen mit uns austreten oder ob sie in der Regierung bleiben. Gehen sie mit uns, so heißt das nichts anderes, als die Regierung dieses Landes ausschließlich dem Bürgertum zu überlassen, das, wenn es uns in der Zeit des Bürgerblocks mit Peitschen gezüchtigt hat, uns dann mit Skorpionen züchtigen würde. (Zustimmung.) Wir wollen keine Wiederauflage des Bürgerblocks. **Wenn wir heute die Regierung dem Bürgerblock überlassen, würde in diesem Staate nicht auch nur das Geringste zur Milderung der Not geschehen.** Ein Blick auf die anderen Länder liefert uns dafür die beste Bestätigung. Die ganze Krise in diesem Lande würde abgewälzt werden auf die Schultern der Arbeiterschaft. Es ist uns gelungen, unter Mitwirkung der tschechischen Genossen eine ganze Reihe von sozialen Errungenschaften zu erzielen. Glaubt jemand, daß, wenn wir aus der Regierung austreten, die Gefahr des Fascismus geringer wäre als bisher? Wir haben zwar keine augenblickliche fascistische Gefahr, aber in dem Augenblicke, wo der Fascismus in anderen Ländern siegt, wird die Gefahr auch bei uns aktuell und unsere Pflicht ist es, für diesen Augenblick gerüstet zu sein. Das Wort Lassalles „Macht ist Recht" gilt auch heute noch und die Gefahr des Fascismus kann nicht abgewehrt werden ohne Teilnahme an der Macht.

Nehmen wir den zweiten Fall, daß unsere tschechischen Genossen in der Regierung bleiben würden; das hätte einen tiefen Riß zwischen uns und den tschechischen Sozialdemokraten zur Folge, wir würden auf Jahre hinaus zurückgeworfen werden; aber davon abgesehen, wäre die Stellung der tschechischen Sozialdemokraten in der Regierung ohne uns eine weit schwächere als heute. Heute ist die Frage der Regierungsbeteiligung nicht mehr eine Frage der Taktik, sondern der Abwehr des Angriffes auf die Lebensinteressen des Proletariats.

Es drückt uns schwer, daß wir nicht imstande waren, auf national-kulturellem Gebiete etwas zu erreichen. Aber in dieser Zeit der Krise gehört das Primat den wirtschaftlichen Erwägungen. Wir sind indes auch auf diesem Gebiete einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen. Unsere tschechischen Genossen haben in ihrem neuen Programm die Frage der Kulturautonomie aufgeworfen, wir marschieren auch in dieser Frage völlig einig nebeneinander. (Lebhafter Beifall.) Die Erringung der nationalen Autonomie, die Befriedigung der Nationen kann nur das Werk der sozialdemokratischen Parteien sein. Die bürgerlichen Parteien sind daran durchaus nicht interessiert, sie wissen, daß

nach Erreichung der Schulautonomie der Kampf um die Schule nicht aufhört, sondern erst anfängt.

Mit der Erledigung der nationalen Seite des Schulproblems ist keineswegs die pädagogische und soziale Seite erledigt. Dann erst wird innerhalb der deutschen Nation der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat entbrennen.

Die Prager Demonstrationen waren nicht dasselbe wie ähnliche frühere Kundgebungen. Das nationale Moment hat dabei eine geringere Rolle gespielt, als das Bestreben, den Fascismus zu fördern und gegen die sozialistischen Parteien zu kämpfen. Es war der erste Versuch der Fascisten und dank der Haltung der Prager Polizei, war er nicht erfolglos. Der Kampf für die Freiheit ruht

auf unseren Schultern. Er war Inhalt unserer Tätigkeit in den letzten Jahren; geben Sie uns Ihre Unterstützung für unseren weiteren Kampf, durch Ihr möglichst einhelliges Votum. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Schaffer-Karlsbad:

Wenn Genosse Dr. Czech gewünscht hat, die Stimmung unter der Arbeiterschaft kennen zu lernen, so können wir sagen,

daß unsere Parteigenossen und Genossinnen unsere Politik in der Regierung voll und ganz verstehen und billigen.

Die Frauen besonders haben Ursache, mit unseren Erfolgen zufrieden zu sein und begrüßen besonders das Gesetz über die Schutzaufsicht für uneheliche und in fremder Pflege befindliche Kinder. Die Mütter, die in der glücklichen Lage sind, ihre Kinder unter geordneten Verhältnissen aufwachsen zu sehen, wissen, was es bedeutet, wenn bis jetzt weit mehr als 400.000 Kinder ohne den Schutz von Eltern dastanden. Wir müssen aber die Intentionen, die in der Durchführungsverordnung des Gen. Dr. Czech zu diesem Gesetze niedergelegt sind, auch in die Tat umsetzen, sonst laufen wir Gefahr, daß sich auch hier die Klerikalen vordrängen. In diesem Zusammenhang müssen wir feststellen, daß in der Tschechoslowakei der Schutz für Mutter und Kind noch nicht weitgehend genug ist. Unsere Frauenreichskonferenz hat sehr klar unsere Forderung in dieser Beziehung präzisiert. Was die Koalitionspolitik im allgemeinen anbelangt, so können wir feststellen, daß sie uns bisher großen Nutzen gebracht hat und auch noch bringen kann. Solange wir in der Regierung mehr erreichen als außerhalb derselben, sollen wir in der Regierung bleiben. (Beifall.)

Gen. Bruch-Marschen:

Es war auf dem Aussiger Parteitag, als wir über den Eintritt in die Regierung beraten haben, wohl vor allem der Gedanke maßgebend, die Anfänge der Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen zu vertiefen. Es gab niemanden, der für den Eintritt in die Regierung ohne Bedenken gestimmt hätte und es wurde von vielen darauf verwiesen, daß unser Regierungseintritt von den Kommunisten gegen uns in agitatorischer Beziehung voll ausgenützt werden wird. Die Wahlen in Deutschland haben uns aber gezeigt, daß gegenwärtig der gefährlichste Gegner der Arbeiterbewegung der Nationalsozialismus ist. Genosse Bruch kommt nun auf die Verbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu sprechen und gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck,

daß die Leitung des Bundes der Kriegsbeschädigten kein Wort der Anerkennung für die Verdienste des Genossen Dr. Czech um die Schwerstinvaliden gefunden hat.

Wenn ein Nationalsozialist oder Deutschnationaler das für die Schwerstinvaliden getan hätte, was Genosse Dr. Czech geleistet hat, dann wäre die Stellung der Leitung des Bundes der Kriegsbeschädigten sicher anders. Es ist uns eine Genugtuung, daß dafür die Invaliden die Tätigkeit unseres Fürsorgeministers voll anerkennen (Beifall).

Gen. Mader-Reudek:

nimmt zur Koalitionspolitik Stellung und hält unseren Eintritt in die Regierung für richtig. Es wäre schwer gewesen, in der damaligen Situation außerhalb der Regierung zu bleiben und einen solchen Entschluß, der die Bildung einer neuen Bürgerblockregierung hätte zur Folge haben müssen, vor den Massen der Arbeiterschaft zu verteidigen.

Die Arbeiterklasse hätte den politischen und wirtschaftlichen Druck einer solchen Regierung nicht weiter ertragen können.

Die Arbeiter hätten es aber auch nicht verstanden, wenn wir die Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Genossen, für die wir in Smichov der Weg freimachten, auf diese Weise wieder abgebrochen hätten. Wir wissen, daß die wirtschaftliche Not unabhängig davon, ob wir in oder außerhalb der Regierung sind, über die Arbeiterklasse hereingebrochen wäre. Dadurch, daß wir in der Regierung sind, vermochten wir wenigstens einen Teil dieses Elends zu mildern. Genosse Mader hält es noch für notwendig, den Parteiapparat mehr auf die Agitation umzustellen, weil der gegenwärtige Zustand, in dem ein großer Teil unserer Funktionäre in der Kommunalpolitik festgehalten ist, auf die Dauer nicht erträglich ist. Was den Fascismus anlange, so müßten wir einmal darüber beraten, wie das Proletariat zum Kampfe gegen die fascistische Gefahr wehrhaft gemacht werden kann. (Beifall.)

Gen. Dr. Hollitscher-Komotau:

Obzwar ich mich seinerzeit im Hinblick auf den durch den Bürgerblock geschaffenen unerträglichen Zustand für den Eintritt der Partei in die Regierung erklärt hatte, überkam mich im Laufe der zehn Monate schwere Sorge um das Schicksal der Partei, als die Notwendigkeit näher rückte, für den Staatsvoranschlag mit seiner Kongrua und seinen Militärlasten zu stimmen. Ich fragte mich, ob wir noch länger eine Politik mitmachen dürfen, die uns zwar Vorteile gebracht hat, aber so schwere Opfer von uns fordert. Diesen Sorgen gab ich in einem Briefe an Genossen Taub Ausdruck. Genossen, ich habe diese schweren Sorgen noch heute. Trotzdem trete ich heute dafür ein, daß wir für die Resolution stimmen, die das Verbleiben in der Koalition befürwortet. Dieser Wandel wurde in mir durch die Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten hervorgerufen, durch den Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten, wegen dessen Beschlüsse, aber auch deswegen, weil unser Austritt aus der Regierung ohne einen Austritt der tschechischen Genossen — die sich dazu nicht veranlaßt fühlen würden — einen unerträglichen Zustand, ja eine Katastrophe sowohl für die tschechische als auch für die deutsche Arbeiterschaft, bedeuten würde. Zum zweiten bestimmt mich die politische Entwicklung Europas in der letzten Zeit, die ringsum drohende Gefahr des Fascismus, der den Kampf um die Demokratie zur dringendsten Notwendigkeit macht. Und da dieser Kampf von uns zur Zeit zweifellos am besten geführt werden kann, wenn wir im Staate mitbestimmen, so erkläre ich mich für das Verbleiben der Partei in der Regierung. (Beifall.)

Gen. Hala-Kosolup

beschäftigt sich mit dem Referat des Genossen de Witte und in Sonderheit mit dessen Ausführungen über die Notwendigkeit der Reform des Schulwesens, in deren Vordergrunde die Frage der Lehrerbildung an Hochschulen, die Beseitigung der hohen Schülerzahl in den Klassen und eine erhöhte staatliche Unterstützung für Schulbauten sowie die unentgeltliche Beistellung der Lernmittel für alle Schüler an allen Schulen stehen müsse: Wenn den Soldaten die Mordwaffen umsonst beigestellt werden, dann muß die Gesellschaft den Kindern auch die Lernmittel unentgeltlich geben. Genosse Hala würdigt dann den Erlaß des Schulministers Genossen Dr. Dérer über die Elternräte und stellt fest, daß ein großer Teil der Lehrerschaft aus reaktionären und nationalistischen Gründen diesen Erlaß einfach sabotiert. („Sehr richtig!" — Rufe.) Unsere Organisationen mußten vielfach erst einen Druck auf die Lehrer ausüben, damit sie im Sinne dieses Erlasses handeln. Der Redner führt dann Beispiele an, die beweisen, daß es eine sogenannte neutrale Erziehung in den Schulen nicht gebe und nennt den Fall eines westböhmischen Realschulprofessors, **der in der Septima die Sozialdemokraten als Menschen definierte, die nichts arbeiten wollen, am Samstag ihre Lohnkreuzer versaufen und nichts anderes können als eine Menge Kinder in die Welt setzen.** (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Er schließt mit der Feststellung, daß die heutige Schule nur ein Machtinstrument der herrschenden Klasse ist und daß die Genossen sich mehr als bisher um die Kulturorganisation des Proletariats bekümmern mögen, die sich mit der Erziehung der Jugend beschäftigt. (Beifall.)

Gen. Zischka-Sternberg:

Es genügt nicht, wenn wir über die Beteiligung an der Koalition reden. Nur die Möglichkeiten des Wollens und des Könnens abzuwägen, sondern entscheidend ist dabei auch, was wir dürfen. Es ist auf dem Parteitag leider nur so nebenbei davon gesprochen worden, von den Belastungen, die uns die Beteiligung an der Regierung auferlegt. Es wurde zu wenig davon gesprochen, was es für die Partei bedeutet, wenn jetzt das Budget mit unseren Stimmen, angenommen, wenn die Militärlasten, gegen die wir jahrelang den entschiedensten Kampf geführt haben, mit unseren Stimmen angenommen werden! Genosse Zischka wendet sich unter besonderer Betonung dessen, daß wir die Bürgerblockregierung gerade wegen ihrer Militärpolitik so leidenschaftlich bekämpften, gegen die letzte Rede des tschechischen Sozialdemokraten Srba im Budgetausschuß, die er mit Reden französischer Kriegsminister vergleicht. Wenn alle Welt von der Abrüstung spricht, in diesem Lande aber gar nichts dafür geschieht, so müssen wir sagen, daß es eine Grenze für die Partei gibt, daß vor allem die Partei ihr Schild nicht beflecken darf. Die Arbeiterschaft hat uns durch viele Jahre, in denen wir ihr gar nichts bringen konnten, Gefolgschaft geleistet, weil unser Schild rein blieb. (Beifall.)

Gen. Dietz-Komotau:

Wir müssen den Arbeitern begreiflich machen, daß in einer Koalition mit solchen Gegnern, wie wir sie haben, nicht mehr erreicht werden kann, als das, was geschehen ist. Wir dürfen uns allerdings auch nicht darüber täuschen, daß der Wert des Erreichten oft durch die Praxis wieder illusorisch gemacht wird. Wenn wir das Wenige, das wir erreicht haben, zur Beurteilung für das weitere Verbleiben als Grundlage nehmen wollten, dann könnten wir nicht für die Erhaltung des jetzigen Zustandes eintreten. Wir dürfen allerdings nicht weiter gehen, als daß wir draußen verantworten können, wir dürfen das Prestige der Partei nicht aufs Spiel setzen. Es darf auch nicht die Meinung Platz greifen, daß wir den Fascismus nur bekämpfen können, wenn wir in der Regierung sind. Wir wollen die Arbeit der Parlamentarier durchaus nicht unterschätzen, wir müssen uns aber auch hüten, sie zu überschätzen. Nicht unsere Stärke im Parlament allein wird ausschlaggebend sein im Kampfe mit unseren Gegnern, sondern die Stärke der Massen, die hinter uns stehen.

Gen. Gürtler-Tuschkau:

spricht den Wunsch aus, daß die Partei sich ebenso wie der Kleinbauern auch der Kleingewerbetreibenden annehmen möge, die unter schwersten Bedingungen ihr Dasein fristen. Der fabriksmäßige Betrieb bringt es mit sich, daß der Handwerker von seiner Werkstätte vertrieben wird, wir müssen uns dieser Schichten, die schwere wirtschaftliche Lasten zu tragen haben, annehmen und sie unterstützen.

Gen. Adler-Pilsen:

Wir begrüßen es, daß die tschechischen Sozialdemokraten sich für die Schulautonomie ausgesprochen haben, es muß allerdings konstatiert werden, daß die Haltung der tschechischen Genossen draußen noch nicht in Einklang zu bringen ist mit den Beschlüssen des Parteitages. Entscheidend ist auch nicht die Schulautonomie, sondern der Kampf um den Arbeitsplatz, und aus den Ziffern, die Genosse Pohl auf der gemeinsamen Konferenz in Prag nannte, geht hervor, daß ein Teil des tschechischen Proletariats auf Kosten des verdrängten sudetendeutschen Arbeiters lebt. Unseren taktischen Bedürfnissen dürfen wir nicht unser Prinzip opfern. Wir haben immer die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht erhoben, bei uns kann das nationale Problem nicht anders gelöst werden, als durch Erfüllung dieser Forderung, die Voraussetzung ist für die Durchsetzung unseres sozialistischen Programms. (Beifall.)

Gen. Rambauske-Braunau:

erklärt, daß die Frage unserer Regierungsbeteiligung nicht so beantwortet werden könne, daß wir jetzt erst recht die bisherige Linie der Partei beibehalten müssen. Heute denke schon mancher Genosse anders über die Koalitionspolitik, nur spreche er es noch nicht aus. Wenn auf dem Parteitag gesagt wurde, daß wir trotz Teilnahme an der Regierung unseren Grundsätzen treu geblieben sind, so könne er dem nicht beipflichten, weil wir z. B. für das Militärbudget stimmen mußten. Man wird draußen unter den Arbeitern das Mißverhältnis zwischen den Militärausgaben und den Aufwendungen für soziale Fürsorge nicht verstehen. Den Opfern der Wirtschaftskrise und Nationalisierung müßte wirksamer geholfen werden. Wenn wir überzeugt sind, daß wir in der Regierung nicht mehr erreichen können, dann müssen wir dies den Arbeitern sagen. Es müsse auch ausgesprochen werden, daß wir den Fascismus durch unsere Teilnahme an der Regierung nicht aufhalten können. Wir können unseren Abwehrkampf gegen den Fascismus nur auf der Partei aufbauen. Im Jahre 1931 stehen wir vor neuen Gemeindewahlen und wir müßten ernstlich prüfen, ob wir mit den bisherigen Ergebnissen der Koalitionspolitik in die Gemeindewahlen gehen können. (Beifall.)

Gen. Lorenz-Rothau:

Wenn die Wirtschaft in der Tschechoslowakei wieder angekurbelt werden soll, dann müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Eine solche Maßnahme wäre die Beistellung von Geldern an kleinere Betriebe, um ihnen zu helfen.

Eine weitere Maßnahme wäre die Ermäßigung der Steuer bei den Arbeitern, die Steuererhöhung aber bei den Bankdirektoren,

deren Gehälter immens hoch sind und die Wirtschaft ruinieren. An diesen Verhältnissen trägt aber die Arbeiterschaft durch ihre Teilnahmslosigkeit selbst einen Teil der Schuld. Der dreizehnte Monatsgehalt für die Staatsangestellten trifft unter der Arbeiterschaft nicht überall auf Verständnis. Die Arbeiter glauben z. B., daß die Sanierung der Bruderladen eine dringendere Frage wäre. Wenn der Staat Geld zur Sanierung der Banken hat, so verstehen wir es nicht, wenn auf der anderen Seite kein Geld für die Sanierung der Bruderladen vorhanden ist. Auf dem Parteitag sei auch von unserer Einstellung zum Militarismus gesprochen worden. In dieser Beziehung haben die Vertrauensmänner die Aufgabe, der Arbeiterschaft das Wesen der Koalition vor Augen zu führen und ihr zu sagen,

daß es uns noch schlechter erginge, wenn wir außerhalb der Regierung stünden.

Die Aufgabe der Partei in der Regierung besteht darin, herauszuholen, was irgendwie möglich ist. Zu dem Verhältnis zu den tschechischen Genossen übergehend, führte Gen. Lorenz aus, daß es auch notwendig sei, dem Willen zur Zusammenarbeit die Tat folgen zu lassen. Die Gleichberechtigung des deutschen Arbeiters könne sich nicht auf die Gleichstellung in den staatsbürgerlichen Rechten beschränken, wir müssen gemeinsam mit den tschechischen Genossen auch die Gleichstellung des deutschen und tschechischen Arbeiters auf dem Arbeitsplatz erkämpfen. Wichtig sei es auch, den frechen Forderungen der Agrarier unsere Forderungen gegenüberzustellen und energisch zu vertreten. (Beifall.)

Gen. Jaksch-Prag:

Auch der letzte Teil der Debatte hat meine Ueberzeugung nicht erschüttert, daß die bisherige Politik der Partei, die in beneidenswerter ideeller Geschlossenheit dasteht, im Einklang mit dem Denken und Fühlen der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse steht. Für unsere Genossen draußen ist es vor allem ein Stück Beruhigung, zu wissen, daß das für die Arbeiter wichtigste Ministerium in den Händen eines Mannes ihres Vertrauens liegt. Die deutsche Sozialdemokratie ist erst seit dem Augenblick des praktischen Zusammenarbeitens mit den tschechischen Genossen ein wesentlicher politischer Faktor geworden. Die tschechische Sozialdemokratie hat durch ihren Parteitag und anläßlich der Prager Krawalle das Ansehen des Sozialismus gefestigt. Die tschechischen Agrarier bringen für ihre deutsche Bruderpartei nicht ein Hundertstel des Verständnisses auf, das uns die tschechischen Genossen entgegenbringen (Beifall). Dennoch hängt die Frage der Fortsetzung der Koalitionspolitik über die Zeit der Krise hinaus davon ab, ob es uns gelingen wird, zu einer ernsthaften Lösung der nationalkulturellen Fragen zu gelangen, die nicht nur eine Frage der tschechischen und der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch eine Schicksalsfrage für diesen Staat ist. (Beifall.) Die tschechischen Genossen werden auf diesem Parteitag sicherlich den Eindruck des ehrlichen Verständigungswillens der deutschen Arbeiterklasse empfangen haben, dessen Verblutung nicht im Interesse der demokratischen Entwicklung des Staates wäre. Bei allem Verständnis für den kritischen Standpunkt einiger Genossen, muß doch in dieser Zeit von jedem Vertrauensmann der Mut zur Konsequenz verlangt werden. Es geht nicht an, hier Kritik zu üben, ohne zu sagen, daß wir etwa morgen aus der Regierung gehen sollen. (Beifall.) Es geht nicht darum, unsere Politik zu beschließen, sondern sie mannhaft zu vertreten (neuerlicher Beifall). An der Ungelöstheit der nationalen Frage, an der Arbeitslosigkeit und an allen anderen Problemen, so auch an der gewiß außerordentlich schwierigen Frage der Militärpolitik, würde sich durch unseren Austritt aus der Regierung nicht nur nichts ändern, sondern die Zustände würden dadurch noch verschärft werden. Die Zeiten sind viel zu gefährlich, als daß wir eine doktrinäre Politik machen könnten. Bedenken Sie, daß die stolze Politik der österreichischen Genossen nicht verhindern konnte, daß jetzt dort ein Starhemberg Innenminister ist! (Zustimmung.) Ein Aufgeben unserer Position wäre in diesem Augenblicke nicht nur eine Schädigung unserer, sondern der ganzen internationalen Arbeiterklasse. **Wir könnten der Reaktion in diesem Lande keinen größeren Gefallen tun, als freiwillig den Posten zu räumen, den wir inne haben.** (Beifall.) Redner wendet sich dann einer Würdigung der Bedeutung der außenpolitischen Fragen für die innere Politik und der Agrarkrise zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß aus der Arbeiterbewegung ein neuer Impuls für eine großzügige internationale Politik der Sozialdemokratie komme. Wenn uns das gelingt, dann ist mir nicht bange darum, daß uns die Herzen der arbeitenden Menschen noch mehr als bisher zufliegen werden. (Sehr starker Beifall.)

Gen. Keilwerth-Eibenberg:

In der jetzigen Zeit der furchtbaren Krise in der Regierung zu sitzen, ist für unsere Partei keine angenehme Sache. Wir würdigen die Gründe, die für den Eintritt entscheidend waren und wir erkennen an, daß herausgeschlagen wurde, was herauszuschlagen war. Wir wissen auch, was der Bürgerblock an der Arbeiterklasse verbrochen hat. Mit dem Antrage des Parteivorstandes erklären wir uns einverstanden und wir sind dafür, daß wir in der Koalition bleiben, so lange für die Arbeiter etwas herauszuholen ist. Würde aber die Reaktion größere Zugeständnisse von uns verlangen, dann müßten wir und auch die tschechischen Sozialdemokraten aus der Regierung austreten. Unsere Aufgabe draußen ist es, gegen den Faselsmus zu rüsten. Wir müssen unsere Organisationen ausbauen, unsere „Rote Wehr" festigen, unsere Vertrauensmänner müssen mit allem Rüstzeug gegen den Fascismus ausgestattet werden. Um den Ausgang dieses Kampfes braucht uns nicht bange zu sein. (Beifall.)

*

Hierauf werden die Verhandlungen bis ½3 Uhr unterbrochen.

Erster Redner nach der Mittagspause ist

Gen. Kern-Reichenberg:

Bei unserer Stellungnahme gegenüber dem Militarismus genügt es nicht, auf die Höhe der Militärbudgets zu verweisen, obwohl die Höhe der Ausgaben naturgemäß eine wichtige Angelegenheit ist. Noch wichtiger aber ist, wie das Heer beschaffen ist, für das die Gelder bewilligt werden. Noch wichtiger ist, sich zu fragen, ob nicht unser heutiges Militär ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie ist. Um das zu verhindern, müssen wir

die Demokratisierung der Armee

durchführen. Der Soldat darf nicht als ein Mensch behandelt werden, der völlig rechtlos und ohne Kontrolle dem militärischen Apparat ausgeliefert ist. Wir brauchen eine Reform des Beschwerdeweges, damit der Soldat seine Wünsche und Beschwerden ohne Furcht vor Strafe vorbringen kann. Wir brauchen die Herabsetzung der Militärdienstzeit, wir dürfen die vormilitärische Erziehung nicht durchlassen. Wir werden uns auch einmal mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Wehrproblem beschäftigen müssen. Gemeinsam mit unseren tschechischen Freunden müssen wir versuchen, die parlamentarische Heeresinspektion durchzusetzen. Der Bürger muß auch dann als Mensch angesehen werden, wenn er sich im Soldatenrock befindet.

Gen. Sacher-Karlsbad:

Wir haben in Aussig festgelegt, daß wir gemeinsam mit den tschechischen Genossen an der Koalitionsregierung teilnehmen. Wir wußten, daß eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien in der Regierung nicht so einfach ist. Aber wir wußten auch, daß uns alle Kampfmittel recht sein müssen, um zu unserem Ziele zu gelangen. Letzten Endes haben wir die Aufgabe, das Proletariat für den Sieg des Sozialismus kampffähig zu erhalten und deshalb

war es notwendig, das Diktat des Bürgertums abzuschütteln.

Wir können stets nur das erreichen, wozu unsere Kraft langt. Aber wir haben auch die Aufgabe, das Proletariat kampfbereit zu erhalten. Wir müssen die Arbeiter aufrufen zum Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, wir müssen den Kampf auf allen Linien eröffnen für einen erhöhten Lohn.

Gen. Heller-Wigstadtl:

erklärt, daß wir den von einigen Genossen geforderten Schwung in unsere Bewegung auch bringen können, wenn wir in der Regierung sind. Unsere Schlagkraft darf dadurch nicht gelähmt werden. In der Beurteilung der Regierungspolitik dürfen wir uns nicht beeinflussen lassen von dem Geist, den unsere Gegner gar zu gern in die Reihen der Arbeiterschaft hineintragen möchten. Ein alter Grundsatz von uns, den wir wieder ausgraben müssen, ist, daß wir immer das tun sollen, was unsere Gegner nicht wollen. Sie aber wollen nicht, daß wir in der Regierung sind. Wir haben den Bürgerblock nicht deswegen gesprengt, um unseren Gegnern den Platz zu überlassen,

wir müssen von jedem Mittel der Macht Gebrauch machen, das uns zur Verfügung steht.

Drei Jahre haben die bürgerlichen Parteien den Arbeitern ihre Rechte geraubt, wenn wir sie noch zwei Jahre hätten wirtschaften lassen, wäre von allen unseren Rechten nicht viel übrig geblieben. Jede neue Machtposition, die wir erreichen, muß uns eine Sprosse sein auf der Leiter, die zur Macht führt. Wir werden nicht ruhen, bis wir die ganze Regierung in der Hand haben werden!

Gen. Keßler-Bodenbach:

Es wäre nicht objektiv, wollten wir als sozialdemokratische Freidenker nicht offen aussprechen, daß durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung kulturpolitisch eine Erleichterung eingetreten ist.

Ich glaube sogar sagen zu können, daß wir

eine wesentliche Erleichterung zu verzeichnen haben.

Die Klerikalen haben die Auslieferung der Schule an den Klerikalismus verlangt. Es wäre, wenn die Sozialdemokraten nicht in die Regierung gegangen wären, gewiß die Schule des Volkes zum Schacherobjekt für den Eintritt der Klerikalen in die Regierung geworden. Wir müssen aber hier, aus der Erfahrung sprechend, sagen, daß die Verhinderung von Unheil von den Wählern nicht so gewertet wird, wie es sein müßte. Infolgedessen sehen wir leider, daß die große Masse, insbesonders die Indifferenten, nur große positive Erfolge sehen wollen. Wir können die Wahrnehmung machen, daß die Kirche ihren inneren Zerfall nach außen hin zu verdecken sucht durch größere Aktivität und daß sie ihre Bestrebungen durchzusetzen bemüht ist. Die Kirche hat es trotz der geänderten politischen Verhältnisse verstanden, im Ministerium des Innern Weisungen zu erzielen, daß ein Plakat zur Volkszählung verboten wurde. Deshalb unterstreiche ich die heute schon ausgesprochene Forderung, daß es unser Bestreben sein muß, das Ministerium des Innern in die Hände zu bekommen. Zu den Ausführungen des Gen. Jaksch möchte ich sagen: Die Frage der Koalitionspolitik wurde hier nicht so gestellt, ob wir aus der Regierung austreten oder in ihr bleiben sollen, sondern es wurde nur über die Art wie man den Kampf auf der neuen Plattform führen soll, diskutiert. Es ist Aufgabe jeder Kulturorganisation, in ihrem Rahmen den ihr zugewiesenen speziellen Teil des Klassenkampfes zu betreuen. Die Freidenker werden bei der Volkszählung den Nachweis erbringen, daß die Voraussetzungen, unter denen die Kirche die staatlichen Zuwendungen seinerzeit erhielt, nicht mehr bestehen. Wenn dieser Nachweis erbracht sein wird, dann fordern wir als Freidenker daß der Kirche aus öffentlichen Mitteln kein Heller mehr bewilligt werde. (Beifall.)

Gen. Geißler-Teplitz:

Die sozialistische Jugend hält es für notwendig, daß die Sozialdemokratie und die ihr angeschlossenen Organisationen jederzeit trotz der Zustimmung zum Militärbudget feststellen, daß sie nach wie vor entschlossene Feinde des Militarismus und aller Rüstungen sind.

Wir halten es für notwendig, zu erklären, daß die Arbeiterjugend antimilitaristisch ist.

Das muß immer wieder gesagt werden, weil die Zustimmung zum Militärbudget von unseren Gegnern gegen uns ausgenützt wird. Die Arbeiterjugend hat volles Verständnis für die Stellung der Partei. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen die Arbeiterjugend in eine schwere Situation. Tausende Jugendliche sind arbeitslos. Wir richten an die Regierung das Verlangen, mit allen Mitteln zu trachten, daß den arbeitslosen jungen Menschen genügende Unterstützung zuteil wird. Wir fordern die obligatorische Arbeitslosenversicherung, wir verlangen die Möglichkeit der Berufsumschulung und eine bessere Vorbereitung der jungen Generation für die erhöhten Anforderungen, die die Wirtschaft heute an sie stellt. Die Jugend ist das Opfer politischer Schlagworte der extremen Parteien geworden. Daraus erwächst uns die Aufgabe, mehr als bisher unser letztes Ziel, den Sozialismus, in den Vordergrund zu stellen. Die nüchterne Arbeit, deren Bedeutung wir nicht verkennen, ist allein nicht geeignet, die Jugend zu begeistern. Wir müssen die Jugend erfüllen mit dem Glauben und der Zuversicht, daß wir den Sozialismus erreichen werden. (Beifall.)

Genossin Günzel-Karlsbad:

Soweit die Parteimitgliedschaft an den Vorgängen der Wirtschaft und Politik interessiert ist, wußte sie von vornherein welche Anforderungen das Koalitionsproblem an uns stellt. Aber es gibt große Massen, die leider nicht wissen, worum es geht. Trotzdem wir nicht der Auffassung sein können, daß wir uns von solchen Stimmungen in unserer Politik beeinflussen lassen sollen, müssen wir doch unsere Parteiarbeit auf diese Tatsache einstellen.

Wir müssen unsere Parteiarbeit intensiver gestalten,

wir müssen in die Arbeiterwohnungen, den Arbeiterfrauen und indifferenten Arbeitern gehen, um sie aufzuklären. Die politische Lage nach dem Umsturz hat uns vor neue Aufgaben gestellt, die eine große Zahl unserer besten Funktionäre in Anspruch nehmen, so daß die uns für die Parteiarbeit zum fehlen kommen. Wir hören oft Klagen, daß manche dieser Funktionäre nicht mehr genügenden Kontakt mit der Parteimitgliedschaft besitzen. Es ist notwendig, auch diesen Mangel, der aus der Ueberlastung dieser Genossen mit Arbeit erklärlich ist, nach Möglichkeit abzuhelfen. Die Gegenwart erfordert doppelte und dreifache Anstrengung. (Beifall.)

Gen. Denk-Plan:

Bei der Erwägung darüber, ob wir in der Regierung bleiben sollen oder nicht, müssen wir immer fragen, welches die größere Gefahr ist. Wir haben gesehen, daß wir mit der gegenwärtigen Taktik Erfolge erzielt haben, daß aber auch die tschechischen Genossen Errungenschaften zu verzeichnen haben. Ihre Erfolge sind unsere Erfolge. Redner plädiert dafür, daß dafür Vorsorge getroffen wird, daß bei Neuanstellungen der nationale Schlüssel berücksichtigt wird. Die Kleinarbeit, die infolge unserer Ueberlastung mit anderen Dingen nachgelassen hat, muß wieder mit aller Kraft betrieben werden, die Menschen draußen auf dem Lande, werden unser Handeln auch zu billigen wissen.

Gen. Riehner-Prag:

geht auf die Argumente jener Debatteredner ein, die Bedenken gegen die Fortsetzung der bisherigen Politik vorgebracht haben. Wir bemühen uns, sie zu verstehen. Sie bestehen darin: Wird und kann die Masse der Arbeiterschaft unsere Politik begreifen oder nicht. Und bis zu welcher Grenze können wir gehen, um auf das Verständnis der Masse zu stoßen? Wir müssen dabei berücksichtigen, daß wir unter anderen Verhältnissen als früher leben und daß wir unsere Agitation den neuen Verhältnissen anpassen müssen. Wir dürfen nie außer Acht lassen, daß wir nicht so stark sind, der Koalition unseren Willen aufzwingen zu können. Es ist ein zäher leidenschaftlicher und zermürbender Kampf um jeden Zoll Boden, um die kleinste Errungenschaft. Die Bedenken, die hier geäußert wurden, hat jeder Einzelne von uns. Wir müssen zeigen, ob wir fähig und willens sind, für die Arbeiterbevölkerung etwas zu leisten. Das Militärbudget wird ohne uns und gegen uns bewilligt werden. Von dieser Erkenntnis ausgehend, müssen wir fragen, ob wir die Möglichkeiten aus der Hand geben dürfen, die es uns gestatten, für die Arbeiterklasse etwas zu erreichen. Unsere Gegner sind ungemein besorgt um die Reinheit unserer Grundsätze, um die Richtigkeit unserer sozialistischen Taktik. Sie wollen ja damit nichts anderes erreichen, als daß wir hinausgehen, damit sie in der Regierung Platz nehmen und das verwirklichen können, was sie uns zum Vorwurf machen. Redner glaubt nicht, daß der einfache Mann draußen unsere Politik nicht verstehen könnte, man muß die Menschen nur aufklären und man muß das tun mit ganzem Herzen und aus voller Ueberzeugung. So schön ist die Welt nicht, daß wir allein herrschen. Für uns bedeutet Koalition nichts anderes, als ein Stück Einfluß. Manchmal ist das, was wir in der Koalition erreichen, mehr als unserer Stärke entspricht; denken wir doch daran, daß wir im Parlamente nur 21 unter 300 sind. Glauben Sie ja nicht, daß die Bürgerlichen uns in der Regierung gerne sehen; sie haben alles getan, um uns fernzuhalten und sie warten nur auf eine Gelegenheit, um uns wieder hinauszubringen. Wir haben den Schild unserer Partei immer rein gehalten. Wir haben immer prinzipiell grundsätzliche Politik getrieben und dabei doch nicht verhindern können, daß die Zeit, in der wir in Opposition standen, mit einem Tiefstand unserer Bewegung zusammengefallen ist. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß rein prinzipielle Politik uns immer und zu jeder Zeit Vorteile bringen muß. Wenn wir heute aus der Regierung austreten, werden uns die Gegner ebensowenig schonen als bisher. Wir hätten, wenn wir nicht in die Regierung gegangen wären, auf keinem Gebiete etwas erreicht, es wäre auf allen Gebieten schlechter geworden. Der Haupterfolg liegt aber wohl in dem, was wir verhindert haben. In unserer Agitation können wir uns in keine Konkurrenz mit den Hakenkreuzlern und den Kommunisten einlassen, wir können die Menschen nicht mit Illusionen füttern, wir müssen Vertrauen auf die gesunde Einsicht der arbeitenden Massen haben; was uns lenken muß, ist die Rücksicht auf die gesamte europäische und innere Politik. In der gegenwärtigen Situation ist es unsere höchste Aufgabe, die Einheit mit der tschechischen Sozialdemokratie zu erhalten und zu bewahren, und dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie der Sammelpunkt aller Gedrückten und Geknechteten ist. (Beifall.)

Der Vorsitzende verliest ein Telegramm der dänischen Sozaldemokratie, die verhindert ist, einen Vertreter zu entsenden, und den Beratungen besten Erfolg wünscht. (Beifall.)

Schlußwort des Genossen Dr. Czech.

Da die Rednerliste damit erschöpft war, wurde dem Genossen Dr. Czech das Schlußwort erteilt. Seine mehr als eineinviertelstündigen Ausführungen wurden vom vollversammelten Parteitag mit sichtlich größtem Interesse und innigster Anteilnahme angehört und oftmals von Beifallszustimmungen unterbrochen.

Dr. Czech dankte zunächst allen Genossen, die an dieser schönen und auf hohem Niveau stehenden Debatte teilnahmen. Es ergaben sich eine ganze Reihe neuer Gesichtspunkte und wertvolle Ergänzungen. Er könne nicht auf alles eingehen, sondern nur einige Fragen flüchtig streifen. So haben sich einige Genossen mit der Frage des sogenannten 13. Monatsgehaltes der Staatsangestellten beschäftigt, der nichts anderes war als eine Weihnachtsremuneration. Wir haben dabei die Interessen der schlechtest gestellten Beamten und Angestellten und Arbeiter wahrgenommen. Ihnen sind die paar hundert Kronen zu vergönnen und die Mitarbeit war hier ein Stück sozialer Pflichterfüllung. Die neue Gemeindefinanzgesetz-Vorlage wurde im heißesten Kampf erarbeitet. Wir sind auch da unseren Verpflichtungen im vollen Maße nachgekommen, wenn auch ohne weiteres zugestanden werden mag, daß diese Vorlage unsere Wünsche nicht voll befriedigt. Ein Stück Unrecht, das unter dem Bürgerblock Gesetz wurde, ist aber da durch das Verdienst sozialistischer Mitarbeit wieder gutgemacht worden. Die Novelle ermöglicht neue wirtschaftliche, soziale und kulturelle Arbeit der Selbstverwaltung, ohne deren Mitwirkung wir in diesem Staate überhaupt nicht leben können. Auch hier ein Erfolg sozialdemokratischer Mitarbeit.

Auf dem Gebiete des Militarismus sind tatsächlich keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden, aber ohne Zutun der sozialdemokratischen Minister hätten das frühere und jetzige Militärbudget noch ein anderes Gesicht gehabt. Wir waren auch hier nicht müßig, haben die Frage der Verkürzung der militärischen Dienstzeit aufgeworfen und es hat in dieser Frage ein Zusammenspiel mit den tschechischen Genossen stattgefunden. Bei den Verhandlungen über das Regierungsprogramm haben wir die entscheidenden Stellen über unsere Stellung zum Militarismus nicht aus dem Auge gelassen. Aber wir leben heute in einer Koalition, in der wir nicht alles durchsetzen können, sowie auch die anderen nicht in der Lage sind, ihre Wünsche voll durchzusetzen.

Die bürgerlichen Parteien müssen sich Beschränkungen in ihren Forderungen auferlegen und wir müssen es auch. Das Leben in der Koalition ist für uns keine Ruhepause. In Aussig habe ich gesagt, die Koalition ist kein Vergnügungsetablissement, sondern eine Folterkammer. Es kommt nur darauf an, wer dort ausgiebiger gefoltert wird! (Heiterkeit im Parteitag.) **Aber wie wir gebaut sind, verstehen wir uns auch ganz gut auf dieses Handwerk.** (Lebhafter Beifall.)

Die Frage der Abrüstung ist ein überaus ernstes Problem in nationaler und mehr noch im internationalen Maßstabe. Wir befinden uns hier in vollster Uebereinstimmung mit den Parolen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und damit ist auch hier unsere Stellung innerhalb der Koalition deutlich gegeben. Wir werden unter gar keinen Umständen jemals den Parolen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die Treue brechen. Wir gehen hier unseren vorgezeichneten Weg, auch wenn wir bisher nicht stark genug waren, alles zu verwirklichen.

Was das Invalidenproblem anbelangt, so war die Lösung dieser Aufgabe eine der schwierigsten in diesen zehn Monaten. Nachdem unter der Aera der früheren Koalition alle Lösungsmöglichkeiten ungenützt blieben, betrachteten wir es als unsere dringendste Aufgabe, hier sofort helfend einzugreifen. Wir haben auch hier im Einverständnis mit den tschechischen Genossen gearbeitet und uns schließlich auf die Formel geeinigt, vorläufig die krassesten Notstandsfälle zu lindern, das Los der Blinden, der Vollkrüppel, der mehr als 85prozentigen Invaliden und der Witwen und Waisen. Nachdem es uns wiederum mit Hilfe der tschechischen Genossen gelang, diese Invalidennovelle den parlamentarischen Beratungen zuzuführen, ist neuerlich eine Bewegung und eine Versammlungskampagne entfesselt worden, bei der der Anschein erweckt wurde, als ob irgend etwas zuungunsten der Invaliden geschehen sei. Ich erkläre hier vor diesem Forum, daß alles, was geschehen ist, im vollsten Einvernehmen mit den Invalidenorganisationen auf deutscher und tschechischer Seite gemacht wurde. Erst nachdem den Invalidenorganisationen die Frage vorgelegt wurde, ob sie auf die große Lösung des Problems warten oder eine etappenweise Lösung sofort vorziehen, haben wir unsere Beschlüsse gefaßt.

In betreffs unserer national-kulturellen Ziele haben wir stets die Unterstützung der tschechischen Genossen gefunden, ohne daß daraus große Erfolge organisatorischer Natur geglückt wären. Beide sozialdemokratischen Parteien sind nicht stark genug, um unsere gemeinsamen Forderungen auf diesem Gebiete sofort zu verwirklichen, aber wir haben unsere Koalitionspartner nicht im Zweifel darüber gelassen, daß wir die Verwirklichung unserer Ziele auf diesem Gebiete fordern und daß wir uns nur davon die Ermöglichung einer gedeihlichen Zusammenarbeit der diesen Staat bewohnenden Völker versprechen.

Genosse Dr. Czech befaßte sich dann prinzipiell mit der

Frage der Koalitionspolitik,

die nicht durch die Erringung von Einzelvorteilen und Verbesserungen des Loses von zehntausenden Proletariern allein bestimmt werden kann. Er erinnert an den Beschluß des Aussiger Parteitages, der den Eintritt in die Regierung im Hinblick auf die internationale Lage beschloß. Und vor allem

müßte es eine Katastrophe, die Entmutigung und Vernichtung von Hoffnungen der gesamten Arbeiterklasse dieses Landes bedeuten, wenn es zwischen ihnen und uns nochmals zu einem Bruche kommen sollte.

Immer und immer wieder habe ich mich in den vergangenen zehn Monaten an den Schwur von Smichov erinnert, mir immer wieder gesagt, daß es nichts auf der Welt gebe, das uns wieder auseinanderbringt! (Stürmischer Beifall.) Mit einem solchen Unterpfand zu hazardieren, dazu bin ich nicht bereit. Wir müssen unser Herzblut dafür geben, daß es so bleibt, wie es jetzt ist.

Wir müssen alles daransetzen, den Bürgerblock, der nicht vom Schauplatz abtreten wollte, zu sprengen. Auch durch unsere Stärkung, durch das Wahlergebnis ergab sich eine neue Situation. Wir haben nicht die leiseste programmatische Forderung fallen gelassen,

unsere Partei ist und darf nicht eine Dienerin der Koalition, sondern darf nur gleichberechtigte Partnerin sein!

Genosse Dr. Czech beschäftigte sich dann mit Ausführungen des Genossen Krejči in der Debatte, der gemeint habe, daß wir wieder einmal zur alten Politik zurückkehren würden, so wie der Massenkampf im alten Oesterreich geführt wird, wo die Politik Otto Bauers gesiegt habe. Genossen, wenn die Politik Otto Bauers gesiegt hat, dann haben auch wir mitgesiegt! (Beifall.) Genosse Dr. Czech zitiert nun ausführlich einen bedeutsamen Artikel Dr. Bauers in der letzten Mainummer des „Kampf". Otto Bauer sagt dort, daß die Teilung der Staatsmacht, die Koalitionspolitik, es ermöglicht, die faseistische Bedrohung der Republik zu liquidieren. Aber Genosse Bauer spricht weiter davon, daß der rückläufigen Bewegung, die den Jahren 1918/19 gefolgt ist, erst dann ein Ende gesetzt werden kann, „wenn es uns gelingt, die Situation zu erkämpfen, in der die Bourgeoisie gezwungen sein wird, die Macht mit uns zu teilen". Hier, bei Bauer, geht es sogar um eine ganz andere Formel, hier geht es um den Kampf und um das Recht auf Koalitionspolitik.

Genosse Dr. Czech befaßt sich dann mit der **Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faseismus**, stellt entgegen den Ausführungen des Genossen Rambauske in der Debatte fest, daß die Partei in Opposition und Koalition alles zur Bekämpfung des Faseismus getan hat, und dem Genossen Zischka, der von der Möglichkeit der Entmutigung der Arbeiterschaft spricht, hält er das Wort entgegen, daß der Genosse Heller aus Wegstädtl in der Debatte sprach, daß es nämlich ein großes Unglück wäre, wenn sich unsere Genossen durch Argumente aus dem gegnerischen Lager infizieren ließen.

Wir lassen uns nach 12-, 20- und 40-jähriger proletarischer Arbeit durch das Bramarbasieren der Kommunisten und Hakenkreuzler nicht kleinmütig machen. Alles dürfen wir, Genossen, nur die Nerven dürfen wir nicht verlieren (Stürmischer Beifall!) unsere Nerven und unser seelisches Gleichgewicht!

Dr. Czech spricht dann von Rothau und erklärt, daß wir unsere ganze Sorge darauf konzentrieren müssen, um der Arbeiterschaft über diese Krise hinwegzuhelfen.

Er faßt dann seine Gedanken folgendermaßen zusammen: Die Entscheidung, die wir auf dem Aussiger Parteitag gefällt haben, war eine Schicksalsentscheidung. Was wir tun konnten, um die warnende Stimme selbst zu erheben, haben wir getan, um ihnen die Möglichkeit eigener Entscheidung zu geben. Es wurde in Aussig unverblümt über alles gesprochen und dann haben wir Ihr Urteil eingeholt. Es ist wahr: was geschehen ist, befriedigt nicht. Es befriedigt vor allem uns nicht, die Genossen des Parteivorstandes. Wir haben in zahllosen Sitzungen alle Fragen, die hier auf dem Parteitag erörtert wurden, erörtert und nachgeprüft, um festzustellen, wie weit wir gehen können.

Wir werden keinen Augenblick länger in der Koalition bleiben, als das Schicksal der Arbeiterklasse und die internationale Lage es erfordert und als uns die entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten in der Koalition gegeben sind. Wir sind der Meinung, daß augenblicklich in unserer Politik nichts geändert werden dürfe. Was wir vor allem brauchen, Genossen, das ist die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Bewegung.

Der größte Feind der Arbeiterklasse ist neben der Unwissenheit des Proletariats seine Uneinigkeit! (Großer Beifall.) Nur in der vollsten Geschlossenheit haben wir die zwölf harten Jahre der Opposition, nur in vollster Geschlossenheit haben wir die Probe auf die Möglichkeit der neuen Phase unserer Politik bestehen können. Einigkeit und Geschlossenheit ist unser teuerstes Kleinod, das beste Erbe Viktor Adlers und Josef Seligers! (Großer Beifall.) Dies und der Glaube an den endgültigen Sieg des Sozialismus! Was ich mit der letzten Fiber meines Herzens ersehne, ist, daß wir so geschlossen, wie wir hergekommen sind, diesen Parteitag verlassen.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei bleibt nach wie vor die stolze Bannerträgerin der sudetendeutschen Arbeiterklasse. Sie wird die Zukunft des deutschen Proletariats dieses Landes neu gestalten, es langsam aber sicher an die Bastillen des Kapitalismus heranführen und die kapitalistischen Bastionen sturmreif machen. Dann wollen wir zum letzten Kampf ausholen, der an Stelle dieser unglückseligen Gesellschaftsordnung die glückliche sozialistische Ordnung setzen wird!

•

Der Parteitag brach in stürmischen, langanhaltenden Beifall aus. So wie nach dem Referat des Genossen Dr. Czech so erheben sich auch hier Delegierte, Präsidium, Gäste und Galerie von ihren Sitzen.

•

Genosse Dr. Heller referierte dann kurz im Namen der Antragsprüfungskommission über

die politische Resolution

(die wir an anderer Stelle wiedergeben). Mit kurzen Worten ruft Genosse Dr. Heller die Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Faseismus auf.

In der Tschechoslowakei wird es keinen Marsch auf Prag geben. Hier wird es niemals dazu kommen, daß „Köpfe in den Sand rollen", aber wenn schon, dann werden es andere Köpfe sein! (Begeisterter Beifall.) **Der Weg zum Faseismus geht nur über die Leichen der Arbeiterschaft dieses Staates.** (Neuerlicher großer Beifall.) **Erhalten wir die Einheit der Partei zum Kampf gegen unsere Feinde und für den Sieg des Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)**

•

Der Vorsitzende Genosse Kremser läßt sodann über die Resolution abstimmen, die einstimmige Annahme findet. Die Konstatierung dieser einstimmigen Annahme durch den Vorsitzenden wird von dem Parteitag neuerlich mit stürmischem Beifall beantwortet. Die Verhandlungen des Parteitages wurden sodann auf morgen vormittag vertagt.

Die Antwort auf die Angriffe der Reaktion muß sein:

Hinein in die sozialdemokratische Partei.

Genossen! Genossinnen!

Werbet für Euere Partei.

Die politische Resolution des Parteitags.

Die am Samstag vom Parteitag einmütig beschlossene politische Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag stellt fest, daß der Parteivorstand und die parlamentarischen Klubs die Politik der Partei in Uebereinstimmung mit der Parteimitgliedschaft geführt haben. Diese Feststellung bringt nicht nur das Votum des Parteitages zum Ausdruck, sondern faßt auch die einmütigen Beschlüsse der zahlreichen in den letzten Wochen abgehaltenen Konferenzen der Kreise und Bezirke und der Plenarversammlungen der Parteimitglieder zusammen.

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Genugtuung die fortschreitende Vertiefung der Solidarität mit den tschechischen Genossen. Seit dem Kongreß von Smichow, der immer ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der politischen Entwicklung des Landes sein wird, hat sich die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien fester und inniger gestaltet. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat unter der Herrschaft des Bürgerblocks, im Wahlkampfe, bei der Regierungsbildung und innerhalb der Koalition nicht nur für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen des arbeitenden Volkes in engster Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie gekämpft, sondern auch für die kulturellen Forderungen der deutschen Arbeiterklasse Verständnis gezeigt und ihnen wertvolle Unterstützung angedeihen lassen. Sie ist dem tschechischen Chauvinismus mutig entgegengetreten. Sie hat sich auf ihrem letzten Parteitage und in ihrem Parteiprogramm mit aller Entschiedenheit zur brüderlichen Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie bekannt und für die Lösung der nationalen Probleme unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Minderheiten ausgesprochen. Wenn trotz alledem in kultureller Richtung greifbare Erfolge vorläufig nicht gezeitigt werden konnten, lag das an den innerhalb der Koalition bestehenden Machtverhältnissen, nicht aber an dem mangelnden guten Willen der tschechischen Bruderpartei. Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, erklärte er seinerseits, daß die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei entschlossen sei, ihrer seit jeher bekundeten grundsätzlichen Auffassung getreu, mit allen sozialdemokratischen Parteien des Landes gemeinsam zu kämpfen und zu arbeiten und für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen zu wirken, da die unverbrüchliche internationale Solidarität der Arbeiterklasse die unerläßliche Voraussetzung für eine wirksame und erfolgreiche Vertretung der proletarischen Interessen und den endlichen Sieg des Sozialismus ist. Nur aus dieser Zusammenarbeit kann auch die Verständigung der Nationen hervorgehen.

Der deutsch-tschechische Bürgerblock hat, ausschließlich von kapitalistischen Klasseninteressen beherrscht und von politisch reaktionärer Gesinnung geleitet, seine Unfähigkeit zur Lösung dieses Problems erwiesen und namentlich durch die Verwaltungsreform und das Gemeindefinanzgesetz die nationalpolitische Lage noch wesentlich verschlechtert. Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, die heute an der nationalpolitischen Haltung der Sozialdemokratie hämisch Kritik üben, vermögen damit ihre eigene völlige Unfruchtbarkeit auf diesem Gebiete nicht zu verdecken. Weder der Nationalismus von hüben noch der Nationalismus von drüben kann das friedliche Zusammenleben der Nationen herbeiführen, sondern nur das von internationalem Geiste getragene Zusammenwirken der Arbeiterklasse. Der Parteitag stellt mit Genugtuung fest, daß dieser Standpunkt auch von den tschechischen Genossen geteilt wird und erwartet, daß dieser gemeinsame Wille und die gemeinsame Arbeit aller sozialdmokratischer Parteien konkrete Ergebnisse zeitigen wird.

Als besonders dringlich betrachtet der Parteitag die Forderung nach einer völlig gleichen Berücksichtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten in allen staatlichen, öffentlichen und privaten Unternehmungen und Institutionen, und eine Abkehr von der einseitigen nationalistischen Durchführung der Bodenreform, wobei sich die Berücksichtigung der deutschen Bezirke und Gemeinden bei der Wälderzuteilung als aktuelles Problem ergibt. Mit allem Nachdruck aber fordert er die freie Entfaltung des Schulwesens aller Nationen auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung. Der Parteitag erhebt diese Forderungen im Sinne der programmatischen Auffassungen der Partei, an denen er festhält, gibt aber zugleich der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit einer solchen Politik nicht nur unabweisbare Bedürfnisse der nationalen Minderheiten erfüllt werden, sondern daß die nationale Verständigung auch eine Notwendigkeit für die gesamte Bevölkerung und für den Staat selbst bedeutet.

Der Parteitag erwartet von der internationalen Zusammenarbeit der Sozialdemokratie eine entschiedene Bekämpfung der Kriegsgefahren und des Militarismus. In voller Uebereinstimmung nach dem Programm und den Beschlüssen der tschechoslowakischen Sozialdemokratie fordert der Parteitag die Verkürzung der militärischen Dienstzeit, den Abbau der Militärlasten und die Ablehnung der vormilitärischen Erziehung. Er beauftragt den Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung, in diesem Sinne zu wirken.

Der Parteitag ist sich dabei dessen bewußt, daß eine wirksame Verhinderung des Krieges nur möglich ist durch Maßnahmen der internationalen Politik. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich daher rückhaltlos zur Friedenspolitik der Sozialistischen Arbeiterinternationale, zu ihrem Kampf für die internationale Abrüstung. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale wie bisher uneingeschränkt durchzuführen und den Problemen der internationalen Politik nach wie vor das größte Augenmerk zuzuwenden.

Der Parteitag hält diese Erneuerung seines Bekenntnisses zur Internationale für besonders wichtig in einer Zeit, da die internationalen Spannungen sich wiederum in gefahrdrohender Weise gesteigert haben und ein großer Teil der Arbeiterklasse in einem schweren Abwehrkampf gegen den Fascismus steht. Der Parteitag fordert von den sozialdemokratischen Parteien die entschiedensten Vorkehrungen gegen alle faszistischen Versuche. Er ruft die Arbeiterschaft zur vollen Bereitschaft, zum Kampf gegen den Faszismus auf und versichert die Bruderparteien aller Länder seiner vollen Solidarität und nimmt an ihren Kämpfen lebhaften Anteil.

Er entbietet insbesondere der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die unter den schwierigsten Verhältnissen um die Aufrechterhaltung der Demokratie und die Sicherung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse kämpft, seine brüderlichen Grüße. Er sendet der österreichischen Bruderpartei die heißesten Wünsche für den erfolgreichen Ausgang ihres Wahlkampfes, der über das Schicksal der österreichischen Demokratie entscheiden wird. Er grüßt aber auch die im harten Kampf stehenden polnischen und ungarischen Genossen gleich herzlich.

Zur Fülle der politischen und internationalen Probleme, vor welche die Partei unmittelbar gestellt ist, tritt als allerwichtigstes und brennendstes der Schutz der arbeitenden Menschen gegen die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise.

Ohne zu verkennen, daß die Wirtschaftskrise im kapitalistischen System begründet, durch dieses System hervorgerufen und mit ihm untrennbar verbunden ist, erklärt der Parteitag als dringendste Aufgabe der Politik die Bekämpfung der Folgen der Krise sowohl durch Maßnahmen zur Belebung der Produktion als auch durch gesteigerten sozialpolitischen Schutz. Er fordert daher eine großzügige Investitionstätigkeit des Staates, insbesondere auf dem Gebiet des Baues von Straßen und Wasserstraßen, vor allem aber eine gesteigerte Wohnbautätigkeit, die zugleich der noch immer furchtbaren Wohnungsnot wirksam abzuhelfen vermag. Insolange die Wohnungsnot nicht restlos behoben ist, muß der Schutz der Mieter aufrecht bleiben, nach Behebung der Wohnungsnot ist der Mieterschutz durch ein soziales Mietrecht abzulösen. Der Parteitag fordert die volle Autonomie der Selbstverwaltungskörper, die beschleunigte Erledigung der Gesetze, die den Selbstverwaltungskörpern eine Neuregelung ihrer Finanzwirtschaft sowie eine intensive Tätigkeit auf allen Gebieten der Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft ermöglicht. Ebenso fordert der Parteitag eine aktive Handelspolitik, insbesondere die rechtzeitige Erneuerung des Handelsvertrages mit Ungarn und Oesterreich, und den endlichen Abschluß von Handelsverträgen mit Deutschland und Jugoslawien, sowie die Aufnahme geregelter Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland.

Der Parteitag verkennt keineswegs die Bedeutung der Agrarkrise und verschließt sich nicht der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung durch wirksame Maßnahmen. Er fordert aber gleichzeitig, daß durch entschlossenes Eingreifen der schweren Produktionsstörung im Bereich der Industrie, die in zahlreichen Betriebseinstellungen, Massenentlassungen und in einem erschreckenden Umsichgreifen der Kurzarbeit ihren Ausdruck finden, Einhalt geboten wird, um das Schicksal der ausschließlich auf ihre Arbeitskraft angewiesenen proletarischen Massen erträglicher zu gestalten.

Hand in Hand damit muß die Ausgestaltung der Sozialpolitik gehen. Das durch die Rationalisierung auf das äußerste gesteigerte Arbeitstempo macht eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich, sowie das Verbot von Ueberstunden und Ueberschichten unbedingt notwendig. Der Parteitag fordert die Einschränkung der eigenmächtigen Stillegung von Betrieben und der Massenentlassungen durch die Unternehmer im Sinne des vom Klub der Abgeordneten überreichten Gesetzentwurfes. Das niedrige Lohnniveau der Tschechoslowakei erfordert eine ausgiebige Erhöhung. Die Partei muß die einschlägigen Bemühungen der Gewerkschaften mit allen Kräften unterstützen. Von diesem Gesichtspunkt aus erklärt sich der Parteitag mit den in jüngster Zeit erfolgten Zuwendungen an die Staatsangestellten und Pensionisten einverstanden und fordert die Ausdehnung dieser Maßnahme auf die Angestellten und Ruheständler der Selbstverwaltungskörper und auf die Vertragsangestellten. Er fordert aber mit aller Entschiedenheit auch die Besserstellung aller anderen hilfsbedürftigen Schichten, namentlich der Ueberalterten und weitere Verbesserung der Bezüge der Kriegsverletzten.

Der Parteitag fordert die Einführung einer obligatorischen, paritätisch verwalteten Arbeitsvermittlung, die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion, erhöhten Schutz der arbeitenden Jugend und Frau. Er verlangt den Ausbau der Sozialversicherung im Sinne der Beschlüsse des gemeinsamen Gewerkschaftskongresses, Reform der Unfallversicherung und Wiederherstellung der vollen Selbstverwaltung durch die Versicherten, sowie Beiträge der Unternehmer zu den Leistungen an die Arbeitslosen bis zur endgültigen Regelung der Arbeitslosenversicherung.

Der Parteitag stellt mit Genugtuung fest, daß die Beschlüsse des gemeinsamen Gewerkschaftskongresses und des Parteitages der tschechoslowakischen Sozialdemokratie die volle Uebereinstimmung und Solidarität der Arbeiter aller Nationen in den entscheidenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ergeben haben.

Der Parteitag anerkennt, daß die Parteivertretung und die parlamentarischen Klubs schon bisher und nicht ohne Erfolg in der Richtung der hier knapp umrissenen Forderungen gewirkt haben. Er beauftragt sie, in diesem Sinne weiter unermüdlich tätig zu sein, und ermächtigt sie, die bisherige Politik fortzusetzen, solange sie geeignet ist, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, den Kampfboden der Demokratie für das Proletariat zu erhalten und zu sichern und die Arbeiterklasse kampffähig zu machen für das Ringen um ihr sozialistisches Ziel.

Hitler hat Pech.

Sein Präsidentschaftskandidat: Kapitalist und „verjudet"!

Der Reichstag hat den „Marxisten" Paul Löbe zum Präsidenten gewählt. Die erste positive Tat dieses Naziparlaments. Ohne daß die Braunhemden in der Regierung sitzen, haben sie sich vor aller Welt das Urteil selbst gesprochen. Herr Frick empfahl als Kandidaten der antimarxistischen Front den traditionellen Krisenmacher von der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Scholz. Der thüringische Innenminister gab dazu eine wohlformulierte Erklärung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ab. Wer ist dieser Scholz?

1. Ein zweifacher Großpensionär. Er bezieht Pension als einstiger Bürgermeister von Charlottenburg und als Reichsminister.
2. Herr Scholz ist mehrfacher Aufsichtsrat.
3. Dr. Scholz ist der Typus eines Interessenvertreters der Großindustrie.

Das also ist der Kandidat dieser „Arbeiterpartei", mit dem sie die Offensive gegen den „Marxismus" zu führen dachte. Aber damit noch bei weitem nicht genug. Die Nationalsozialisten haben sich selber Zuchthausstrafen zudiktiert, entsprechend einem Gesetzentwurf, den sie eigenhändig dem Parlament zur Beschlußfassung unterbreitet hatten. Einer der entscheidenden Paragraphen dieses Entwurfes lautet wie folgt:

„Wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft."

Der Präsidentschaftskandidat der Hitlerianer hat eine rassereine Jüdin zur Frau, die Tochter des Gynäkologen Freund.

Das ist für den gewöhnlichen Sterblichen, der sich aber den normalen Verstand zu erhalten vermochte, keine Schande. Nach den Auffassungen der Frickpartei aber hat Herr Dr. Scholz „durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft ... zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beigetragen. Er ist damit — nach den Auffassungen der Nazis — für das Zuchthaus reif wegen Rassenverrats. Nicht etwa, weil er ein extremer Vertreter großkapitalistischer Interessen ist. Das ist dieser „Arbeiterpartei mit dem Hakenkreuz" gerade recht, sondern, weil er zur „Zersetzung des deutschen Volkes" beigetragen hat. In diesem Falle aber kümmerte das die Wertheimkrieger nicht. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie verachten sie auch den Unterschlupf in die Synagoge nicht.

Damit jedoch noch nicht genug. **107 auf Herz und Nieren geprüfte Hakenkreuzler, die sich ihrem Herrn und Gebieter Hitler durch Handschlag eidlich verpflichten mußten, haben dem „Zuchthäusler" Scholz wacker Beihilfe geleistet.** Sie haben einem „Zersetzer des deutschen Volkes", einem „Rassenverräter", auf den Präsidentenstuhl des Reichstags verhelfen wollen und sich damit der Mithilfe an der „Zersetzung des deutschen Volkes" schuldig gemacht. Sie machten sich selber für das Zuchthaus reif.

Das stellte der Kommunist Torgler auf der Tribüne des Reichstages fest. Die Hakenkreuzler kannten ihr Sündenregister nur allzugut, darum brüllten sie im Sprechchor den Kommunisten nieder; nur in unmittelbarer Nähe der Tribüne ist er verstanden worden.

Indes die vierfache Sünde gegen das Hakenkreuz, die sich da die Wertheimkrieger geleistet haben, hat nichts genützt. Der „Marxist" Paul Löbe wurde dennoch zum Präsidenten gewählt. Er erhielt im ersten Wahlgange von 556 abgegebenen Stimmen 266, Pieck von den Kommunisten bekam 68 und 41 Stimmzettel lauteten auf den Namen des Hugenbergianers Graef. Eine schallende Ohrfeige zugleich für Hitler und für Dr. Scholz. Dieser wollte nur kandidieren, wenn sich die gesamte Rechte auf ihn vereinigen würde. Nun brach Hugenberg im ersten Wahlgange aus. Noch schlimmer für Dr. Frick. Scholz hat alles getan, um die Marxisten aus der Regierung fernzuhalten, aber die Deutschnationalen haben gegen Dr. Scholz Bedenken gehabt. Vielleicht wegen des „Rassenverrats", den Herr Scholz praktisch vollzogen hat.

Zentrum, Bayrische Volkspartei, Demokraten und die Bayrischen Bauern hatten geschlossen für Löbe gestimmt. Die Christlichsozialen haben sich ebenfalls für Löbe eingesetzt und selbst die Kommunistenatmetenauf; als die Wahl Löbes verkündet wurde, obwohl sie — wie kann das anders sein, — in allen Wahlgängen ihre eigene Kandidatur aufrechterhielten.

In seiner Erklärung, die Frick vor dem Beginn der Wahlen abgegeben hatte, bemerkte er, daß die Wertheimkrieger dem „Kriegsdienstverweigerer Löbe" ihre Stimmen nicht zu geben vermochten. Nun ist hinreichend bis zum letzten Abcschüler jeder Dorfschule bekannt, daß ausgesprochen Herr Frick in der Kriegsdienstverweigerung die bewährteste Praxis hat. Er hat mit Erfolg in den Amtsstuben zu Pirmasens den Kriegsdienst verweigert. Diese Praxis wurde in Hunderten von Zwischenrufen angenagelt und Herr Frick bemerkte recht bald, welch große Dummheit er begangen hatte. Wenn die Nazis so fortfahren, werden sie bald nicht nur die Clowns des Reichstags, sondern auch zum Gespött ihrer eigenen Wähler sein!

Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Die nur eine halbe Stunde währende Sitzung wurde mit der Abstimmung über den Antrag, Aktien der Mittelmährischen Elektrizitätswerke zu zeichnen, der gestern infolge mangelnder Präsenz zurückgestellt worden war, eingeleitet. Landespräsident Cerny hatte die säumigen Mitglieder der Landesvertretung telephonisch einberufen lassen und so für die notwendige Präsenz gesorgt, so daß der Antrag glatt erledigt werden konnte. Ein diesbezüglicher Vertagungsantrag wurde abgelehnt. Alle übrigen Resolutionsanträge wurden nach alter Methode auf Vorschlag des Finanzreferenten entweder dem Landesausschuß oder dem Landespräsidium zugewiesen. Die Sitzung wurde mit einem kurzen Schlußwort des Landespräsidenten abgeschlossen, in dem er die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die Beratung des Voranschlages, bekanntgab und die Hoffnung aussprach, daß, obwohl die Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes bevorstehe, die Landesvertretung rechtzeitig einberufen werden könne.

Ein Fressen für die nationalistischen Flachköpfe.

Die Ernennung eines Deutschen, des Doktor R. Feitscher, zum tschechoslowakischen Gesandten in China bringt die Prager Krawallmacherpresse vollends aus dem Tollhäusl. Der „Národ" des Herrn Kramář — der dazu gar nichts dabei fand, wenn im alten Oesterreich Tschechen hohe Aemter bekleideten — schreibt u. a.:

„Die Ernennung Dr. Feitschers zum tschechoslowakischen Gesandten war der erste Fall dieser Art. Gleichzeitig ist aber damit ein in höchstem Grade gefährliches Präjudiz geschaffen worden, denn die deutschen Bestrebungen, in den tschechoslowakischen diplomatischen Dienst einzudringen, werden dadurch gestärkt werden. Damit ist auch eine Bresche in das Ressort geschlagen, in dem nur verläßliche, national und staatstreu gesinnte Beamte den Dienst versehen sollen und dürfen, wenn der Staat nicht schwer Schaden erleiden soll. Es ist geradezu absurd, daß ein Deutscher die Interessen des tschechoslowakischen Staates vertreten soll und daß ihm die wichtigsten Staatsgeheimnisse anvertraut werden."

Kramář geht auch hier wieder konform mit Stříbrný vor. So tief ist ja die Nationaldemokratie gesunken, daß sie Wert darauf legt, mit dem Abgott der Zizkover Pepici Schritt zu halten. Beim schönen Jiři heißt es also ganz ähnlich:

„Die Zusammenarbeit der Regierungsparteien mit den Deutschen trägt seine Früchte. Die Tschechoslowakei wird einen Deutschen als Gesandten haben. Ein Deutscher wird auf dem internationalen Forum die Interessen des tschechoslowakischen Staates vertreten. Es ist der erste Fall, daß in die Armee unserer Außenpolitik ein Deutscher berufen wird. Jeder Staat schützt seine Geheimnisse und entsendet auf diese Posten nur verläßliche Leute, die aus dem Blute der Nation hervorgegangen sind. In dem Augenblick, in dem sich ein Deutscher auf diesem verantwortungsvollen Posten befinden wird, werden ihm die wichtigsten Staatsgeheimnisse mitgeteilt werden. Wir waren Zeugen, wie verdiente Kräfte aus dem diplomatischen Dienste herausgeworfen wurden, Männer, die an der Entstehung dieses Staates mitgearbeitet haben. Man muß nur an die Namen Dr. Borsky, Dr. Stěpanek, Haviaša und Pergler erinnern. Es gibt ihrer noch eine ganze Reihe. Und wer ist heute an ihrer Stelle: ein Deutscher als Gesandter der Tschechoslowakischen Republik."

Man erinnert sich auch noch anderer Fälle, an die man aber besser nicht erinnert: etwa an den Herrn, der nach dem Umsturz auf eigene Faust in einer europäischen Hauptstadt eine „Gesandtschaft" errichtete und den Staat moralisch nötigte, Ja und Amen zu der hochstaplerischen Geste zu sagen. Und man erwägt, ob der Staat seinem Renommé etwa nützte, wenn er die Herausgeber von Revolverblättern zu Gesandten ernennte und dann riskierte, daß sie mit den Strafgesetzen der fremden Staaten in Konflikt geraten. Der Kramář- und Stříbrný-Presse nach müßten wahrscheinlich die Prager Fenstereinwerfer zu diplomatischen Vertretern ernannt werden. Sie haben ja bewiesen, daß sie das Renommé der Republik zu heben wissen!

Aus Seligers Leben und Wirken.

Aus der im Parteiverlag erschienenen volkstümlichen Seligerbiographie von Josef Hofbauer und Emil Strauß.

Der Führer.

„Seliger war ein Fanatiker des Sozialismus. Er war ein „Besessener" — der Sozialismus besaß ihn. So scharf Seliger auch zu denken vermochte, so trefflich er auch gesellschaftliche und politische Zustände zu analysieren verstand und so sehr er auch wissenschaftlich geschulter Sozialist war, — dieser politisch begabteste Mann, der aus dem sudetendeutschen Proletariat erwuchs, war doch nie nur der nüchterne, kühl abwägende Politiker, sondern immer, immer leidenschaftdurchwogt — und er stritt mit solcher leidenschaftlicher Hingabe für den Sozialismus, weil er auch ein gläubiger Sozialist war. Dem jungen Textilarbeiter war der Sozialismus zu einem die Seele in ihren Tiefen aufwühlenden, zu einem wahrhaft schicksalhaften Erlebnis geworden.

Seliger hat sich als Parlamentarier, als Volksführer, als Kämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen auch die Achtung vieler Männer des Bürgertums, auch erbitterter Gegner, erworben, mit denen er am Beratungstische zusammenkam oder denen er gegenüberstand als Wortführer der Arbeiter. Ganz verstanden hat ihn wohl keiner. Daß jemand sich politisch betätigte, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen, daß ein anderer es tat aus Liebhaberei, daß ein dritter darin seinen Beruf sah, ja, auch daß man Politik trieb, um bestimmte wirtschaftliche und politische Interessen zu vertreten, das verstand man. Aber, daß jemand in diesem Kampf völlig aufzugehen vermochte, sich freudig hinopferte in ihm, für die politischen Ideen seiner Partei stritt mit der fanatischen Gläubigkeit eines Kreuzfahrers, daß also jemand nach politischer Geltung und Wirkungsmöglichkeit strebte und sie doch nicht für sich als Person, zu selbstischen Zwecken, erstrebte — das verstand man wohl kaum. Daß ein Politiker nur deshalb politisch arbeitete und kämpfte, weil er fest davon überzeugt war, durch seine Leistung mit beizutragen zur Veränderung, zur schließlich völligen Umgestaltung der Welt — wie hätten selbst die Besten des Bürgertums es verstehen können, da keiner von ihnen, eben weil sie Bürger waren und mit ihrem Fühlen, Denken und Wollen wurzelten im Bürgertum und in der bürgerlichen Eigentums- und Gesellschaftsordnung, sich diese Welt wesentlich anders vorzustellen vermochte, als sie war? Aber diese „Besten" des sudetendeutschen Bürgertums waren in der sudetendeutschen Politik allmählich recht selten geworden. Der rüde Ton, den die „radikalen" nationalen Parteien in den politischen Kampf als ihre Waffe mitgebracht hatten, und der wüste Antisemitismus vertrieben nicht nur deutsche Bürger jüdischer Abstammung, sondern fast alle vornehmer denkenden, edleren Menschen aus der Politik. Neben einem Franko Stein — um nur einen der um die Jahrhundertwende bekanntesten Namen zu nennen — mochten sich die Angehörigen der alten deutschböhmischen Patrizierfamilien, denen früher politische Beschäftigung fast als selbstverständliche Pflicht erschienen, nicht herumtummeln . . . .

Und dieses Kleinbürgertum sudetendeutscher Kleinstädte! Das ist ja der Deutschböhmen schlimmste Schicksalsgabe, daß ihnen viele Kleinstädte und nicht eine einzige wirkliche Großstadt gegeben wurde. Langsamer ist der Gang des Lebens in den kleinen Städten, gemächlicher hauft man dort, abseits vom brausenden Strom des Weltgeschehens, — selbst heute noch, nach rascher Industrialisierung, die so viel von den alten Idyllen zerstört hat. Beharrlicher behaupten sich dort, zählebiger sind dort alte Ueberlieferungen, von den Altvorderen übernommene Anschauungen. Und mochte, nachdem der Kapitalismus wie ein verheerender Sturm in diese stillen Welten eingebrochen war, auch noch so vieles Tatsächliche sich geändert haben, — die Anschauungen wollten sich nicht so rasch wandeln und anpassen. Der Kapitalist, das war ein aufgestiegener Bürger, ein Großgewordener, einer, der „es verstanden" und Glück gehabt hatte. Man staunte über ihn, schalt ein wenig, bewunderte und beneidete. Aber schließlich wars doch ein Wesensverwandter — und wenn man ihn, falls er ein Jude war, auch nicht mochte, weil man in seinem Judentum die Erklärung für das rasche Erklimmen der Leiter des Erfolges fand. Schließlich gab's ja auch gar nicht wenig christliche Kapitalisten, ja es gab ihrer sogar viel mehr als jüdische. Freilich, über die sah man bald hinweg, ja man sprach gar nicht mehr von ihnen, nachdem einmal in den neuaufkommenden „radikalen" deutschen Parteien — Schönerers Alldeutsche zuerst, dann Freialldeutsche, dann Deutschradikale — die sudetendeutschen Kleinbürger sich um antisemitische Schlagworte geschart hatten. Trotzdem: Mochten allerlei Minderwertigkeitsgefühle, Unbehagen gegenüber dem Andersartigen, verzehrender Neid und Konkurrenzhaß sich vereinen in der Schlammflut des Antisemitismus, — sofern es auf die Stellung zu den wirtschaftlichen Erfolgen jüdischer Kapitalisten ankam, waren diese Antisemiten doch nur Judenhasser aus Neid. Sie verstanden zu gut kapitalistisches Streben, und kleinbürgerliche Handwerker und Kaufleute und mit ihnen versippte Intellektuelle standen auf keiner anderen Plattform als jüdische und nichtjüdische Großbourgeois: auf der des Privateigentums und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung . . .

Aber ganz andere, seltsam redende Menschen traten nun in diesen Kleinstädten auf: Arbeiter oder ehemalige Arbeiter, die in schwerverständlicher, für Bürgerhirne schwer verständlicher Art von einer Lehre sprachen, die nichts anderes verkündete als die Abschaffung des Privateigentums. Und von Gleichheit sprachen sie! In Städten, in denen man so sorglich die Rangordnung achtete! Der Geselle sollte dem Meister gleich sein? Der Verkäufer dem Kaufmann? Der Schreiber dem Bureauchef? Der zugewanderte Nichtshaber dem alteingesessenen Bürger? Der tschechische Arbeiter, der erst seit kurzem in der vor wenigen Jahren noch rein deutschen Stadt hauste, dem deutschen Beamten? Lächerlich, phantastisch! Wer den Leuten das einzureden versuchte? Natürlich jemand, der etwas davon hatte, der seinen Vorteil dabei fand. Bezahlte Agitatoren, politische Streber, die sich ihre Taschen füllen wollten! So einer ist natürlich auch der Seliger! Wird schon wissen, warum er sein Hetzblatt schreibt und die Arbeiter aufwühlt! . . .

Aber so wenig das Bürgertum und noch weniger das alteingesessene Kleinbürgertum den Arbeiterführer verstand, mit so hämischem Argwohn es ihn umlauerte, so eifrig es die Schlingen gehässigen Verdachtes gegen ihn warf, — die Arbeiter liebten und verstanden Seliger. Daß er ein populärer Führer war — das wäre eine unbefriedigende Beschreibung seiner Stellung unter den nordwestböhmischen Arbeitern. Er war einfach einer von ihnen. Er gehörte zu ihnen. Er war ihr Bester, ihr Tüchtigster, aber er war ihnen nie ein Fremder, sie sahen ihn ihm keinen „Oben"stehenden, — er war „ihr Seff". Sie liebten ihn. So wie man den guten, treuen, verläßlichen Kameraden liebt. Den opferbereiten Freund. Und sie waren stolz auf ihn, denn in seinem Werdegang, in seinem Vorwärtsschreiten, in seinem Aufstieg sagen sie — auch wenn nur selten einer das aussprach — verkörpert den Aufstieg der eigenen Klasse, den Sieg der Ideen, die auch ihr Leben erfüllten.

Ein kleines Beispiel dieser Liebe: Zur Zeit des Wahlkampfes standen im Teplitzer Bezirke die Bauarbeiter schon seit vielen Wochen im Streik. Wer ein wenig vom Arbeiterleben weiß, kennt die Not der Streikenden. Auch wenn die Streikenden einer finanziell gut fundierten Gewerkschaft angehören, nistet sich bei länger währendem Streik in den Arbeiterwohnungen die Not ein, müssen die Kämpfenden vieles entbehren, müssen sie sich harte Einschränkungen ihrer bescheidenen Lebensgewohnheiten auferlegen, und jeder kleinste Geldbetrag wird in den Händen eines streikenden oder ausgesperrten Arbeiters zu einem sorglich gehüteten Schatz. — Seit Wochen schon streikten die Bauarbeiter des Teplitzer Bezirkes und es mochte in mancher Arbeiterwohnung schon recht knapp zugehen, — aber die Streikenden sammelten für den Wahlfonds! Sie brachten hunderidreißig Kronen auf, österreichische Vorkriegskronen. Sie wollten mithelfen, ihren Seliger zum Abgeordneten zu machen.

Seliger hatte sich die Liebe der Arbeiter nicht dadurch erworben, daß er die Arbeiter umschmeichelte. Nein, Seliger war kein Schmeichler, war es nie und niemandem gegenüber. Im Gegenteil, er konnte mitunter derb und saftig grob sein. Auch zu Arbeitern. Aber die Arbeiter fühlten durch den rauhen Ton auch der bittersten Worte einen anderen Klang hindurch, den Klang der unbedingten Aufrichtigkeit und Wahrheit. Und sie wußten aus hunderterlei Erfahrung, daß Seliger immer an ihrer Seite stand, in ihren vordersten Reihen, wenn es einen Arbeiterkampf gab, daß er auch in jedem Einzelfalle sich einsetzte für das Recht des Arbeiters. Und sie liebten ihn, weil er immer, auch im weißen Kragen und trotz gewählter Sprache, der Proletarier geblieben war. Und sie hatten so wie er das große, erschütternde Erlebnis des Erwachens zum Sozialismus gehabt . . . .

Und immer wieder — wenn nicht der junge Proletarier schon hineinwächst in die Arbeiterbewegung, wenn er nicht schon von seinen Eltern, von der älteren Generation den Sozialismus übernimmt — stehen Arbeiter vor der Leere ihres Lebens und fragen sich in dumpfer Verzweiflung, so wie der junge Textilarbeiter Seliger am Webstuhle diese Frage gestellt:

Ist das alles?

So hat es Seliger oft und oft erzählt:

„Wenn ich so an meinem Stuhle stand und arbeitete und hinübersah zu den anderen und dann daran dachte, daß in so vielen Fabriken so viele tausend und tausend Arbeiter an ihren Werkplätzen standen und arbeiteten, arbeiteten — dann fragte ich: soll das alles sein? Ist das das Leben? Arbeiten, arbeiten, arbeiten für andere und nichts davon haben, nichts haben vom Leben?"

Und so wie ihm erging es unzähligen Arbeitern, so ergeht es immer wieder den Proletariern:

„Licht wurde es, als ich vom Sozialismus erfuhr, licht und schön. Das Leben des Arbeiters hatte einen Sinn bekommen. Jetzt war ich erst wirklich Mensch geworden!"

*

Für nationale Gleichberechtigung!

Von besonderer Bedeutung war eine Rede, die er am 9. Juli 1909 in der Debatte über einen tschechischen Dringlichkeitsantrag hielt, der die sofortige Erledigung der Angelegenheiten der tschechischen Minderheitsschulen in Böhmen, Mähren und Schlesien verlangte. Die deutschen Gemeinden, in denen sich das deutsche Bürgertum hinter den Wällen des Privilegienwahlrechtes verschanzt hatte, wehrten sich gegen die Errichtung der ihnen von den Behörden vorgeschriebenen tschechischen Minderheitsschulen, brachten dagegen Rekurs auf Rekurs ein. Die günstige Erledigung dieser Rekurse, die das Unterrichtsministerium bereits auf Grund eines zwischen Tschechen und Deutschen vereinbarten Kompromisses zugesagt hatte — das verstand der tschechische Dringlichkeitsantrag unter den „unerledigten Angelegenheiten der tschechischen Minderheitsschulen". Seliger legte in seiner Rede dar, daß es sich nicht nur um eine Angelegenheit der tschechischen Nation handle, sondern daß die Frage der Minoritätsschulen für alle Nationen von gleicher Bedeutung sei, insbesondere aber für die Deutschen.

„Wir erleben es, daß überall in Oesterreich, wo die nationalen bürgerlichen Klassen die Macht in Händen haben, gleichviel, welcher Nation sie sind, sie in gleicher Weise und in gleicher Art das Recht der nationalen Minderheiten unterdrücken. Und so besteht auch für die deutschen Minderheiten da, wo sie eben sind, die Gefahr, in der gleichen Weise von der slawischen bürgerlichen Mehrheit behandelt zu werden, wie Sie (die Antragsteller) in ihren Darlegungen anführen, daß die slawischen Minderheiten von der deutschen bürgerlichen Klasse behandelt worden seien. In diesem nationalen Kampf der bürgerlichen Klassen wird Gewalt mit Gewalt, Terrorismus mit Terrorismus vergolten und daher ist diese Frage für uns Deutsche eben so wichtig wie für die Tschechen."

Seliger zeigte, wie das deutsche Schulwesen in Galizien, wo es rund hunderttausend Deutsche gab, in zweihundertzwanzig Orten, litt. Es gab nur hundertfünfundzwanzig deutsche Schulen von denen hundertfünf Privatschulen waren. Aber wenn man das Problem abgrenzen wollte, es nur in den Sudetenländern betrachten wollte, ergab sich gleichfalls, daß die Frage der Minderheitsschulen für die Deutschen nicht weniger wichtig war, als für die Tschechen. Den ansehnlichen tschechischen Minderheiten in den deutschen Bezirken standen nicht geringere in den tschechischen Bezirken gegenüber. In Böhmen zum Beispiel gab es in den Gemeinden, die zum deutschen Sprachgebiet gehörten, 84.598 Tschechen, aber in den tschechischen Gemeinden 98.548 Deutsche.

„Es ist also undeutsch und schädlich für die deutsche Nation, die deutschen Minderheiten deshalb preiszugeben, um die tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiet schikanieren oder unterdrücken zu können." — „Der Schutz der eigenen Minderheit, die doch eine eminent nationale Aufgabe ist — denn es hängt damit auch die Erhaltung der Kraft und der Größe der eigenen Nation zusammen — ist nur zu erreichen, wenn man ihn in gleicher Weise und in gleichem Maße auch der andersnationalen Minderheit zugesteht."

„Ich behaupte als deutscher Sozialdemokrat nach meiner Kenntnis der Dinge in Deutschböhmen, daß die Unterdrückung der tschechischen Minoritäten, namentlich das Verhalten der bürgerlichen Machtfaktoren im deutschen Sprachgebiet gegenüber den tschechischen Minoritäten in der Schulfrage, niemanden mehr schadet, als gerade dem deutschen Volke."

Seliger wandte sich gegen jede Gewalt, gegen jeden Mißbrauch der wirtschaftlichen Gewalt gegen die tschechischen Minderheiten. Er forderte die gesetzliche Regelung des Problems, und zwar „in der Weise, daß durch diese Regelung erstens das Recht der Eltern konstituiert wird, ihre Kinder in ihrer Muttersprache erziehen zu lassen, und zweitens das praktische Bedürfnis allgemeiner und individueller Natur erfüllt wird, welches darin besteht, daß die nationale Mehrheit eben ein Interesse daran hat, daß die Angehörigen der Minderheit die Sprache der Mehrheit beherrschen, wie diese Angehörigen selbst das Interesse haben, die Sprache der Mehrheit ordentlich zu erlernen."

„Wir deutschen Sozialdemokraten fordern dies auch im Interesse der deutschen Kinder. Denn der heutige Zustand in jenen Orten, wo die tschechische Minderheit noch keine Schule besitzt, ist vor allem anderen ein ein schwerer Nachteil für die deutschen Kinder des betreffenden Ortes. Es ist ja ganz klar, daß die der nationalen Minderheit in einer Klasse angehörenden Kinder dem Lehrer eine unverhältnismäßig große Arbeit verursachen, die natürlich der deutschen Mehrheit in dieser Klasse verloren gehen muß. Der Lehrer ist gezwungen, die deutschen Kinder zu vernachlässigen, und so drückt sich diese Nichterfüllung eines nationalen Anspruches der nationalen Minderheit in einer Schädigung der Erziehung der deutschen Kinder aus."

Groß und schön war der Ausklang dieser Rede, erfüllt von dem stolzen Glauben an die Mission, aber auch an die Kraft der Sozialdemokratie, einen Weg zur Lösung der nationalen Streitfragen zu finden, — groß und schön in der Darstellung der sozialdemokratischen Auffassung von der Nation, in der Darlegung der nationalen Ziele der Sozialdemokratie:

„Wir deutschen Sozialdemokraten folgen den bürgerlichen nationalen Parteien in die trockene und sandige Wüste ihrer fruchtlosen Nationalitätenpolitik, in der die nach Kultur lechzenden deutschen Arbeiter verdursten müssen, nicht. Der nationale Kampf, so heiß, so lange er schon in Oesterreich tobt, ist bis auf den heutigen Tag erfolglos geblieben. Wir gehen andere Wege, die uns mehr und sicherern Erfolg versprechen. Wir deutschen Sozialdemokraten kämpfen nicht gegen arme Arbeiter, nicht gegen arme Schulkinder, wir kämpfen gegen all das, was an der Volkskraft der deutschen Nation zehrt: wir kämpfen gegen alle jene Mächte, die auch fernerhin den deutschen Arbeitern die herrlichen deutschen Kulturschätze vorenthalten wollen. Die deutsche Arbeiterklasse zur Mitbesitzerin, zur Mitverwalterin, zur Mitgenießerin der deutschen Kulturgüter zu erheben, aus dem Hintersassen der Nation freie, gleichberechtigte, vollwertige Nationsgenossen zu machen, das, meine Herren, ist das Ziel unserer nationalen Politik, der wir deutschen Sozialdemokraten dienen werden mit der ganzen Kraft, die uns die Liebe zu unserem armen, ausgebeuteten arbeitenden deutschen Volke gibt!"

Die Frauen und die Sozialversicherung.

Auf der Frauenreichskonferenz wurde folgende Resolution angenommen:

Die Frauen haben seinerzeit gegen die vom Bürgerblock geplante Verschlechterung der Sozialversicherung, die seither in die Tat umgesetzt wurde, schärfsten Protest erhoben. Es wurde gleich damals auf die unheilvollen Wirkungen verwiesen, die sich aus dieser Maßnahme ergeben. Unsere Befürchtungen sind leider in einem Maße eingetroffen, wie wir es selbst nicht vorausgeahnt haben. Bei aller Bedachtnahme auf die finanzielle Lage der Krankenversicherungsanstalten müssen wir das unbedingte Verlangen stellen, daß die kargen Ansätze der Heilfürsorge, die wir in unserer Krankenversicherungsgesetzgebung haben, keine Schmälerung erfahren, sondern erweitert werden. Der Notstand, dessen Augenzeugen wir gegenwärtig sind und der vielleicht auch zum Teil mit zur Verschärfung der finanziellen Krise in der Krankenversicherung beiträgt, würde im Interesse der Volksgesundheit und vor allem im Interesse der Gesundheit der Arbeiter eine Aenderung dahin erfordern, daß die private Heilfürsorge eine wesentliche Ausgestaltung erfährt und daß es gerade jetzt den Trägern der Versicherung zur Aufgabe gemacht wird, den Gedanken der Präventivheilfürsorge in die weitesten Volkskreise zu tragen.

Wir Frauen müssen ganz besonders unsere warnende Stimme dagegen erheben, daß man etwa auf den wahnsinnigen Gedanken kommen sollte, noch eine Drosselung der Leistungen ins Auge zu fassen. Wir müssen verlangen, daß auf dem Gebiete der Mutterschaft alle Maßnahmen und Vorkehrungen getroffen werden, die geeignet sind, der arbeitenden Frau die Sicherheit zu geben, daß sie im Falle der Mutterschaft alles Erforderliche erhält und daß ihr vor, während und nach der Niederkunft jene Unterstützung zu teil wird, die sie benötigt. Es ist Aufgabe der Krankenversicherungsanstalten, dafür zu sorgen, daß die Hebammenhilfe einheitlich und befriedigend geregelt wird, damit durch sie die Versicherten selbst unter keinen Umständen irgendwie belastet werden.

Wir verlangen nach wie vor, daß bei den künftigen Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten auf die weiblichen Versicherten entsprechende Rücksicht genommen wird und daß sie in allen Verwaltungsorganen ihrer Stärke entsprechend berufen werden.

Wir sind selbstverständlich bereit, die Krankenversicherungsanstalten in dem schweren Kampfe, den sie gegenwärtig zu bestehen haben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Diese Unterstützung kann jenen aber nur werden unter der Voraussetzung, daß nicht der Versuch unternommen wird, die Sanierung der Krankenversicherungsanstalt auf dem Wege der Drosselung der Leistungen herbeizuführen.

Wir identifizieren uns im übrigen mit der auf der letzten Gewerkschaftstagung in Prag angenommenen Entschließung zur Frage der Sozialversicherung und verlangen ganz besonders die Verwirklichung der Forderung nach Erhöhung der Renten im allgemeinen, jener der Witwen und Waisen und der Erziehungsbeiträge im besonderen und der Zuerkennung der unbedingten Witwenrente. Wir fordern ferner auf dem Gebiete der Krankenversicherung erhöhte Bedachtnahme auf die Mutterschaftshilfe und Heilfürsorge für die Familienangehörigen, aber auch Maßnahmen allgemeinen öffentlichen Charakters zum Schutze der Nichtversicherten.

Vom Prager deutschen Rundfunk.

„Ethisch sind wir nur, wenn wir die wilden Wolken des Unglücks über uns ziehen sehen." Mit diesen Worten Albert Schweitzers leitete Redakteur Ferdinand Demi sein Memento für die Toten der Woche ein. Er gedachte den Opfern der großen Flugzeugkatastrophen, erinnerte an Stresemann, hob die Verdienste Richard Milrads hervor und beklagte das Hinscheiden Dr. Alfred Korns, des Schriftleiters der „Bohemia", den er mit Stresemann verglich. Die Rückschau schloß mit dem Dichterwort: „Ueber Gräber vorwärts!"

Dem echten Volksliede widmeten Prof. Bongin und Frau Grete Longin ihre Gesangskunst, indem sie bekannte Lieder zum Vortrag brachten. Eine verdienstvollere Aufgabe der Volksliedpfleger wäre es, die viel seltneren, doch darum nicht minder schönen und gehaltvollen Volkslieder, in denen die Arbeitsgesellen des Mittelalters Freud und Leid zum Ausdruck bringen, dem großen Hörerkreis des Rundfunks zugänglich zu machen.

Durch die Mechanisierung der Musik werden Massen, die bis jetzt abseits von der Welt der Musik standen, erreicht und ständig unter Druck gehalten. Schallplatte, Lautsprecher, Tonfilm und Rundfunk schreien Tag für Tag Musik und Gesang

ins Land. Ueber 6000 Berufsmusiker hat die Einführung der mechanisierten Musik im Tonfilm als Arbeitslose in unserem Staate aufs Pflaster geschmissen. Nun kommt auch der Rundfunk und will mit der „Konservenmusik" das Musikbedürfnis der Hörermassen stillen. Es müssen sehr innige Verbindungen zwischen der Schallplattenindustrie und den Sendegesellschaften bestehen, daß man zu der Ansicht kam, daß der Rundfunk durch die Weitergabe der Schallplattenmusik an geistigen Werten gewinne. Die eigentliche Musikpflege, die im Geistigen ihre Wurzeln hat, erleidet dadurch einen gewaltigen Zusammenbruch. Die mechanisierten Sendefolgen des Rundfunks nehmen ihm seine eigentliche Bestimmung, die lebendige Wirklichkeit eines Geschehens aus weiter Ferne durch den Raum an das Ohr des Hörers zu bringen. Die Eigengesetzlichkeit des Rundfunks, die nach neuen künstlerischen Formen drängt, wird damit erschlagen. Die zunehmende Ueberwertung der mechanisierten Musik wird früher oder später in ihr Gegenteil umschlagen und eine Reaktion auslösen, die wiederum im Geistigen einmünden wird, denn es wäre grauenhaft zu denken, daß der Mensch der Zukunft seine seelische Einstellung zu den Werten der Musik im Abhören von Schallplatten finden könnte. Der starke Drang, der in der Arbeiterschaft nach dem Schönen und nach der künstlerischen Form vorhanden ist, und in den großen chorischen Massenaufführungen zum Ausdruck kommt, läßt die Hoffnung zu, daß innerhalb der Arbeiterklasse, die geistige Verkümmerung durch die Mechanisierung der Musik und des Gesanges ihr wirkungsvolles Gegengewicht findet. Wie sich eine mechanisierte Kurzoperette im Rundfunk ausnimmt, das zeigte zum erstenmale Fritz Seemann in der Sonntagssendung, indem er viel Geschrei und wenig Musik aus dem „Bettelstudent" auf Schallplatten zum Besten gab. Aus diesen Musik- und Sprachfetzen einen Gesamteindruck von der vorgeführten „Kurzoperette" zu erhalten, mag nur denen gegönnt sein, die entweder im Auftrage einer Firma oder in der Hypnose des Schallplattenfimmels, den festen Glauben in sich tragen, an der Vermittlung von Kulturwerten teilzuhaben. Der Rundfunkhörer konnte sich zu dieser Auffassung nicht durchringen.

In der Vortragsreihe „Der Sagenschatz der Heimat" kam Professor Emil Lehmann aus Reichenberg auf die Wasser-, Wald-, Berg- und Luftgeister zu sprechen, von denen im nordböhmischen Sagenschatz die Rede ist. Wir sind in unserer Ueberzeugung gefestigt worden, daß die Heimatbildner, einen der wichtigsten Zweige ihrer Volksbildungsarbeit, das Nachspüren nach primitiven Vorstellungen im Buschmännerglauben unserer Vorfahren, nicht nur arg überschätzen, sondern in ihrem blinden Eifer auch daran gehen, Altweibergetratsch aus den letzten Jahren als einen wertvollen Bestandteil in das Erbgut der deutschen Sage aufzunehmen. Wenn Professor Lehmann vermerkt, daß irgendwo in Nordböhmen, bei Ausbruch des Weltkrieges, die Leute den alten Kaiser zu Pferde am Himmel sahen, so ist es nicht ausgeschlossen, demnächst zu hören, daß in einer Volkshochschule des Isergebirges, gerade als die Heimatbildner ihr Tabu gegen den Marxismus aussprachen, ein unheimliches Gespenst, der leibhaftige Aberglauben, sein Unwesen im Unterrichtsraume trieb. Trotz des am Türpfosten angebrachten Hakenkreuzes war der grauenvolle Spuk nicht zu bannen.

Johannes Urzidil nahm in einer kurzen Betrachtung Stellung zu den verkannten Modephilosophien der Gegenwart, indem er nachwies, daß die unverstandene Lehre zum Modeschlagwort führt, wodurch geistige Irrlehren entstehen. Er zeigte dies an den Lehren Spenglers, Freuds, Einsteins und des Grafen Keyserling auf. Die Siegerstaaten haben sich Spenglers Untergangslehre nicht zu eigen gemacht. Die trügerische Lehre Keyserlings und die Spenglermode kann als erloschen betrachtet werden.

Roda Roda erfreute die Rundfunkhörer mit lustigen Geschichten. Er erzählte vom aktenfressenden Elefanten, von seinem Freunde, dem Postsekretär Gubalke und von einem armen Dirnlein, der deutschen Sprache, wie es auf seiner Suche den deutschen Dichter fand.

Artur Heller (Prag) gab Einblicke in die seelischen Tiefen eines sonderbaren Mannes, den er in liebevoller Weise in seinem Roman „Der unruhige Meister", aus dem er zwei Kapitel las, analysierte.

Rudolf Rückl.

Tagesneuigkeiten.

Großer Fabriksbrand in Proßnitz.

Proßnitz, 18. Oktober. Freitag gegen 21 Uhr brach im ersten Stockwerke des größten Fabriksblocks der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Wichterle und Kovařík, ein Brand aus. Das Feuer breitete sich derart rasch aus, daß im Nu das ganze dreistöckige Gebäude in hellen Flammen stand. Das Feuer war wahrscheinlich infolge eines Kurzschlusses im Aufzuge im zweiten Stockwerk entstanden.

Infolge Wassermangels mußten sich die vereinigten Brandwehren auf die Rettung der umliegenden Holzgebäude und des großen Holzmagazins im Werte von mehreren Millionen Kronen beschränken. Ein Feuerwehrmann wurde im Verlaufe der Löscharbeiten schwer, eine ganze Reihe von Feuerwehrleuten leicht verletzt. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa sieben Millionen Kronen; er ist durch Versicherung gedeckt.

Eisenbahnwagen mit Propellern

— das Verkehrsmittel der Zukunft?

Hannover, 18. Oktober. Die deutsche Flugbahn-Gesellschaft in Hannover (Gesellschaft für Verkehrstechnik) führte heute vormittag auf einem Teilstück der Reichsbahnstrecke Hannover—Celle zum erstenmal vor der Presse Schnellfahrversuche mit ihrem G. V. T.-Propeller-Triebwagen-Modell vor, die außerordentlich günstig verliefen. Der mit einem 300 PS (B. M. W.)-Glufmotor ausgerüstete Wagen hat bei etwa 26 Meter Länge eine Nutzfläche von 16 Metern und enthält Platz für etwa 25 Personen. Dieser Triebwagentyp soll die Basis sein für die konstruktive Entwicklung von Schnelltriebwagen, die im heutigen Eisenbahnbetrieb Verwendung finden und von Fahrzeugen für die Schnellbahn, die bereits als das Endziel der Gesellschaft bezeichnet wurde. Die heutigen Fahrversuche auf der etwa acht Kilometer langen Versuchsstrecke bei Burgwedel brachten eine Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern. Bemerkenswert ist die außerordentlich schnelle Auffahrtsgeschwindigkeit. Die 100 Kilometer-Stundengeschwindigkeit wurde bereits in 66 Sekunden erreicht. Die Versuche verliefen vollkommen betriebssicher und einwandfrei.

Der Geist der Medizin.

Bauchschnitte zu kaufen!

Am 16. d. wurde aus Budapest gemeldet, daß die Fortbildungskurse für amerikanische Aerzte in den städtischen Spitälern nicht mehr abgehalten werden dürfen. Gestern wurde dazu erklärt, daß es den amerikanischen Aerzten nicht verboten worden ist, an Kranken Operationen vorzunehmen. Hinter diesen Meldungen versteckt sich ein unerhörter Skandal. Die amerikanischen Aerzte, die zu Studienzwecken nach Europa kommen, reich an Dollars, weniger reich an medizinischem Können, zahlen hier teures Geld, um in einem Spitalbetrieb arbeiten zu dürfen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, würden nicht allzu oft die Patienten das, was die Gäste aus Amerika mit Dollars bezahlen, ihrerseits mit dem Leben bezahlen. In Budapest zum Beispiel wurden die Amerikaner zu den schwersten Operationen zugelassen, wenn sie dafür tausend bis zehntausend Pengö springen ließen; verfügten sie über das Geld, so mußten sie über die nötigen Fachkenntnisse nicht verfügen. Wie schwungvoll dieser Handel mit Patienten betrieben wurde, ergibt sich aus einer Erklärung des Professors Toth; dieser Arzt, Präsident des Aerztevereines, hat erzählt, man habe ihm zehn Bauchschnitte abkaufen wollen und dafür 40.000 bis 50.000 Pengö geboten. Das Krankenhaus wird zur Warenbörse, Bauchschnitte werden preiswert verkauft, der Herzbeutel wird gegen den Geldbeutel eingetauscht. Alles ist käuflich in dieser kapitalistischen Welt, Geldoperationen sind alltäglich, warum also soll man nicht für Geld operieren dürfen; die Patienten erster Klasse müssen selbstverständlich geschützt werden, aber das Menschenmaterial, das in der dritten Klasse liegt, genügt den Käufern ja. Ihnen, den kranken Proletariern, dürft ihr ins Fleisch schneiden, an ihren Körpern dürft ihr herumpfuschen, wenn ihr nur dem Professor ordentlich zahlt: Geld öffnet jede Bauchhöhle! Die Amerikaner tragen Dollars ins Land; was tut es, wenn man dafür einige Tote hinausträgt; Das ist eben das Risiko der Leute, die so unvorsichtig sind, arm zu sein und obendrein krank zu werden.

Ziehung der Klassenlotterie

Achter Ziehungstag.

100.000 K: 12.927.

5000 K: 6750, 9394, 22.749, 25.950, 27.817, 60.427, 72.707, 73.009, 84.421, 104.376, 129.235, 132.710, 144.922, 148.295.

2000 K: 3834, 7104, 11.131, 16.129, 18.260, 20.595, 22.374, 23.540, 25.348, 28.810, 31.278, 31.950, 32.896, 39.481, 39.743, 41.679, 50.629, 58.611, 63.342, 66.851, 73.594, 78.491, 79.040, 86.148, 99.169, 103.502, 111.653, 114.788, 120.503, 123.303, 133.007, 142.492, 146.743, 149.736.

1000 K: 5552, 5968, 6131, 8375, 8401, 11.222, 12.145, 12.863, 13.333, 14.927, 15.018, 15.710, 17.685, 19.414, 20.337, 22.203, 22.856, 24.671, 25.555, 27.256, 27.558, 29.624, 32.071, 37.388, 40.562, 41.708, 42.735, 45.881, 46.024, 46.531, 48.031, 51.229, 51.237, 52.083, 56.808, 59.058, 59.722, 62.581, 64.918, 65.292, 68.700, 71.800, 86.609, 86.951, 90.553, 90.565, 91.617, 91.929, 93.623, 94.770, 96.553, 96.943, 96.957, 98.044, 99.717, 101.150, 104.947, 106.257, 106.328, 107.347, 107.385, 107.980, 108.248, 108.627, 110.106, 111.669, 112.051, 113.572, 115.417, 117.132, 118.051, 120.421, 122.665, 122.742, 123.842, 128.525, 129.427, 129.974, 132.451, 133.090, 135.667, 135.730, 136.121, 136.908, 137.059, 137.145, 138.021, 142.355, 144.828, 145.910, 146.751, 147.223, 148.566.

Die Reformarbeit Dérers. Im nächsten Amtsblatt des Schulministeriums wird ein Erlaß veröffentlicht werden, der die neue Prüfungsordnung für Mittelschullehrer enthält. Darnach wird die Befähigung für das Lehramt durch zwei Staatsprüfungen erworben und bezieht sich dann auf alle Klassen der Mittelschulen. Die erste Prüfung wird frühestens am Schluß des vierten Semesters, die zweite am Schluß des achten Semesters, mindestens drei Semester nach der ersten Prüfung, abgelegt. Die Prüfungsordnung ist sehr umfangreich, sie setzt die Anforderungen bei den Prüfungen aus den einzelnen Gegenständen fest, schafft eine neue Einteilung der Gruppen der Prüfungsgegenstände und vermehrt deren Kombination, führt die Institution von Prüfungszeugen ein und ändert durchgreifend die Bestimmungen der jetzigen, aus dem Jahre 1911 stammenden Prüfungsordnung.

Die Raumnot an der deutschen Universität macht sich auch heuer wieder katastrophal bemerkbar. Man schreibt uns: Die medizinischen Vorlesungen, vor allem die des ersten und dritten Semesters sind auch heuer wieder und, obwohl die Professoren Tschermack und Zehnek Doppelkollegs lesen, derart überfüllt, daß viele Hörer keinen Platz finden. In den Pausen findet ein regelrechter Wettlauf statt, der freilich erst beim Einsetzen des regnerischen Wetters seine ganze Annehmlichkeit zeigen wird. Die Hörer müssen hiebei zweimal den elenden Steig — Weg wäre eine euphemistische Bezeichnung — benützen, der von der Appollinariskirche über den Abhang zum Albertov führt. In den Kollegiensälen ist dann meist, auch wenn man eine Viertelstunde oder eine halbe Stunde vor Beginn der Vorlesung erscheint (was aber nur dann möglich ist, wenn keine andere vorausgeht), kein Platz zu haben, weil zwar der Saal leer, aber die Plätze „belegt" sind. Der Unfug des Platzbelegens in der Weise, daß nicht ein oder zwei Plätze, sondern von einem Herrn drei Bänke mit Heften „belegt" werden, macht sich lästig bemerkbar und bedauerlicherweise sind es wieder die ausländischen und fremdnationalen Hörer, die sich keinerlei Zwang auferlegen, die Besetzung der Hörsäle organisieren und allen eventuellen Vorstellungen gegenüber recht arrogant auftreten. Für die Hakenkreuzler, die heuer ohnehin durch ihre reichsdeutschen Erfolge übermütig geworden sind, ist das ein willkommener Anlaß zu antisemitischen Hetzereien und wir werden, wenn die Herren, die an der deutschen Universität Gastrecht genießen, rücksichtslos genug sind, weiter in der gekennzeichneten Weise aufzutreten, im November wieder die üblichen Krawalle erleben. Wirkliche Abhilfe wäre ja nur durch den raschen Neubau ausreichender Hörsäle zu schaffen. Da es damit aber gute Wege hat, sollte bis dahin von den fremden Hörern soviel Takt aufgebracht werden, daß der Studienbetrieb nicht durch lästigen Unfug erschwert und der Agitation der Hakenkreuzler nicht geradezu in die Hände gearbeitet werde!"

Im letzten Szolnoker Giftmischerprozeß wurde Samstag um 1 Uhr das Urteil verkündet. Die angeklagte Frau Takács wurde wegen zweifachen Mordes, Anstiftung und versuchter Tötung zum Tode durch den Strang, die Witwe Frau Recha wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Vier weitere Frauen erhielten fünf bis fünfzehn Jahre Kerker, drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Todessturz beim Kunstflug. Der Mitinhaber der Maxim-Filmgesellschaft, der Direktor Paul Ebener, stürzte am Samstag bei einem Kunstflug mit seinem Sportflugzeug „Motte" auf dem Berliner Flugplatz aus einer Höhe von 300 Metern ab. Direktor Ebener war auf der Stelle tot, das Flugzeug wurde vollkommen zertrümmert. Nach einer weiteren Mitteilung soll der Absturz darauf zurückzuführen sein, daß eine Tragfläche des Flugzeuges abbrach.

Investitionsanleihen. Der Karlsbader Bezirksausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung, wie uns gemeldet wird, die Aufnahme von Darlehen der Gemeinden Aich mit 85.000 Kronen für Wasserleitungszwecke, Putschirn mit 60.000 Kronen für Straßenbau, Schlackenwerth mit 150.000 Kronen für ein Freibad, Unterlomnitz 30.000 Kronen, Welchau 140.00 Kronen.

Falsche Fünfkronenstücke in Sillein. Vor einigen Tagen kamen mehrere Fünfkronenmünzen in Verkehr, von denen festgestellt wurde, daß sie gefälscht sind. Die Untersuchung stellte nun fest, daß die falschen Münzen durchwegs vom Bahnhofrestaurant herstammen, wo sie von Durchreisenden ausgegeben wurden. Die Untersuchung wurde nach Böhmen ausgedehnt.

Das Horst Wessel-Lied. Immer schon haben wir uns gewünscht, den Text des Horst Wessel-Liedes kennen zu lernen. Für's Leben gern wollten wir das völkische Liedchen trällern, aber Text und Melodi waren nicht zu erfahren. Nun verrät uns der Zufall wenigstens ein Bruchstück, wenn anders es nicht nur ein Schabernack des Setzers ist. Im „Tag" hat das nämlich wirklich uns wahrhaftig genau so ausgesehen:

Winterberg. (Gründung einer Gewerkschaft.) Am Sonntag, den 12. d. M., sprach Pg. Sekretär Franz Howorka aus Budweis in einer sehr gut besuchten Versammlung, welche abends im Gasthause der Frau Heiny abgehalten wurde. Seine ausgezeichnete, temperamentvolle Rede wurde von den zahlreichen . . . . . und ermahnt alle Anwesenden zu treuer, opferwilliger Mitarbeit. Mit dem „Horst Wessel"-Liede wurde der erfolgreiche Abend geschlossen

**Bettfedern, gut und fein,
Kauft billig man bei Blahut ein!**

Wir hatten es uns eigentlich anders vorgestellt.

Falsche Polizisten? Mit einer abenteuerlichen Anzeige erschien der Bergmann E. K. in der Oderfurter Polizeiwachstube. Sonntag, so erzählte der Mann, hätte er einen Polizisten auf der Straße gesucht, damit dieser gegen seine Frau einschreite, die Anstalten traf, aus der gemeinsamen Wohnung verschiedene Wertsachen wegzuschaffen. Ein Polizist, den der Bergmann antraf, hätte ihm erklärt, seine Weisung erlaube es ihm nicht, sich in die Angelegenheiten einzumischen, er werde aber einen Zivilwachmann schicken, der einschreiten werde. Kurz darauf erschien der Polizist neuerlich in Begleitung eines fremden Mannes, den er als Zivilwachmann vorstellte und der nach kurzer Aufnahme des Sachverhaltes sich von dem Bergmann 150 K für die „Amtshandlung" bezahlen ließ. Erst später kam der Mann darauf, daß er hier einem Schwindler aufgesessen sei. Vorläufig ist noch nicht aufgeklärt, wie weit der Schwindler wirklich Polizeiuniform getragen habe. Die Erhebungen der Sicherheitsbehörde haben eingesetzt.

Ein Landsmann, der uns keine Ehre einlegt. Aus Selztal wird berichtet, daß es der dortigen Gendarmerie gelungen ist, den berüchtigten Einbrecher Patek festzunehmen. Patek ist ein lang gesuchter Einbrecher und Räuber. Er ist tschechoslowakischer Staatsbürger und wird von den tschechoslowakischen Behörden wegen zahlreicher Verbrechen gesucht. In Oesterreich hat Patek im letzten Jahr nicht weniger als 50 Einbrüche verübt und eingestanden.

Das Adlergebirge von Feldmäusen heimgesucht. Auf den Feldern und Wiesen im Adlergebirge vermehrten sich heuer, ebenso wie in anderen Gegenden der Republik, die Feldmäuse überaus zahlreich. Der Klee ist dort überall direkt übersät mit Löchern und häufig vollständig vernichtet. In den Rüben zeigen sich die Mäuse so, daß manche Stellen bis auf das Kraut ausgefressen sind. Viele Gemeinden haben zwar bereits Mäusegift bestellt, aber für eine derartige Flut sind alle Vertilgungsmittel unzureichend.

Notlage der Zuiderseefischer. So bedeutsam das Kulturwerk der Trockenlegung der Zuidersee ist, so zahlreich sind die Klagen derer, die durch die Trockenlegung wirtschaftlich geschädigt werden. Namentlich die Fischer der alten Zuiderseedörfer können sich nur schwer mit dem Gedanken einer Umstellung vertraut machen, und das Entschädigungsgesetz entspricht bei weitem nicht allen berechtigten Ansprüchen. Aus diesem Grunde fand im Haag eine Protestkundgebung der Zuiderseefischer statt, die sich namentlich gegen die drohende Entwertung der Fischerflotte richtete, welche das einzige Kapital dieser Fischer bildet. Eine Protestentschließung wurde einstimmig angenommen.

Geheimnisvoller Skelettfund. In nicht geringe Aufregung gerieten die Bewohner der kleinen Ortschaft Todtenhausen (bei Minden, Westfalen), als bei Ausschachtungsarbeiten in einer Tiefe von 40 Zentimetern plötzlich das Skelett eines erwachsenen Menschen ausgegraben wurde. Die Untersuchungen und gewisse Beifunde lassen es jedoch als sicher erscheinen, daß es sich nicht um einen Mordfall handelt. Man nimmt vielmehr an, daß hier ein Soldat im siebenjährigen Kriege bei der Schlacht von Minden (1759) den Tod gefunden hat. Die besondere Beschaffenheit des Bodens dürfte das Skelett so lange erhalten haben.

Milchwächter als Todesschütze. Im Stadtpark in Beuthen erschoß der Wächter eines Milchhäuschens einen jungen Mann, der harmlos auf einer Bank saß. Der Unglücksschütze erklärte, daß er den jungen Mann für einen Räuber gehalten habe. Er hätte auch nur einen Alarmschuß abgeben wollen. Der ängstliche Milchmann wurde festgenommen.

Neuer Flugrekord. Kingsford Smith, der bekannte australische Weltumflieger, brauchte für die Luftreise London—Singapore die Rekordzeit von acht Tagen.

Vom Kirchturm gefallen. Der Pfarrer von Moulins (Frankreich), der in den Glockenturm seiner Kirche gestiegen war, um eine Reparatur an dem elektrischen Läutewerk vorzunehmen, fiel durch ein Turmfenster auf das 25 Meter tiefer gelegene Dach des Kirchenschiffs, an dem sich der Pfarrer festhalten konnte, bis seine Hilferufe nach einer Stunde in der Stadt gehört wurden. Außer einigen Hautabschürfungen trug der Geistliche nicht die geringste Verletzung davon.

Von einer Kuh getötet. Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich in Bückeburg (Schaumburg-Lippe) zu. Eine störrische Kuh brach aus einem Viehtransport aus, raste durch die Straßen des Städtchens, stürzte sich auf eine Greisin und durchbohrte den Kopf der Unglücklichen. Der Tod der Frau trat auf der Stelle ein.

Politik verdirbt die Ehe. In Sosnowiece (Polen) ereignete sich ein politisches Ehedrama. Als die Frau des stellvertretenden Bürgermeisters sich von ihrem Gatten wegen politischer Meinungsverschiedenheiten scheiden lassen wollte, schoß der Mann auf die energische Politikerin und verletzte sie schwer. Unmittelbar darauf beging der Täter Selbstmord.

Der Sonnenzauberer. Der bekannte französische Romandichter Balzac erzählt die nachfolgende hübsche Anekdote: Ein berühmter französischer Astronom hatte einen vornehmen französischen Herrn und seine Damen eingeladen, im astronomischen Observatorium eine bevorstehende Sonnenfinsternis zu beobachten. Er hatte ihnen genau die Stunde, wann sie kommen sollten, angegeben. Die vornehmen Herrschaften erschienen jedoch erst eine Stunde später und der Gelehrte empfing sie mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß nun schon alles vorbei sei. „Ach", sagte die eine der Damen, „dann fangen Sie doch noch einmal von vorne an!"

Stühle im Bronzezeitalter. Faltstühle, die genau so geformt sind wie unsre Klappstühle von heute, gab es bereits in der älteren Bronzezeit. Einen sehr interessanten derartigen Stuhl hat man rekonstruiert, der in Bechelsdorf im Fürstentum Ratzeburg gefunden wurde. Zwischen den gekreuzten Beinen ist ein Stoff ausgespannt. Die Kreuzungen zeigen Bronzebeschläge. Auch andere norddeutsche und vor allem dänische Funde zeigen eine ähnliche Konstruktion.

Krise auch in Dollarika.

Washington, im Oktober. (Eig. Ber.)

Die Bundesregierung weiß nicht mehr, wie sie sich aus dem verworrenen Labyrinth innerer Schwierigkeiten herausfinden soll. Jeder Tag bringt neue Konflikte, wachsende Arbeitslosigkeit, kommende Kongreßwahlen, allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungen der Hoover-Verwaltung, erbitterte Kämpfe um das Prohibitionsexperiment, und nicht zuletzt die Mißstimmung des amerikanischen Farmers, dessen Notlage mit jedem Jahre gewichtiger in die Wagschale amerikanischer Politik fällt.

Welch Wunder also, wenn man fieberhaft nach Sündenböcken Ausschau hält und sie im Falle der Agrarweltkrise im allgemeinen und der amerikanischen Agrarkrise im besonderen in russischen Terminverkäufen großer Weizenmengen an der Chicagoer Börse entdeckt zu haben vorgibt. So war es denn zur großen Verwunderung der amerikanischen Oeffentlichkeit und der Börsenkreise, als der Bundessekretär für Landwirtschaft, Hyde, kürzlich nach einer Konferenz im Weißen Hause mit aufgeregten Gesten erklärte, die Baisseverkäufe dieser russischen Weizenmengen hätten die Abwärtsbewegung der Weizenpreise zwar nicht ausschließlich, aber doch maßgebend beeinflußt. Sowjetrußland lege durch diese Spekulationen alles darauf an, den amerikanischen Farmer zu ruinieren und ihn in altbekannter Taktik gegen seine Regierung aufzuhetzen. Es sei daher notwendig, Amerika und die amerikanische Landwirtschaft mit allen Mitteln gegen die teuflischen Manipulationen der Sowjets zu schützen.

Die ganze Geschichte war so vage, so wenig substanziert, daß sogar die führenden Organe des amerikanischen Kapitalismus, die „New York Times" und die erzreaktionäre „New York Herald Tribune", sich nicht enthalten konnten, dem Landwirtschaftssekretär einen energischen Nasenstüber zu erteilen und ihm die Lächerlichkeit seiner aus den Fingern gesogenen Anklagen vorzuhalten. Auch der zum Feldzuge gegen die Sowjets aufgerufene „Chicagoer Pit", der führende Weizenmarkt der Welt, wollte nicht so recht heran und erklärte später, als er sich unter dem Druck der Bundesregierung zu einer oberflächlichen Untersuchung und theoretischen Verdammung der russischen Weizentermingeschäfte entschlossen hatte, er könne in den russischen Baissespekulationen nichts Ungewöhnliches sehen. Von einer Preisbeeinflussung könne keine Rede sein.

Darauf kam es der Bundesregierung aber garnicht an. Worum es ging, war die politische Auswirkung dieser sensationellen Anklagen und darin hatten die amtlichen Stellen einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Der Angriff gegen die Sowjets mußte bei der unzufriedenen Landbevölkerung fruchtbaren Boden finden und damit automatisch zu einer politischen Entlastung der Regierung und der hinter ihr stehenden republikanischen Partei führen. Von einer kritischen Einstellung konnte bei den Farmern, denen die rein börsentechnischen Fragen des Weizenhandels böhmische Berge waren, keine Rede sein. Also Sieg des Ablenkungsmanövers auf der ganzen Linie. Unter diesen Umständen konnte sich Mr. Hyde auch einmal die Rüffel amerikanischer Finanziers lächelnd einstecken und sich mit dem Gefühle trösten, daß er im wahrsten Sinne des Wortes das Kapitol gerettet hatte.

Was liegt den russischen Weizenspekulationen in Wirklichkeit zugrunde? Beide Seiten sind sich einig, daß das Allrussische Textilsyndikat, die russische Einkaufsstelle für amerikanische Baumwolle, etwa 7.5 Millionen Bushels Weizen im Terminhandel an der Chicagoer Börse verkauft hatte. Angesichts der Tatsache, daß die täglichen Weizenumsätze in Chicago zeitweise 60 Millionen Bushels und mehr betragen, mußten die russischen Verkäufe fast unbemerkt bleiben. Das waren sie auch, bis sie die Bundesregierung zu agitatorischen Zwecken aus der Versenkung zog. Eine Idee der ungeheuren Ausdehnung des Weizenterminhandels an amerikanischen Börsen geben die Berichtziffern der Chicagoer Börse. Allein im Mai 1929 beliefen sich die Umsätze auf 1.040,132.000 Bushels Weizen, also auf das Einundeinviertelfache der gesamten amerikanischen Jahresernte von 840,000.000 Bushels Weizen.

Eng mit diesen Fragen hängt das landwirtschaftliche Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung zusammen, das in Börsenkreisen viel böses Blut hervorgerufen hat. Fühlt man doch mit Recht, daß mit offiziellen Preisstützungen und der Kontrolle riesiger Weizenposten durch das Bundesfarmamt der wilden Spekulation eine Grenze gezogen wird, die sich mit der Wirtschaftsauffassung kapitalistischer Raubritter nicht ganz in Einklang bringen läßt. Bekanntlich gab die Farmbehörde den Landwirten Anleihen auf der Basis von 1.20 Dollar pro Bushel, erlitt aber, als sie den Weizenpreis im Angesichte sinkender Quotierungen zu halten versuchte, eine vernichtende Niederlage. Die Preisstürze der letzten Wochen haben die Farmbehörde in eine Situation gebracht, die ihr nach ziemlich offenen Andeutungen die Aufgabe des gesamten Stützungsexperimentes geraten erscheinen läßt.

Bei diesem Wirtschaftsduell zwischen Regierung und Börse dürfen auch wichtige außenpolitische Momente nicht übersehen werden. Im vorigen Jahre stattete eine britische Wirtschaftskommission unter Führung von Lord d'Abernon der argentinischen Republik einen Besuch ab, der in einer mehr oder weniger formellen britisch-argentinischen Aussprache zur wirtschaftlichen Näherbringung der beiden Länder gipfelte. Britische Güter sollten in verstärktem Ausmaße nach Argentinien fließen, während argentinischem Weizen und argentinischen Landwirtschaftsprodukten die britischen Märkte offenstehen sollten. Diese Pläne sind durch den Sturz des pro-britischen Präsidenten Irigoyen sehr schnell zu Wasser geworden. Im Lichte dieser Wirtschaftsrivalität versteht man nur zu gut, warum ein Mann wie Irigoyen dem pro-amerikanischen General Uriburu weichen mußte, dessen Sieg in Amerika mit unverhohlener Genugtuung begrüßt wurde.

VERLANGET UEBERALL

Brutpflege.

Von E. Aldt.

Man denkt bei diesem Wort wohl zunächst an Vögel und Säugetiere, in deren Leben die Aufzucht der Nachkommenschaft den breitesten Raum einnimmt. Man denkt an die brütende Schwalbenmutter in ihrem Lehmnest an der Hausmauer und ihre schnäbelaufreißende Brut, an die Taube, die ihr Junges mit der „Kropfmilch" nährt, vielleicht an die Webervögel, die in mühevoller Arbeit ein kunstvolles Flechtwerk herstellen, in dem die Kleinen wohl geborgen sind, und an die kleinen Salanganen, die ihre Brutstätten an den Strandfelsklippen des indopazifischen Ozeans aus dem erhärtenden Speichel bauen, oder an das Rebhuhn, das den Feind vom Nest weglockt, indem es schreiend vor ihm herläuft und sich stellt, als ob es nicht fliegen könnte, an die Löwin, die sich eher töten läßt, als daß sie das Junge preisgibt, oder die zärtliche Affin, oder das Känguruh mit dem Jungen im Beutel, das Schnabeltier und seine Verwandten, die einzigen Säugetiere, bei denen man eigentlich mit vollem Recht von „Brut" reden kann, weil sie tatsächlich Eier ausbrüten.

Wie aber verhält es sich mit den Tieren, die keine gleichmäßige Bluttemperatur und damit keine so hohe geistige Regsamkeit haben?

Alles im Leben der Tiere scheint auf Erhaltung der Art eingestellt, alles, auch der Selbsterhaltungstrieb und der Futterneid. Jede Schutzanpassung und Schutzfärbung steht im Dienst der Arterhaltung; sehen wir doch das Weibchen, das die Zukunft der Art in sich trägt, stets besser geschützt durch Farbe und Form, als das Männchen. Die Natur ist ungeheuer erfinderisch und ungeheuer verschwenderisch. Sie variiert dieses Motiv: „Erhaltung der Art" tausendfältig und das Einzelwesen ist nichts, scheint keinen Wert zu haben. Zwei Wege schlägt die Natur zur Erreichung dieses Zieles ein: Ungeheure Produktivität bei relativ geringer Aussicht auf Erhaltung des Einzelindividuums und Brutpflege da, wo die Zahl der Nachkommen gering ist. Oder ist sie gering, eben weil eine größere Anzahl von Jungen nicht aufgezogen werden könnte? Die Natur experimentiert, immer, heute wie je, mit ungeheurem Aufwand.

Es gibt Tiere, bei denen Männchen und Weibchen einander gar nicht kennen. Bei den Seeigeln setzen die Tiere unabhängig von einander ihre Geschlechtsprodukte ins Meerwasser ab. Viele Millionen von Zellen produziert jedes Individuum, und diesen Geschlechtszellen ist es überlassen, einander zu suchen und zu finden. Millionen erreichen nie ihr Ziel und sind dem Leben verloren. Manche Fische produzieren Hunderttausende von Eiern. Tausende der Jungfischchen fallen ihren Feinden zum Opfer, sie würden auch gar nicht alle Nahrung und Lebensraum finden; sie mögen zu Grunde gehen, die Art überlebt. Die Karpfenmutter oder Heringsmutter kümmert sich nicht weiter um ihre Kinder, sie hat ihre Schuldigkeit getan, indem sie ihrer in überreichem Maße hervorgebracht hat. Es ist bei den Fischen die Regel, daß die Eier, die nach der Ablage vom Männchen befruchtet wurden, ihrem Schicksal überlassen bleiben. Aber wir finden auch gerade bei den Fischen alle Arten von Brutpflege, von den einfachsten Ansätzen bis zum höchsten Raffinement der Kinderstube.

Da gibt es Fische, die ihre Eier mit Sand zudecken, ehe sie sie für immer ihrem Schicksal überlassen, und andere, wie Aal, Lachs, Hering, Stör, die weite Wanderzüge unternehmen, um geeignete Laichplätze zu finden, aus dem Meer in die Flüsse und stromaufwärts bis in die Quellbäche, viele tausend Kilometer weit, wie der Lachs; oder aus Flüssen und Seen in tiefe Meeresgründe, woher nur die Jungfische in die heimatlichen Gewässer zurückkehren, wie beim Aal. Dann aber gibt es Fische, die ihre Brut bewachen und verteidigen, die sie wochenlang mit sich herumtragen und behüten, oder ihr Nester bauen. Da sind die merkwürdigen Maulbrüter, kleine bunte Fischchen der ägyptischen Gewässer, die bei uns gern als Zierfische im Aquarium gehalten werden. Das Männchen erzeugt zur Laichzeit eine Sandgrube auf dem Grunde des Wassers, indem es sich im Kreise dreht und dabei mit der Schwanzflosse den Sand wegfegt, wieder und immer wieder, und mit dem Maule Sand schöpft und ihn aus der Grube wegträgt, bis sie schön tief und gleichmäßig rund ist. Dann legt das Weibchen die Eier darein und nimmt sie, nachdem das Männchen sie befruchtet hat, mit dem Maule auf, um sie nun tagelang mit sich herumzutragen, ohne fressen zu können, und schließlich noch den ausschlüpfenden Jungen einen Unterschlupf zu gewähren, solange sie noch ganz klein sind. Auch von verschiedenen exotischen Verwandten des Wels wird das Maulbrüten geübt. Einer unserer kleinsten einheimischen Flußfische, der Bitterling, versorgt seine Brut, indem er sie der Flußmuschel anvertraut. Das Weibchen dieses etwa sechs bis acht Zentimeter langen Fischchens entwickelt zur Laichzeit eine Legeröhre von vier bis fünf Zentimeter Länge, mit deren Hilfe die Eier in den Kiemenraum einer Muschel praktiziert werden. Männchen und Weibchen sieht man zuvor gemeinsam nach lebenden Muscheln suchen und diese umkreisen und umschwärmen, oft in abenteuerlichen Bewegungen und mit der Lebhaftigkeit der Tage des rot und grün schillernden Hochzeitskleides. Auch einen nesterbauenden Fisch beherbergt unsere heimische Tierwelt, den kleinen Stichling, wieder ein Zwergkein, das viel Sorgfalt aufwenden muß, um seinen winzigen Kindern im Daseinskampf beizustehen. Wiederum ist hier das Männchen der Baukünstler. Aber es begnügt sich nicht mit einer Sandgrube. Aus Algenfäden wird ein regelrechtes Nestchen gewoben, länglich, mit zwei Oeffnungen als Eingang und Ausgang. Ist das Nest fertig, was ein paar Tage dauert, dann lockt es Weibchen herbei, nicht nur eines, denn der Stichling ist polygam veranlagt. Es treibt jeweils ein Weibchen durch sein Nest hindurch, zur einen Oeffnung hinein, zur andern wieder hinaus, und schlüpft selbst hinterdrein. Das Weibchen legt während des Durchschlüpfens im Nest ein paar Eier ab, die das hinterdreinschwimmende Männchen befruchtet. Scheint der Eiervorrat im Nest genügend groß, dann gilt die ganze Aufmerksamkeit und Sorge der Verteidigung dieses kostbaren Besitzes. Und der Stichling ist ein äußerst streitbarer und zornmütiger kleiner Kerl, dessen Stimmung oft in einem lebhaften Farbenspiel zum Ausdruck kommt, besonders eben zur Brutzeit, wo die Erregbarkeit sehr gesteigert ist. Eine lobhaft rote Färbung, die oft plötzlich an Kehle und Brust des dunkelgrün und silbergrau beschuppten Fischchens auftritt, sind dann ein beredter Ausdruck seiner Zornes- oder Siegesstimmung. Die in seinen Flossen verborgenen, aufstellbaren Stacheln sind scharfspitzig und derb und selbst große Raubfische scheuen dieses wehrhafte Zwergkein. — Die unter dem Namen Macropoden bekannten und bei uns so beliebten bunten chinesischen Zierfische sind ebenfalls Nestbauer. Die Männchen bauen Schaumnester, die auf der Wasseroberfläche schwimmen. Zur Paarungszeit bildet sich beim Männchen in der Mundschleimhaut ein Sekret, das den Schaum haltbar macht, den es durch Aufnehmen von Luft und Ausstoßen der Luftblasen unter Wasser erzeugt. Eiablage und Befruchtung erfolgen meist unterhalb des Nestes, worauf die leichten Eier von selbst zur Oberfläche aufsteigen oder von dem Männchen mit dem Maule aufgenommen und in das Nest gespuckt werden. Die Meergrundel legt ihre Eier in leere Muschelschalen, an denen sie festkleben. Das bei den Eiern Wache haltende Männchen sorgt durch bestimmte Flossenbewegung ständig für einen atmungbefördernden Wasserstrom. Auch beim Seepferdchen und seinen Verwandten, wie der Seenadel, sorgt der Vater für die Brut. An der Bauchseite des Männchens befindet sich eine Brusttasche zur Aufnahme der Eier, die später auch noch den Jungfischen längere Zeit als Unterschlupf dient. Für die Aufzucht der Brut ist hier übrigens auch noch in anderer Weise gesorgt. Die Innenwand der Tasche sondert einen Schleim ab, der Blutkörperchen und Fettstoffe enthält und den Jungen zur Nahrung dient. Zahlreiche andere Beispiele wären anzuführen. So gibt es einen australischen Flußfisch, der seine Eier auf der Stirn mit sich herumträgt. Bei vielen Fischen schützt der Vater die Jungen vor der Freßlust der eigenen Mutter.

Unter den Amphibien zeigen besonders die Baumfrösche der Tropenwälder eigenartige Brutpflegegewohnheiten. Diese Tiere suchen nur zur Laichzeit ein Gewässer auf, weil die Eier zur Entwicklung Feuchtigkeit brauchen. Bei gewissen Arten nun nehmen die Frösche, wenn sie nach der Laichzeit das Wasser wieder verlassen, die unterdessen zu Kaulquappen entwickelten Jungen mit sich, indem sie sie auf dem Rücken tragen, wo sich die Kleinen festsaugen, ja es ist sogar beobachtet worden, daß ein sorglicher Laubfroschvater seine Brut aus einem austrocknenden Tümpel in einen anderen trug. Eine australische Baumfroschart trägt den Eierklumpen bis zum Ausschlüpfen der Larven in den Armen, eine andere Art auf dem Rücken. Bei der europäischen Geburtshelferkröte wickelt sich das Männchen die perlschnurartig zusammenhängenden Eier um die Hinterbeine und trägt sie drei Wochen lang geduldig mit sich herum. Nach Ablauf dieser Zeit sind die Kaulquappen in den Eiern entwickelt und das Männchen sucht nun ein Gewässer auf und setzt die Larven dort ab, wo sie sich nun nach Art anderer Froschlarven weiterentwickeln. Die südafrikanische Wabenkröte trägt die Eier auf dem Rücken. Hier vollzieht sich aber die Entwicklung nicht nur bis zur Larve, sondern bis zur fertigen Kröte, was etwa drei Monate dauert. Hier unterzieht sich das Weibchen der Brutpflege. Um die einzelnen, 60 bis 100 ziemlich großen Eier herum bilden sich Hautwucherungen, die die Eier einschließen, so daß der Rücken des Tieres einer Bienenwabe vergleichbar wird. Die Eier sind hier nicht nur sehr gut geschützt, sondern die Wabenwände liefern auch noch die Nahrung für die Larven. In Westafrika gibt es einen maulbrütenden Frosch. Ein chilenischer Baumfroschvater trägt seine Jungen in der Schallblase. Als fertige, schon schwanzlose Fröschlein werden sie ausgespien.

Bei den Reptilien sind Brutpflegeinstinkte selten entwickelt. Wohl gibt es Krokodile und Riesenschlangen, die ihre Eier bewachen, doch sind das vereinzelte Fälle. Wie verhält es sich nun bei den wirbellosen Tieren? Wir brauchen nur an das Beispiel der Arbeitsbiene zu erinnern, um festzustellen, daß es hier nicht nur Vergleichbares, sondern sogar eine ins Extrem gesteigerte Einstellung auf die Pflege der Brut gibt. Stehen doch bei den staatenbildenden Insekten die Arbeiterinnen ganz im Dienste der Larvenaufzucht und der Pflege der Königin, so weitgehend, daß sie zugrunde gehen, sobald der Bienenstock keine Königin und damit keine Zukunft mehr hat. Aber auch bei den nicht staatenbildenden Insekten ist oft die Aufzucht der Brut die höchste Aufgabe im Leben des Individuums, so bei den Solitärbienen. Selbst Käfer treiben Brutpflege. Wir brauchen uns nur an den „heiligen Pillendreher" zu erinnern, oder an den Totengräber, selbst an den verachteten Mistkäfer. Zahlreiche andere Beispiele wären anzuführen. Krebse tragen ihre Jungen an den Füßen mit sich herum, die Skorpionmutter trägt ihre Kinder auf dem Rücken, ja es gibt sogar Tintenfische, die ihre Eier bewachen, Würmer, die ihre Jungen herumtragen, und selbst Seesterne, Seeanemonen, Korallen zeigen Erscheinungen, die unzweifelhaft als Brutpflege gedeutet werden müssen.

Wie kommt es, daß wir diesem Brutpflegeinstinkt bei allen Tierstämmen begegnen, in der Andeutung sogar schon bei den niedersten Tieren? Die Natur experimentiert, sie kombiniert und variiert tausendfältig und ohne Grenzen die zahllosen Möglichkeiten, die in der lebenden Substanz gegeben sind. Immer wieder entsteht Neues — Wirklich Neues? — Nichts entsteht, wozu nicht schon die Anlagen im Urlebewesen vorhanden waren. Selbsterhaltungstrieb und Arterhaltungstrieb sind uralt, so alt wie das Leben selbst, das ohne sie hätte erlöschen müssen, kaum daß es entstand.

HABEN SIE LÄSTIGE FLECHTEN?
TAMANY
FLECHTENSALBE
in jeder Apotheke. 869

Kunst und Wissen.

Viktoria und ihr Husar.

Diese, gestern abend im Prager Deutschen Theater zur Erstaufführung gelangte dreiaktige und durch ein Vorspiel vergrößerte Operette, deren Textbuch Alfred Grünwald und Dr. Fritz Löhner-Beda nach einer ungarischen Vorlage Emerich Földes' zurecht gemacht haben und deren Musik ein noch wenig bekannter Komponist Paul Abraham geschrieben hat, ist die richtige Operette für das moderne Nachkriegs- und Vergnügungs-Publikum, weil sie sich nicht mehr mit der gewohnheitsmäßigen Aufmachung begnügt, sondern in den heiteren Nummern die Operettenbühne zum Schauplatz kabarettmäßiger Albernheiten und — zum Zirkus macht. Vielleicht wird sie aus diesem Grunde auch ein glänzendes Kassastück des Theaters werden. Ihre künstlerischen Werte im musikalischen Sinne sind sehr ungleich; neben aufhorchen machenden, melodisch, rhythmisch und harmonisch interessanten und vor allem in der Instrumentation den Könner verratenden Nummern stehen solche von seichtester Art und primitiver Derbheit. Im Stil zeigt die Operette mehr Vielseitigkeit und Quantität als Einheitlichkeit und Qualität, weil vier Nationen (die russische, japanische, ungarische und österreichische) ihre musikalischen Merkmale beisteuern mußten, um dem Stilkunterbunt Rückgrat zu geben. Auch an Anlehnungen an Bekanntes fehlt es nicht bei Herrn Abraham: eine besonders markante Nummer hat er Sullivans „Bachstelzen"-Lied aus dem „Mikado" ziemlich ungeniert nachempfunden. Das Libretto der Operette hat einen Nachkriegsroman zum Inhalt: Viktoria ist mit einem Husaren verlobt, der ins Feld muß, in russische Gefangenschaft gerät und totgesagt wird, so daß Viktoria eine andern heiratet. Aber der Husar entflieht aus der Gefangenschaft, trifft selbstverständlich mit Viktoria zusammen, Gatte und Exbräutigam ringen um sie und natürlich bleibt der letztere, weil jünger, Sieger. Die grellen Gegensätze von Sentimentalität, falscher Tragik und ausgelassener Heiterkeit (letztere durch zwei lustige Paare) machen das Buch ungenießbar. — Ausgezeichnet war die Aufführung des Werkes, die neuerdings die Tüchtigkeit unseres neuen Operettenensembles bestätigte. Selten wird eine Operettenbühne über zwei so hervorragende, tänzerisch und darstellerisch gleich bedeutende heitere Paare verfügen, wie wir sie diesmal in Frau Lord und Herrn Dörner einerseits und in Frl. Reichlin und Herrn Podlesak andererseits zu sehen bekamen. Ganz ausgezeichnet auch das ernste Trio: Frau Sonja Schencher, Herr Wolram und Herr Jantsch. Rudolf Stadler hatte für Regie und Szene gesorgt, Kapellmeister Waigand für den musikalischen Teil, Frau Bolkner für geschmackvolle Kostüme. Der Erfolg war, insbesondere da es Samstag war, außerordentlich. e. j.

Zum 50. Todestag Offenbachs veranstaltet Karl Kraus in Wien einen Zyklus von Vorlesungen Offenbach'scher Operetten. Er eröffnete ihn am 24. September mit der zweiaktigen Operette „Die Schwätzerin von Saragossa", die zugleich die jüngste Bereicherung des Theaters der Dichtung ist; die Operette wurde am 25. September wiederholt. Am 30. September folgte „Die Seufzerbrücke", am 3. Oktober neuerlich „Die Schwätzerin von Saragossa", am 15. Oktober die eigentliche Offenbachfeier — der Todestag fällt auf den 5. Oktober — mit Arien und Couplets aus verschiedenen Operetten, die zum Repertoire des Theaters der Dichtung gehören, und am 16. Oktober „Pariser Leben". M. Jaques Brindejont-Offenbach und Mme. Suzanne Brindejont-Offenbach hatten zu dieser Vorlesung ihre Mitwirkung zugesagt, mußten aber das Gastspiel wegen schwerer Erkrankung des M. Jaques Brindejont-Offenbach auf unbestimmte Zeit verschieben. — Die Erneuerung der Offenbachschen Operette durch Karl Kraus hat in den letzten Jahren ja auch zu einer „Offenbach-Renaissance" auf den deutschen Theatern geführt, so daß der 50. Todestag des großen Dramatikers auf zahlreichen Bühnen Deutschlands Operetten des Meisters im Repertoire findet, die längst verschollen waren. Theater und Presse verschweigen freilich, ihrer kulturfeindlichen Sendung in dieser Zeit getreu, auch bei diesem Anlaß den Namen des Erneuerers und Erweckers. — Am 29. und am 31. Oktober wird Karl Kraus auch in Prag Offenbach lesen, u. zw. „Die Großherzogin von Gerolstein" und „Die Seufzerbrücke". Der 30. Oktober ist Shakespeare gewidmet („Das Wintermärchen"). fr.

„Die Zauberflöte", die repräsentative Opernneustudierung unter der musikalischen Leitung von Georg Szell, Mittwoch. Da die Vorstellung vom Prager Sender gesendet wird, mußte der Beginn auf 7½ Uhr angesetzt werden.

Premiere: „Hufnägel", Schauspiel in drei Akten von Leonhard Frank. Der bekannte Dramatiker, dem die deutsche Bühne besonders eindrucksvolle Werke zu danken hat, hat in seiner neuesten Dichtung ein tief menschliches Problem zum Gegenstand seiner Darstellung gemacht. Ein Mann, der aus Liebe zu seiner Frau zum Verbrecher wird, mittelbar einen Mord auf sein Gewissen nimmt, um dann aus seiner Verzweiflung den Weg zurückzufinden. Des Dichters neuestes Werk fand bei der Uraufführung in Hamburg beifälligste Aufnahme. Die hiesige Aufführung inszeniert Max Liebl. Es wirken mit Frau Halowaniez und Fräulein Warmholz, die Herren Albrich, Hölzlin, Leitgeb, Müller-Elmau, Renner, Dr. Schmerzenreich, Stadler.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, 11 Uhr vorm.: Kammermusik: 2½ Uhr: Arbeiter-Vorstellung: „Was ihr wollt"; halb 8 Uhr (5—1): „Viktoria und ihr Husar". Montag (6—2), 7 Uhr: „Was ihr wollt". Dienstag (7—3), 7½ Uhr: „Cécile". Mittwoch (8—4), 7½ Uhr: „Die Zauberflöte". Donnerstag (9—1), 7½ Uhr: „Hufnägel". Freitag (10—2), 7½ Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor". Samstag (11—3), 7½ Uhr: „Viktoria und ihr Husar". Sonntag, halb 3 Uhr: „Der Graf von Luxemburg"; 7½ Uhr (12—4): „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny". Montag (13—1), halb 8 Uhr: „Liebe auf dem Lande".

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 3 Uhr: „Meine Schwester und ich"; 7½ Uhr: „Der Lügner und die Nonne". Montag (Bankbeamten I), 7½ Uhr: „Der gute Onkel Adamson". Dienstag, 7½ Uhr: „Meine Schwester und ich". Mittwoch, 7½ Uhr: „Der Lügner und die Nonne". Donnerstag, 7½ Uhr: „Meine Schwester und ich". Freitag: „Liebe auf dem Lande". Samstag, 7½ Uhr: „Der Lügner und die Nonne". Sonntag, 3 Uhr: „Prinzessin und ihr Eintänzer"; 7½ Uhr: „Der Lügner und die Nonne". Montag, 7½ Uhr: „Meine Schwester und ich".

Der Film.

„Der Sohn der Berge", ein deutscher Ton- und Sprechfilm, Regie Mario Bonnard mit Louis Trenker und Renate Müller, ist keine aufregende Neuigkeit — ein sympathisch gedrehter Skifilm, dem die bewährte Matterhorngegend als geeigneter Rahmen dient. Die Photographie ist gut, ganz auf Schwarzweiß-Kontraste eingestellt, läßt sich ein Skirennen nicht entgehen, zeigt eine Rettungsexpedition bei Nacht mit brennenden Fackeln, führt in Unterkunftshütten vor und nach dem Schneesturm, kurzum, alle Schönheiten der berühmten Skifilme — etwa „Der heilige Berg" oder „Die Fuchsjagd im Engadin" — werden verwertet. Vieles hat der stumme Film durch die Töne nicht gewonnen: ein lustiges Marschlied dreier Kameraden dient als Leitmotiv, das Hochgebirge wird durch hohle Hornstöße in bewährter Weise untermalt, die wenigen Dialoge sind ganz unwichtig. Louis Trenker läuft herrlich auf den Brettern, er ist natürlich ein ehrlicher Bergführer, der einer schönen Pariserin fast unterliegt und nach einigen Kunststücken das Skirennen und damit sein Mädel doch noch gewinnt. Eine nette Partnerin ist Renate Müller in fescher Dreß. W. Lg.

TRAUER-
Abteilung
BUSCH
Prag Příkopy 27
(Mitte des Grabens)
nur I. Stock erste Stiege rechts
KLEIDER
MÄNTEL
KOSTÜME
PELZE
in allen — auch extra großen oder starken — Maßen.
Auch mittags geöffnet
Telefon 246-17

Sport * Spiel * Körperpflege

Chaos im Deutschen Fußballbund.

Der „ethische" Sport eine Farce. — Weitere Profi.

Der DFB.-Bundestag in Dresden sah in der Frage des Amateurfußballsportes die Vertreter des Westdeutschen Verbandes in einem verzweifelten Kampf gegen die übrigen Verbandsvertreter. Es ging um die klare Trennung zwischen den Berufsspielern und Amateuren, bezw. um Spesenerhöhung für die „Amateure". Westdeutschland trat für das erstere ein. Westdeutschlands Sprecher, Rechtsanwalt Jersch, nahm sich kein Blatt vor den Mund und skizzierte die gegenwärtigen Verhältnisse im Deutschen Fußballbund und ihre Ursachen, so wie sie in Wirklichkeit sind. In seiner Rede führte er nach dem westdeutschen Verbandsblatt „FLZ." (Duisburg) aus:

„Er macht klar, wie man zur Monopolisierung der Leistungen durch Kapitalmacht gekommen ist, wie alles, was man in den letzten Jahren im Bunde getan habe, aus Rücksicht auf diese wenigen Spitzenvereine geschehen ist. Wie man die Spieler deswegen in eine Art Sklaverei getrieben hat, daß alle freien Menschen mit Selbstbestimmungsrecht sich aus der Bewegung gemacht haben, wie man auf den Amateurschutzvertrag gekommen ist, den man damals schon als das unwiderruflich letzte Mittel zur Vereinigung bezeichnet hat, und doch, sagt Jersch, ist die Bewegung weiter abgesackt."

Man gab dem westdeutschen Sprecher recht, brachte aber nicht den Mut zur klaren Scheidung auf. Das Ergebnis war: die Spesen für die „Amateure" wurden erhöht und Höchstsätze festgelegt, die Verbände können in ihrem Verbandsbereich im Rahmen der Höchstsätze Bestimmungen treffen.

Westdeutschland hat sich beharrlich erwiesen und für sein Verbandsgebiet jede geldliche Entschädigung für die Spieler abgelehnt. Von den 14 Spielern des westdeutschen Meisters Schalke 04, die das Verbandsgericht zu Berufssportlern erklärte und ausschloß, haben Kuzorra und Cepan Unterkunft in der Berufsspielermannschaft „Vienna" Wien gefunden. Am 12. Oktober hat die Schalker Berufsspielermannschaft in Barmen vor 10.000 Zuschauern gegen eine zweite Berufsspielermannschaft, die sich Wuppertaler FC. nennt, eine Vorstellung gegeben. Es war dies das erste offizielle Berufsspiel deutscher Fußballer. Beim führenden westdeutschen Verein Köln-Sülz soll die Sache mit der ersten Mannschaft auch nicht echt sein. Vorerst ist der Wiener Spieler und Mannschaftsführer Swatosch bis auf weiteres von den Spielen gesperrt worden und es darf nicht verwundern, wenn in Kürze in Westdeutschland die offiziell als Berufsspieler abgestempelten Fußballer anwachsen.

Im Süddeutschen Verband werden die erhöhten Spesensätze von den Großvereinen als zu niedrig befunden. Es hatten sich Vertreter der ersten Vereine, wie 1. FC. Nürnberg, Spielvereinigung Fürth, FSV. Frankfurt, Bayern München u. a., zu einer Beratung zusammengetan, und sind sich einig geworden, besonders gegen die Bestimmung, die das „Arbeitbeschaffen für Amateure" untersagt, eine Aktion einzuleiten. Im übrigen hat der Spesenerhöhungsbeschluß des DFB.-Bundestages in Nürnberg und Fürth amtliche Auswirkungen gezeitigt. Dort sind auf den Aemtern Plakate ausgehängt worden mit dem sinngemäßen Hinweis, daß Sportsleute, die durch ihre sportliche Betätigung Vergünstigungen erhalten, das sofort zu melden haben. Mit anderen Worten: Die Berufssportler haben den Behörden ihr Einkommen anzugeben. Norddeutschland und der Baltenverband des DFB. behaupten, daß bei ihnen weder vor noch nach dem Dresdener Bundestag die Amateurbestimmungen verletzt wurden, für sie die Dresdener also nichtssagend sind. In Berlin dagegen werden die in Dresden festgesetzten Spesenhöchstsätze für zu niedrig erachtet, und Mitteldeutschland, — wo die kleinen und mittleren Vereine gegen die Spesenzahlungen besonders meutern — hat die Höchstzahlungsgrenze etwas erniedrigt und außerdem verfügt, daß Spieler, die wegen Spesendifferenzen ihre Vereine verlassen, für andere Vereine keine Spielerlaubnis bekommen. Das ganze ergibt im DFB. ein tolles Durcheinander von Spesenvorschriften.

Hinzu gesellen sich Widerstände von außen. Deutscher Fußballbund, Deutsche Turnerschaft und Deutscher Schwimmverband führen seit dem Frühjahr eine Arbeitsgemeinschaft. DT. und DSV. haben an dem Spesenzahlungsbeschluß des DFB. Anstoß genommen. Nach dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag spielen die Fußballmannschaften der DT. mit im DFB. Der Hauptausschuß der Deutschen Turnerschaft hat in München beschlossen, daß der Dresdener DFB.-Bundestagsbeschluß für die Turner-Fußballspieler keine Gültigkeit hat. Auf der heute stattfindenden Arbeitsgemeinschaftstagung in Berlin wird die Amateurfrage mit aufgerollt werden. Dazu weiß der „Kicker" (Nürnberg), das Blatt des Süddeutschen DFB.-Verbandes, von einer Seite, die dem DFB.-Vorstand sehr nahe steht, zu berichten, daß sich der Deutsche Fußballbund jede Einmischung von außen verbieten wird, der Deutsche Fußballbund habe auch noch nie etwas dagegen gesagt, daß bekannte Kunstturner für ihr Auftreten „Entschädigungen" von hundert und mehr Mark erhielten.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Mitteilung aus dem Publikum.

Eine glückliche Vereinigung Pariser und Wiener Geschmacks bilden die reizenden Straßen- und Abend-Ensembles, die Sie bei uns in reicher Auswahl vorfinden. Busch, Damen- und Mädchenkleidung, en gros und en detail, Prag, Příkopy 27 (Mitte des Grabens). Nur 1. Stock, keine Schaufenster. 888

Vereinsnachrichten.

„Urania".

Wochenprogramm:

Sonntag, 10 Uhr: „Handelskurs." Franziska Schenk.

Sonntag, halb 11 Uhr: „Die Melodie der Welt," Kultur-Tonfilm, vierte Wiederholung.

Montag, halb 8 Uhr: Schüler-Abend. Veranstaltet von der Deutschen Musikakademie.

Dienstag, 8 Uhr: „Sport im fernen Osten und Westen," mit Lichtbildern, Dr. Karl Diem, Berlin. Veranstaltet von der Deutschen Eishockeygesellschaft.

Mittwoch, 3 Uhr: „Mickey - Lustspiel - Kindernachmittag." Der neue Liebling in vier Lustspielen! Dazu: „Das Heideblümchen," erzählt mit Bildern.

Mittwoch, 8 Uhr: „Das veränderte Gesicht des fernen Ostens," Dr. Richard Huelsenbeck, Berlin.

Mittwoch, 8 Uhr: „Veraltete und neue Musik," Arnold Schönberg, gemeinsam mit dem Literarisch-Künstlerischen Verein. Ort: Produktenbörse.

Donnerstag, 8 Uhr: „Das befreiende Lachen" (Der Lebenswert von Komik und Humor), Univ.-Prof. Dr. J. Verweyen, Bonn.

Freitag, 8 Uhr: „Das Musikwerk als Geisteswerk," Univ.-Prof. Dr. Becking. Veranstaltet von der Kantgesellschaft.

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm.

Samstag, halb 4 Uhr: Kunstwanderung: Veitsdom, Königsgräber, Triforiumsgalerie. Leitung: Otto Kletzl.

Samstag, 8 Uhr: Tierschutzfeier. Mitwirkend: Otto Soltau, Wien, Olli Roti, Heini Brandt, H. Weidlich usw. Veranstaltet vom Deutschen Tierschutzverein.

Urania-Volkshochschule: Mittwoch, 8 Uhr: Beginn: Graphologischer Kurs für Anfänger und Fortgeschrittene. Mit Lichtbildern, Willy Schönfeld. 10 Stunden 30 K.

Freitag, halb 7 Uhr: Beginn: „Der moderne Mensch im Spiegel der Weltliteratur", Archivrat Dr. A. Moucha. I. Dostojewski und Gorki. 10 Stunden 30 K.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliedskarten - Erneuerung, Mitglieder-Neuanmeldungen (Jahreskarte 18, Familien-Zusatzkarte 3 K) täglich halb 10 bis halb 1 und 3 bis 7 Uhr, Uraniakasse, T. 26321.

Bran-Urania-Kino: „Der unsterbliche Lump." Großer Erfolg! Verlängert: zweite Woche. Täglich halb 6 und viertel 9 Uhr, morgen, Sonntag, 2 Uhr (kleine Preise), 4, 6 und viertel 9 Uhr.

Herausgeber: Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Nießner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Rota" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.
Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VII/1930 bewilligt

KNABEN-WINTERMÄNTEL
BLAU TUCH äußerst dauerhaft von . . . Kč 200.
Knaben-Wintermäntel, Ratin
blau, drapp und braun von . . . Kč 230.—
Wintermäntel u. Raglans für junge Männer große Auswahl von . . . Kč 300.
Mädchen-Wintermäntel
„HIRSCH"
PRAG, Železná 14.
Schutzmarke

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma
HEGNER & Cie., PILSEN
Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN
SIND DIE ALLERBESTEN!

Eisenwerke-Aktiengesellschaft ROTHAU-NEUDEK
Zentraldirektion Prag II., Hybernská 36.
Blechwalzwerke Rothau, Schindlwald und Neudek (Böhmen)
Blechwalzwerk Karlshütte der Berg- u. Hüttenwerke-Ges. (Schles.)
Alleinverkaufsbüros:
C. T. Petzold & Co., Prag II., Havlíčkovo nám. 3. C. T. Petzold & Co., Wien VI., Gumpendorferstraße 15.

S. L. Reimann Söhne, Prag.
Václavské nám. 47 Telephon 21656 (Serie)
Waggon-, fuhren- und sackweise
la Stein- u. Braunkohle, Koks, Anthracit, Brennholz.